



Bericht

der Landesregierung

Wirtschaftsbericht 2006



Wirtschaftsbericht 2006

- Aufbruch im Norden -

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein.....	3
2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2005	3
2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins	5
2.3 Entwicklung in den Wirtschaftszweigen.....	7
3. Politik für Schleswig-Holsteins Wirtschaft	12
3.1 Schleswig-Holstein Fonds	12
3.2 Fokus Mittelstand.....	13
3.2.1 Politik als Dienstleistung	13
3.2.2 Bürokratieabbau	14
3.2.3 Finanzierungshilfen.....	15
3.2.4 Technologieorientierte Infrastruktur und Förderung	18
3.2.5 Außenwirtschaftsförderung	19
3.2.6 Familienfreundliche Betriebe	20
3.3 Kompetenzfelder der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.....	21
3.3.1 Life Sciences	21
3.3.2 Maritime Wirtschaft	24
3.3.3 Energie.....	27
3.3.4 IuK-Technologie und Medien	30
3.3.5 Mikro- und Nanotechnologie	31
3.3.6 Tourismus	32
3.3.7 Ernährung	33
3.3.8 Chemie und Mineralölverarbeitung.....	34
3.3.9 Luftfahrt und Verkehrstechnik.....	34
3.4 Standort- und Regionalpolitik.....	35
3.4.1 Ansiedlungspolitik	35
3.4.2 Standortmarketing.....	36
3.4.3 Regionalprogramm 2000 und Zukunftsprogramm	36
3.4.4 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.....	39
3.4.5 Europäische Strukturpolitik	40
3.4.6 Konversionspolitik	41
3.4.7 Norddeutsche Zusammenarbeit.....	42
3.4.8 Zusammenarbeit mit Dänemark.....	43
3.5 Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung.....	44

4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein	49
4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik	49
4.2 Straßeninfrastruktur	51
4.3 Schienenwege	55
4.4 Güterverkehr	55
4.5 ÖPNV	56
4.6 Schifffahrtspolitik und Häfen	58
4.7 Luftverkehr	61
5. Anlagen.....	63
5.1 Wirtschaftsförderung von A bis Z.....	63
5.2 Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner zum Schleswig-Holstein Fonds... ..	83
5.3 Daten zur Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein	87



1. Einleitung

Der Wirtschaftsbericht 2006 trägt den Titel „Aufbruch im Norden“. Das ist Resümee für das erste Jahr der neuen Landesregierung und Programm zugleich.

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen. Die Wachstumsraten Schleswig-Holsteins liegen in Deutschland an der Spitze. Dazu hat auch die Landesregierung beigetragen: Mit neuen Impulsen wie z.B. dem Schleswig-Holstein-Fonds und steigendem Vertrauen der Unternehmen in eine berechenbare Landespolitik.

Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starkes und gesundes Schleswig-Holstein, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten und das seinen Unternehmen attraktive Standortbedingungen bietet.

Auf dieses Ziel hin hat die Landesregierung die Wirtschaftspolitik neu ausgerichtet:

- Wirtschaft und Wissenschaft wurden in einem Regierungsressort gebündelt. Dadurch kann der Innovationsprozess von der Idee bis in den Markt noch gezielter, schneller und schlagkräftiger unterstützt werden.
- Im Sommer 2005 wurde der Schleswig-Holstein Fonds eingerichtet, um die Rahmenbedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein nachhaltig zu verbessern. Zwischen 2005 und 2009 fließen insgesamt 415 Millionen Euro zusätzlich in die Schwerpunktbereiche Wachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung.
- Die Unterstützung des Mittelstandes steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Die zielgerichtete Wirtschafts- und Technologieförderung hilft unseren Unternehmen Finanzierungslücken zu schließen, innovative Produkte zu entwickeln und neue Auslandsmärkte zu erschließen. Wir schaffen unseren Unternehmen mehr Gestaltungsfreiräume, indem wir bürokratische Wachstumshemmnisse abbauen, wie z.B. durch die Lockerung der Vergabeordnung im November 2005.
- Die Landesregierung konzentriert sich auf die wichtigsten Kompetenz- und Schwerpunktfelder Schleswig-Holsteins. Unsere Stärken bauen wir konsequent weiter aus: Life Sciences, Maritime Wirtschaft, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikro- und Nanotechnologie, Tourismus, Ernährung, Chemie und Mineralölverarbeitung sowie Luftfahrt und Verkehrstechnik.
- Zur Verbesserung der Standortbedingungen ist ein beschleunigter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur das A und O. Die Fortführung der Bundesautobahn A 20 nach Westen mit der Elbquerung bei Glückstadt gehört ebenso dazu wie die Fehmarnbeltquerung, die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Hamburg und Lübeck und der Ausbau unserer Häfen.
- Wir unterstützen weiterhin die betriebliche Ausbildung von Jugendlichen - wie auch die Förderung des lebenslangen Lernens und von familienfreundlichen Betrieben. Das bleiben zentrale Aufgaben der Wirtschaftspolitik und zeigt: Wir machen Wirtschaftspolitik mit den Menschen in Schleswig-Holstein und für ihre Zukunft.

- Schleswig-Holstein kann weiterhin auf kräftige Unterstützung von Bund und EU bauen. Die Landesregierung hat bereits erreicht, dass die Regionalfördermittel für Schleswig-Holstein aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" aufgestockt werden. Nicht allein die Westküste - erstmals mit der Insel Helgoland - wird hiervon massiv profitieren. Im laufenden Jahr wird im Diskurs mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie den Regionen das „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ als Nachfolger des Ende 2006 auslaufenden Regionalprogramms 2000, des Arbeitsmarktprogramms ASH 2000 sowie des Programms „Zukunft auf dem Land“ aufgestellt. Das Zukunftsprogramm bündelt EU-, Bundes- und Landesmittel für die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme des Landes.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung setzt sich mit ihrer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik ehrgeizige Ziele. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze der Zukunft und für ein starkes Schleswig-Holstein schaffen. Als Drehscheibe für die Wirtschaft zwischen Nord- und Mitteleuropa und Schulter an Schulter mit der Wirtschaftsmetropole Hamburg wollen wir Schleswig-Holstein zum wachstumsstärksten Bundesland Deutschlands machen.

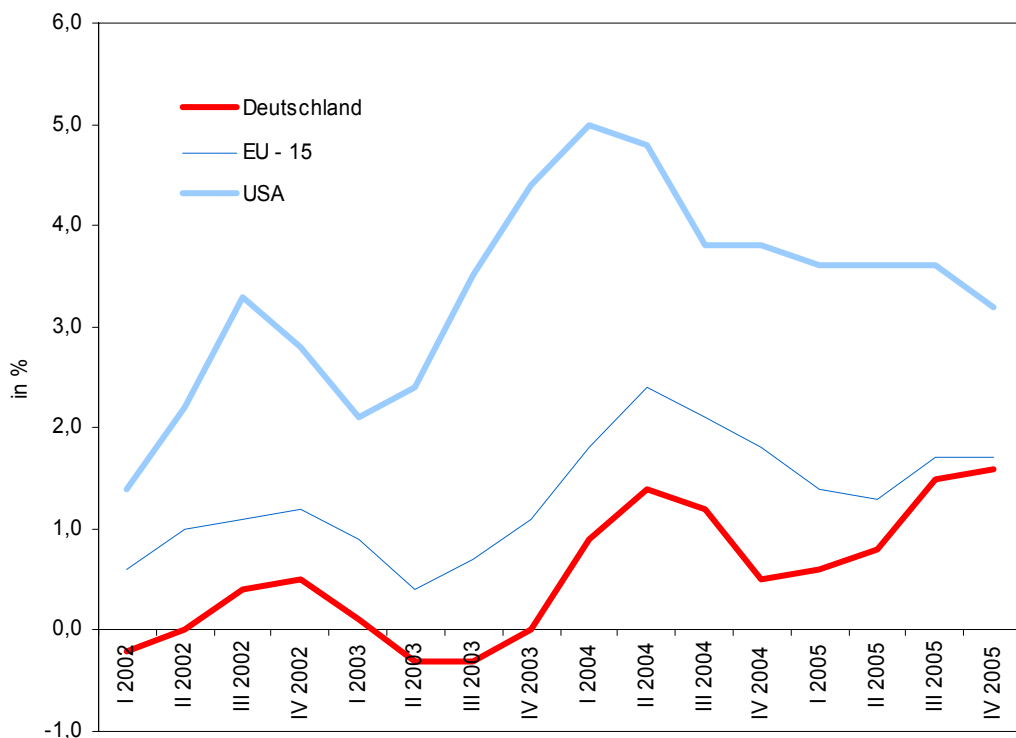
2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2005

Die Weltwirtschaft entwickelte sich 2005 weiterhin robust. Niedrige Zinsen und reichlich vorhandene globale Liquidität stützten die positive weltwirtschaftliche Entwicklung. Neben den Vereinigten Staaten erwies sich insbesondere China als Motor des globalen Aufschwungs. Dämpfender Einfluss ging hingegen vom stark angestiegenen Ölpreis aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in den USA, Deutschland und Europa

Prozentuale Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes saisonbereinigt



Quelle: Eurostat für 2005 vorläufige Zahlen;
Grafik: MWV [2006]

Im **Euro-Raum** verlief die Entwicklung infolge des sehr hohen Ölpreises und einer schwach ausgeprägten Konsumneigung der privaten Haushalte deutlich schwächer als in anderen Regionen der Welt. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank war weiterhin expansiv ausgerichtet.

In **Deutschland** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,9 % zu. Damit hat sich die wirtschaftliche Belebung des Jahres 2004 (+1,6 %) abgeschwächt. Die konjunkturelle Entwicklung wurde maßgeblich von einer starken Zunahme der Exporte getragen. Binnenwirtschaftlich haben sich die Perspektiven dagegen kaum aufgehellt: Der private Konsum stagnierte infolge der schwachen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie von Kaufkräfteinbußen, die auf höhere Energiepreise zurückzuführen waren.

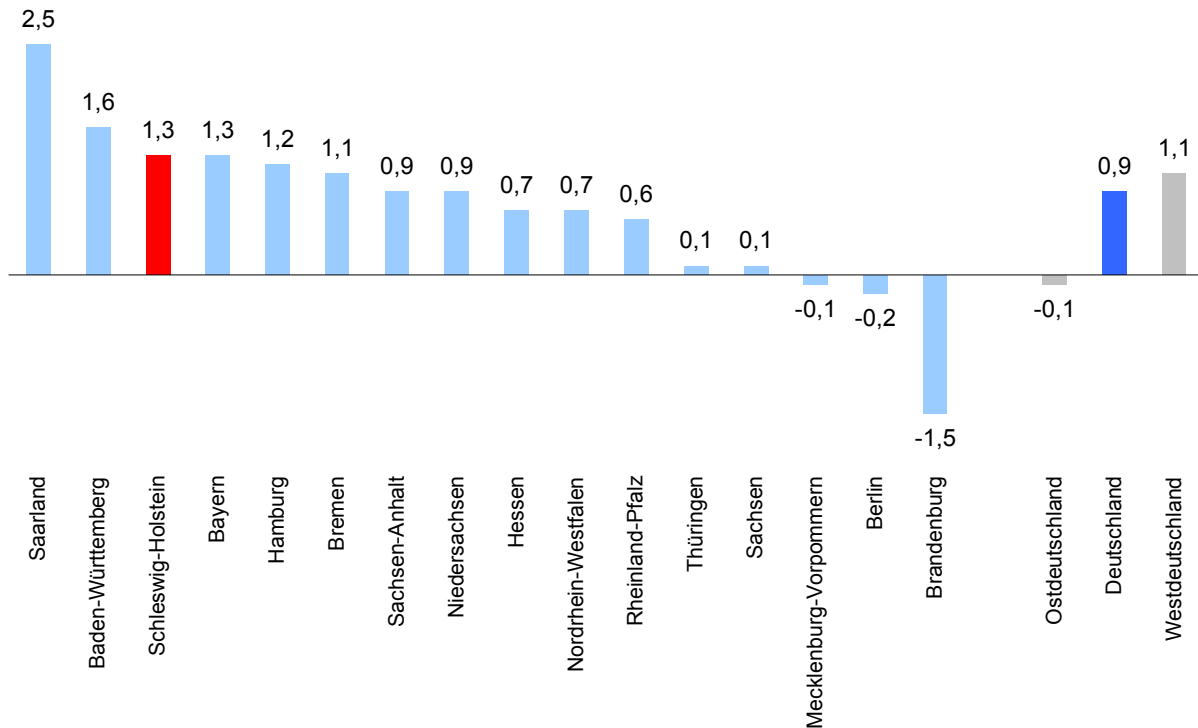
Schleswig-Holstein

Die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein verlief 2005 deutlich dynamischer als in Deutschland: Mit real 1,3 % Wirtschaftswachstum erzielte Schleswig-Holstein **das drithöchste Wachstum unter allen Bundesländern**. Hierzu hat die Industrie mit einem Plus von real 1,8 % beigetragen. Dieses gute Ergebnis ist auch auf die **13 % höheren Exporte** zurückzuführen.

Das Wachstum in Schleswig-Holstein steht auf einem breiten Fundament: Gleich eine ganze Reihe bedeutender und zukunftsträchtiger Industriebranchen in Schleswig-Holstein weisen eine überdurchschnittlich günstige Entwicklung auf. In der **Medizin-, Mess- und Regeltechnik**, im **Maschinenbau** und der **chemischen Industrie** sind die Umsätze deutlich stärker gestiegen als im Landesdurchschnitt (siehe Kapitel 2.3 Entwicklung in den Wirtschaftszweigen).

Wachstumsraten 2005 in den Ländern

Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes 2005 gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Statistikamt Nord; Grafik MWV [2006]

Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein

Mit dem überdurchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein konnte der Arbeitsplatzabbau nicht gestoppt werden: Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich im Norden um 0,1 % (Deutschland -0,2 %). Die bisherige wirtschaftliche Belegung war noch nicht kräftig und andauernd genug, um auf dem Arbeitsmarkt eine Trendwende herbeizuführen.

In Schleswig-Holstein waren im Jahresdurchschnitt 161.500 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozentpunkte auf 11,6 %. In Deutschland lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2005 bei 11,7 %.

Ausblick

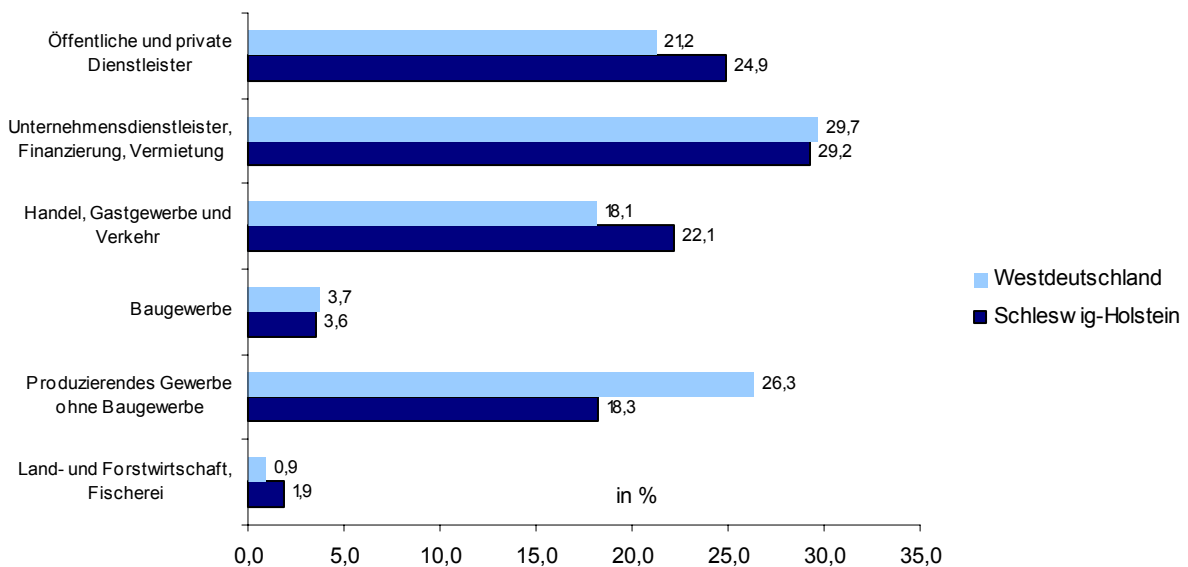
Die positive Konjunktorentwicklung in Schleswig-Holstein dürfte sich im ersten Halbjahr 2006 fortsetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird auch im laufenden Jahr ganz wesentlich von den Exporten getragen. Mit einer spürbaren Belegung des privaten Konsums kann auch 2006 nicht gerechnet werden. Grund sind die weiterhin hohen Energiepreise.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt folgen der konjunkturellen Entwicklung erfahrungsgemäß mit zeitlichem Abstand. Mit einer kräftigen und nachhaltigen Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist aber erst zu rechnen, wenn das Wachstum in Schleswig-Holstein weiter anzieht und so auch die Arbeitskräfte-nachfrage steigt.

2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins wird vor allem durch den **Dienstleistungsbereich** geprägt: Hier werden 76,3% der Wertschöpfung generiert; deutlich mehr als in den westdeutschen Ländern (69,0%).

Sektorale Struktur der realen Bruttowertschöpfung 2005

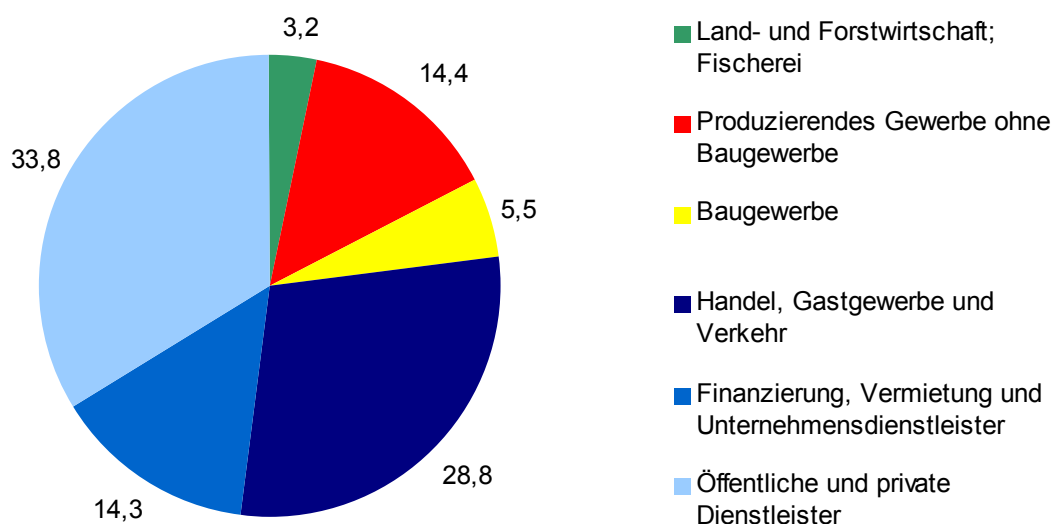


Quelle: Statistikamt Nord; Grafik MWV [2006]

Die größten Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein sind die **Unternehmensdienstleistungen** einschließlich Finanzierung, Vermietung sowie die **öffentlichen und privaten Dienstleistungen**. Es folgt der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Das **Produzierende Gewerbe** hat in Schleswig-Holstein einen deutlich **geringeren Wertschöpfungsanteil** als in Westdeutschland.

Sektorale Arbeitsplatzstruktur in Schleswig-Holstein 2005

in Prozent der Erwerbstätigen

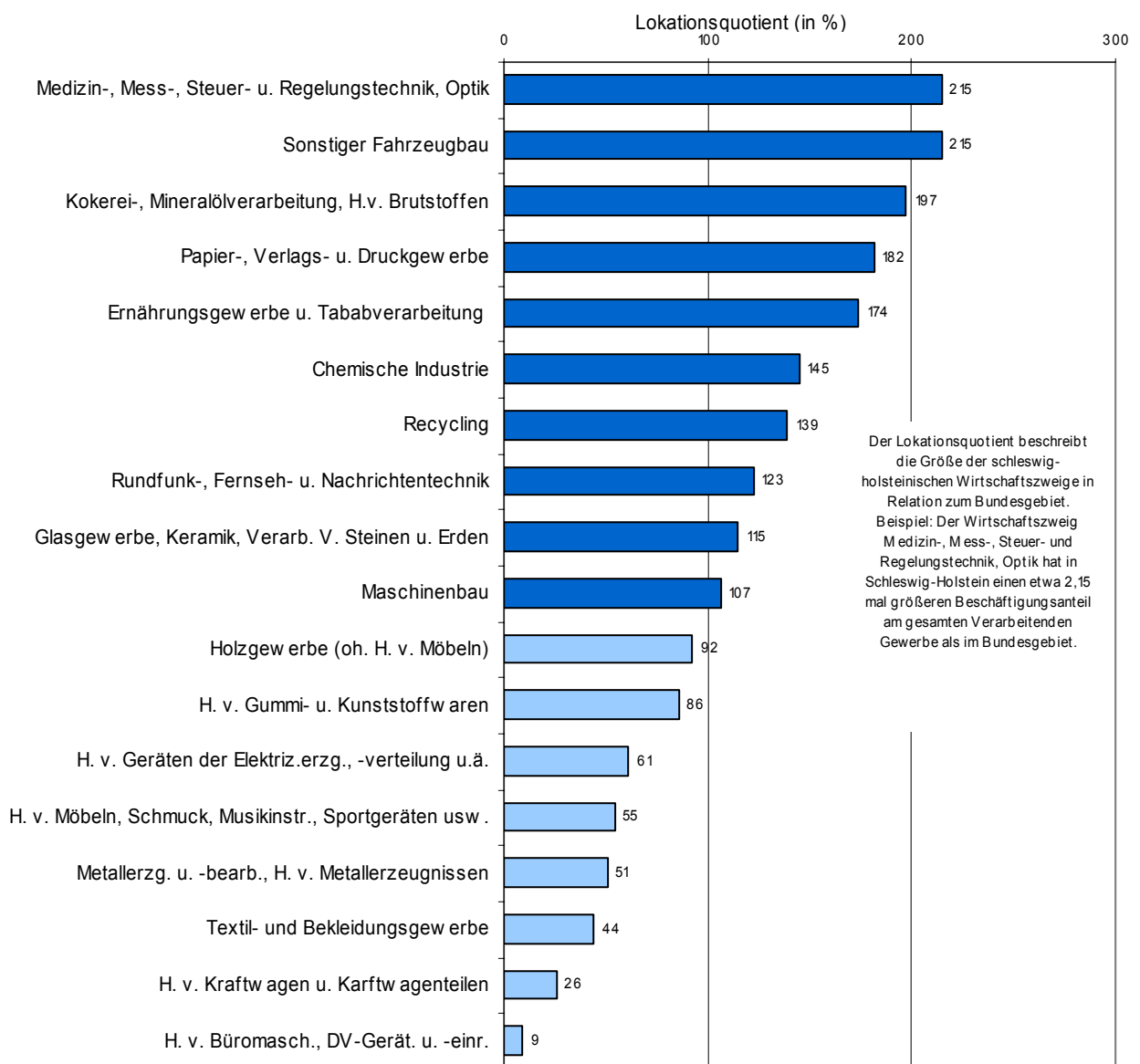


Quelle: Statistikamt Nord; Grafik MWV [2006]

Trotz des hohen Dienstleistungsanteils ist die Industrie für die Beschäftigungsentwicklung des Landes von großer Bedeutung: Die Arbeitsplatzentwicklung der letzten Jahre in Schleswig-Holstein basierte vor allem auf den Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe und den Unternehmensdienstleistungen inklusive Finanzierung und Vermietung.

Schleswig-Holstein weist innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ein **landestypisches Spezialisierungsmuster** mit einem bemerkenswerten und viel versprechenden Branchenmix auf: Neben dem Schiffbau und der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sind auch die Mineralölverarbeitung, das Verlags- und Druckgewerbe, das Ernährungsgewerbe sowie die Chemische Industrie, die Recyclingbranche und die Nachrichtentechnik am Standort Schleswig-Holstein relativ stärker vertreten als in Westdeutschland. Der Maschinenbau ist in Schleswig-Holstein mindestens ebenso bedeutsam wie in Westdeutschland. Diesen Wirtschaftszweigen bietet das Land offensichtlich besonders attraktive Standortbedingungen.

Spezialisierung des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein 2005

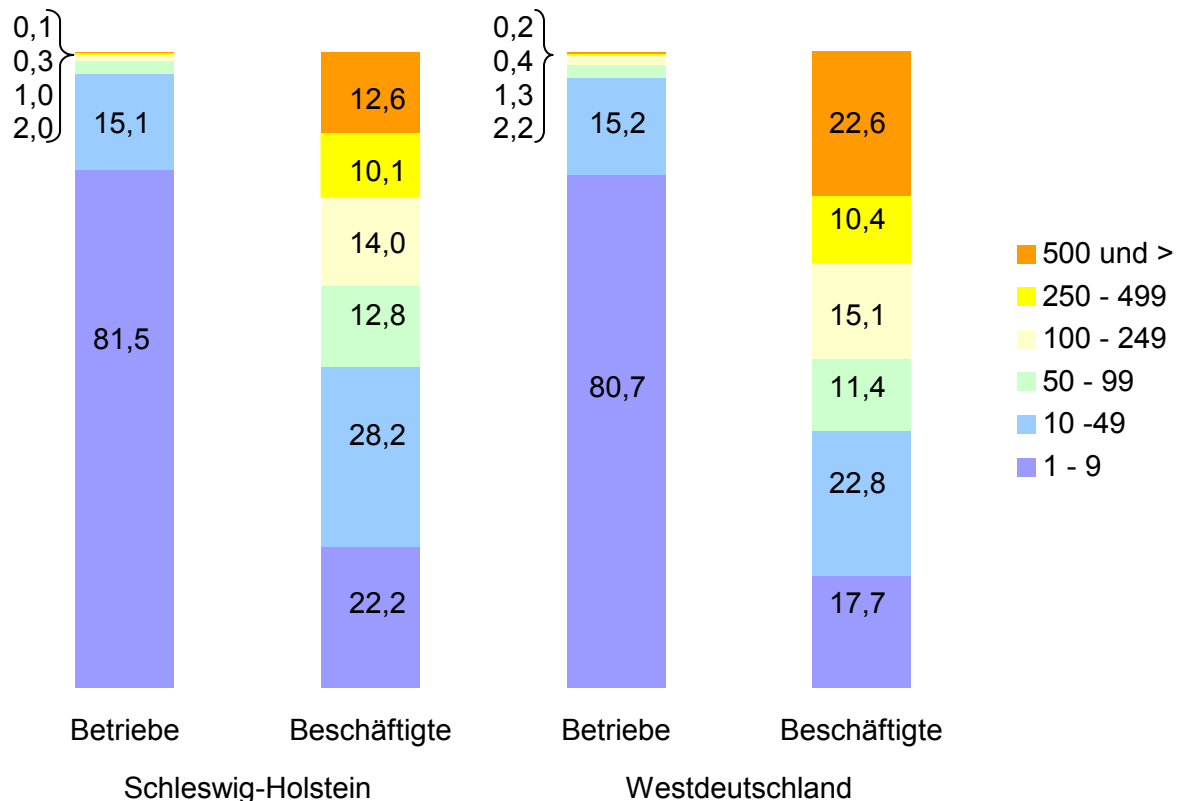


Quelle: Statistikamt Nord, Statistisches Bundesamt; Eigene Berechnung und Grafik: MWV [2006]

Schleswig-Holstein ist von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt: Unter den mehr als 72.500 Betrieben im Lande haben gut 99,5 % weniger als 250 Beschäftigte. In Schleswig-Holstein finden sich lediglich 328 Großbetriebe (mit mehr als 250 Beschäftigten). Mit mehr als 175.000 Beschäftigten besitzen diese Großbetriebe gleichwohl beachtliche Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung insgesamt.

Betriebsgrößenstruktur in Schleswig-Holstein

Prozentuale Anteile der Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Größenklassen am 30.06.2005



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Grafik MWV [2006]

2.3 Entwicklung in den Wirtschaftszweigen

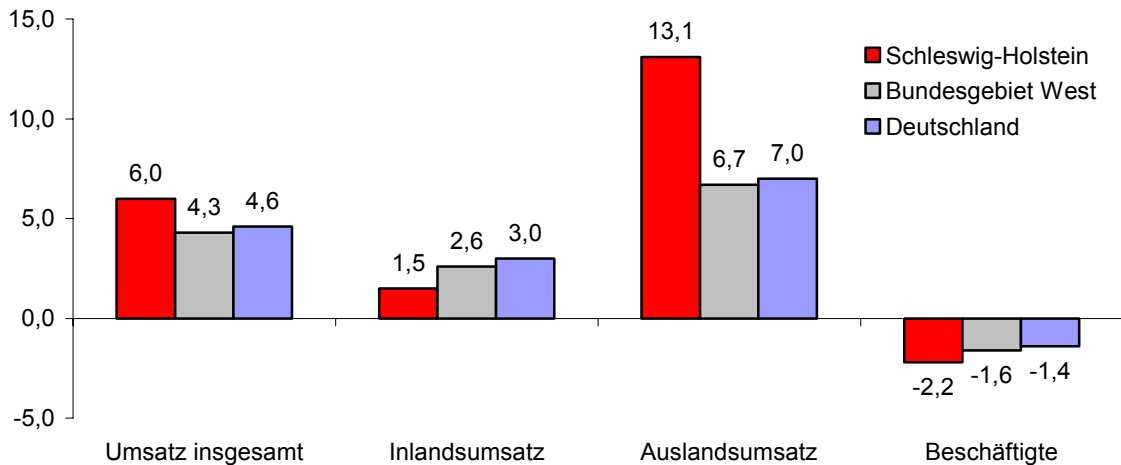
Die einzelnen Wirtschaftszweige des Landes waren im abgelaufenen Jahr von der allgemeinen Entwicklung in unterschiedlichem Maße betroffen. Dies ist vor allem bedingt durch Unterschiede in der Exportorientierung und in der Absatzorientierung auf den Binnenmarkt.

Verarbeitendes Gewerbe

Der Umsatz des Verarbeitenden Gewebes hat sich im Jahr 2005 mit + 6 % deutlich verbessert. Großen Anteil daran hatte der Export: **Die Exportquote** ist mittlerweile auf über 41% gestiegen und **übertrifft den Bundesdurchschnitt**. Trotz der Umsatzsteigerung ist die Beschäftigung weiter rückläufig.

Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Statistikamt Nord; Statistisches Bundesamt; Grafik: MWV [2006]

Die - gemessen an Umsatz und Beschäftigung - größten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein sind

- die Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (21 % Anteil am Industrieumsatz in Schleswig-Holstein),
- das Ernährungsgewerbe (15 %),
- der Maschinenbau (14 %) und
- die Chemische Industrie (14 %).

Auf diese vier Branchen entfielen im Jahr 2005 rund 64 % des Umsatzes und über 59 % der Beschäftigung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. In diesen vier großen schleswig-holsteinischen Branchen zeichnet sich eine positive Entwicklung mit weiter steigenden Umsätzen ab.

In den Bereichen **Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik** hat die Beschäftigung mit 20.000 Personen leicht zugenommen. Der Umsatz stieg auf 6,9 Milliarden Euro (+5,7 %). Dies ist insbesondere auf die starke Zunahme des Exports um 16 % zurückzuführen. Die Exportquote liegt damit bei fast 67 %.

Im **Maschinenbau** sank die Beschäftigung auf rund 21.100 Personen (-0,9 %). Der Umsatz stieg auf 4,4 Milliarden Euro (+8,7 %). Die Exportquote liegt bei 59,7 %.

Im **Ernährungsgewerbe** einschließlich der Tabakverarbeitung stabilisierte sich im Jahr 2005 die Anzahl der Beschäftigten bei fast 20.000. Der Umsatz stieg auf 4,7 Milliarden Euro (+0,6 %). Die Exporte konnten auf über 685 Millionen Euro gesteigert werden, dies entspricht einer Exportquote von 14,5 %.

In der **Chemische Industrie** stabilisierte sich die Beschäftigung bei 13.500 Arbeitskräften. Der Umsatz stieg auf fast 4,5 Milliarden Euro (+7,2 %). Die Exportquote stieg von 43,5 % auf 44,6 %. Innerhalb der chemischen Industrie nahm die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit einem Beschäftigungsanteil von 58 % und einem Umsatzanteil von 53,8 % eine starke Stellung ein. In diesem Bereich erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten um 4,4 % und der Umsatz stieg um 8,8 %.

Bauwirtschaft

Die Lage in der Bauwirtschaft hat sich 2005 noch nicht entscheidend verbessert. Die Strukturprobleme der Baubranche halten weiterhin an. Der baugewerbliche Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr um 8 % gesunken. Dies ist in erster Linie auf den Wohnungsbau zurückzuführen (-14 %). Auch im gewerblichen und industriellen Bau (-1,9 %) sowie im öffentlichen und Verkehrsbau (-3,6 %) sind die Umsätze zurück gegangen. Die Zahl der Beschäftigten ist 2005 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % gesunken.

Die im Jahr 2005 einsetzende allgemeine wirtschaftliche Erholung vermittelte auch der Bauwirtschaft positive Impulse: Die Auftragseingänge im gewerblichen und industriellen Bau stiegen um 19,9 %. Im

Wohnungsbau ist die Zahl der eingegangenen Aufträge um 0,9 % und im öffentlichen und Verkehrsbau um 12% gesunken. Insgesamt sanken die Auftragseingänge um 1,1 %. Die Landesregierung wird den Tiefbau bereits im laufenden Jahr mit neuen Impulsen unterstützen. Das Verkehrsministerium hat Projekte für mehr als 700 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Handwerk

Das Handwerk schöpft nach der jüngsten Kammerumfrage aus der konjunkturellen Belebung neue Zuversicht für 2006. Die Stimmungslage hat sich gegenüber dem Jahresverlauf 2005 verbessert. Die zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen erwirtschafteten 2005 einen Umsatz von fast 9,4 Milliarden Euro, im Vergleich zum Vorjahr sank der Umsatz damit um 1,5 %. Im letzten Jahr waren 99.559 Menschen im Handwerk beschäftigt, das waren 3,6 % weniger als im Jahr zuvor. Vor allem im Kraftfahrzeuggewerbe und Gesundheitsgewerbe waren die Umsatzeinbußen am deutlichsten spürbar.

Die Handwerksreform hatte 2004 zu 1.280 Neugründungen geführt. Im Jahr 2005 stieg die Zahl der Handwerksbetriebe um 8,9 % auf fast 28.500 Betriebe an.

Die Ausbildungsbereitschaft im Handwerk ist bemerkenswert hoch. Obwohl schon in den letzten Jahren beachtliche Zahlen erreicht wurden, konnten diese 2005 noch weiter gesteigert werden: Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg um 221.

Die Landesregierung fördert die Rationalisierungsgemeinschaft Handwerk Schleswig-Holstein e. V. (RGH) mit jährlich rund 140.000 Euro. Damit werden Betriebsvergleiche aufgrund branchenspezifischer Kennzahlen sowie betriebswirtschaftliche Kurzanalysen erstellt, die den Handwerksbetrieben bei Beratungen als wichtige Entscheidungshilfen direkt zugute kommen.

Die Handwerksbetriebe stellen sich stetig neuen Anforderungen. Unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers ist mit dem **Förderpreis Handwerk der Volks- und Raiffeisenbanken** dafür bereits zum vierten Mal ein viel beachtetes Forum geschaffen worden. 2005 wurden ein mechanisches Positioniersystem in Form eines Gelenkarmes, das Bündnis der Yacht- und Bootsbau-Spezialisten und ein Betrieb mit Sonderanfertigungen im Bereich des Maschinenbaus ausgezeichnet.

Handel

Der Einzelhandel in Schleswig-Holstein legte 2005 mit einem Umsatzplus von real 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr recht deutlich zu und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,1 %. Allerdings war die Situation innerhalb der verschiedenen Sortimente des Einzelhandels sehr unterschiedlich.

Zu den Branchen, die im Berichtsjahr Umsatzsteigerungen (real) verzeichnen konnten, gehörten vor allem

- Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (+ 22,6 %),
- Apotheken und Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln (+ 7,3 %),
- Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik und Musik (+ 5,6 %),
- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel (+1,4 %)
- Einzelhandel mit Bekleidung (+1,2 %).

In den anderen Sparten des Einzelhandels war die Umsatzentwicklung dagegen negativ, so im

- Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen (- 2,9 %)
- Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln (- 3,5 %),
- Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat (- 4,6 %).
- Schlusslicht war der Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln und Bau- / Heimwerkerbedarf mit einem Umsatzminus von 12,8 %.

Die Zahl der Beschäftigten in den schleswig-holsteinischen Einzelhandelsunternehmen erhöhte sich um 0,9 %. Dabei verringerte sich allerdings die Zahl der Vollbeschäftigten um 1,5 %, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,1 % zunahm.

Der **Großhandel** setzte im Berichtsjahr real 6,7 % mehr um.

Tourismus

Die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft hat sich auch 2005 im Wettbewerb behaupten können. Trotz allgemeiner Konsumzurückhaltung stiegen die Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahr um 1,0%. Die Gästezahlen sind 2005 um 3,7% gestiegen. Der Zuwachs rührt vor allem aus dem Städtetourismus und vom Campingurlaub her. Im Vergleich mit den übrigen Küstendestinationen Niedersachsen (0,6% weniger Übernachtungen) und Mecklenburg-Vorpommern (0,4% mehr Übernachtungen) ist dies ein erfreulicher Zuwachs. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,6% und die der Gäste um 3,6%.

Die Zuwächse beim Übernachtungsaufkommen verteilten sich 2005 relativ gleichmäßig auf die Tourismusregionen in Schleswig-Holstein. Die Holsteinische Schweiz und das übrige Binnenland verzeichneten ein Plus von jeweils 1,6 %, an der Nordsee konnte das Übernachtungsvolumen nochmals um 1,5% gesteigert werden und auch an der Ostsee wurden 0,4% mehr Übernachtungen gezählt als im Vorjahr.

Mit 22,4 Millionen Übernachtungen hat Schleswig-Holstein einen Spitzenplatz im privaten Beherbergungssektor inne. Hinzu kommen rund 98 Millionen Tagesausflüge. Schleswig-Holstein ist damit bei den Tagesgästen ebenso beliebt wie die Bundeshauptstadt Berlin.

Die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft hatte im Vergleich aller Urlaubsziele 2005 einen Marktanteil von 4,2 %. Damit liegt Schleswig-Holstein derzeit auf Platz 3 der beliebtesten inländischen Reiseziele der Deutschen. Zugleich liegt Schleswig-Holstein im Vergleich aller in- und ausländischen Urlaubsziele auf einen guten 7. Platz: Rangfolge: Spanien (13,5%), Italien (7,7%), Bayern (7,2%), Türkei (6,6%), Österreich (6,3%), Mecklenburg-Vorpommern (4,7%).

Entwicklung des Tourismus im Jahr 2005

	Schleswig-Holstein	Deutschland
Übernachtungen	+ 1,0 %	+ 1,6%
Gäste	+ 3,7 %	+ 3,6%
Aufenthaltsdauer	4,4 Tage	2,9 Tage

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: Februar 2006

Gastgewerbe

Im Gastgewerbe zeigte sich 2005 eine leichte Entspannung: Der nominale Umsatz stieg mit 1,5 % (real 0,3 %) im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt (nominal: - 0,2 %, real: -1,3 %). Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stieg in Schleswig-Holstein um erfreuliche 1,3%.

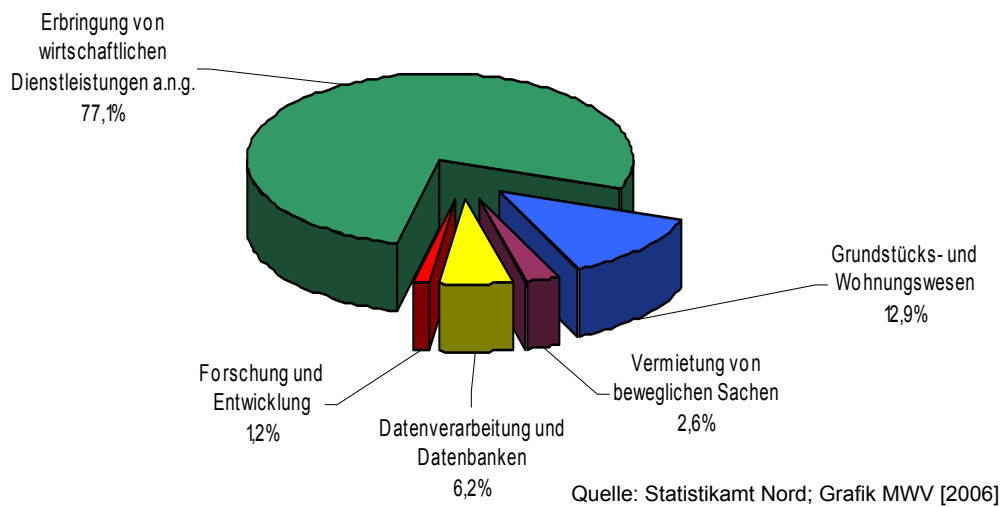
Unternehmensnahe Dienstleistungen

Zu dem sehr heterogenen Bereich der unternehmensnahen Dienstleister zählen Unternehmen und Einrichtungen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend auf dem Gebiet des Grundstücks- und Wohnungswesens, der Vermietung beweglicher Sachen, der IT-Branche, der Forschung und Entwicklung liegt und die „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen anderweitig nicht genannt“. Zu der letztgenannten Kategorie zählen die Tätigkeiten von Freiberuflern wie Rechtsanwälten, Steuerberatern und Architekten, aber auch Reinigungsfirmen, Detekteien und Inkassobüros.

Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen beschäftigten in Schleswig-Holstein im Jahr 2003 rund 17.600 Unternehmen insgesamt 105.000 Personen. Sie erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 7,7 Milliarden Euro und tätigten Investitionen in Höhe von 960 Millionen Euro. Bei den „beratenden Dienstleistern“, das sind in der Regel Angehörige Freier Berufe (Rechtsanwälte, Steuerberater, Unternehmensberater) waren 27.000 Personen tätig, bei Reinigungsdiensten 20.400 und im Grundstücks- und Wohnungswesen gab es 13.600 Beschäftigte.

Aufgrund der sich vertiefenden Arbeitsteilung und enger Verflechtungen zur Industrie leisten die unternehmensnahen Dienstleister einen wichtigen Beitrag für zahlreiche andere Wirtschaftsbereiche. Der Dienstleistungsbereich ist durch eine hohe Arbeitsintensität und kleinbetriebliche Strukturen gekennzeichnet.

Beschäftigungsstruktur im Wirtschaftsabschnitt unternehmensnahe Dienstleistungen 2003



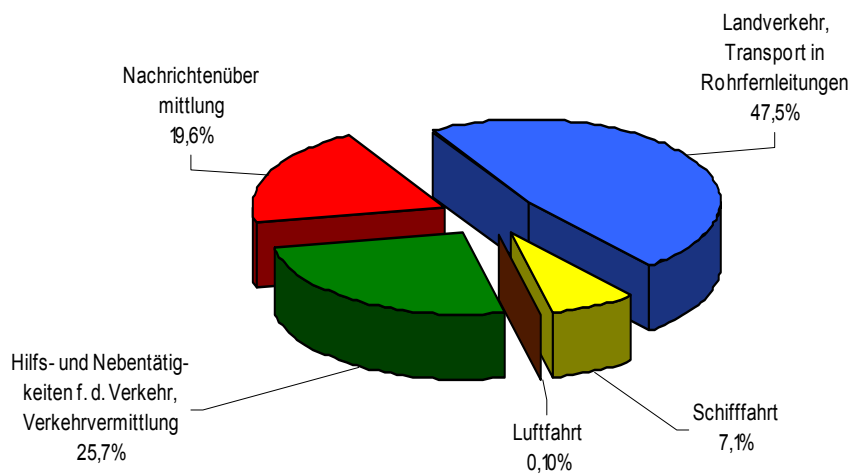
Freie Berufe

Die Freien Berufe umfassen eine große Vielfalt an Berufen und Berufsbildern von den freien Heilberufen bis hin zu den Kulturberufen. Mit rund 25.000 Selbstständigen und rund 50.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nehmen sie einen festen Platz im Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins ein. Die Freien Berufe sind keine eigene Kategorie im Klassifizierungsschema der amtlichen Statistik, viele Freie Berufe sind jedoch im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen tätig.

Verkehrsdienstleistungen und Nachrichtenübermittlung

Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung umfasst in Schleswig-Holstein mehr als 3.000 Unternehmen mit 47.000 Beschäftigten. Innerhalb des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind die meisten Personen im Landverkehr tätig. Bedeutend sind auch die Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie in der Verkehrsvermittlung. Hierzu gehören auch Frachtschlag, Lagerei, Reisebüros und Reiseveranstalter.

Beschäftigungsstruktur im Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2003



Quelle: Statistikamt Nord; Grafik MWV [2006]

3. Politik für Schleswig-Holsteins Wirtschaft

3.1 Schleswig-Holstein Fonds

Die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit ist das größte ökonomische und gesellschaftspolitische Problem Deutschlands und Schleswig-Holsteins. Die Verbesserung der Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein hat für die Landesregierung daher höchste Priorität. Um die Schwerpunktbereiche Wachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung zu stärken, hat sie im Sommer 2005 den Schleswig-Holstein Fonds eingerichtet.

Mit dem Schleswig-Holstein Fonds stellt das Land Schleswig-Holstein im Jahr 2005 insgesamt 35 Millionen Euro an Landesmitteln, im Jahr 2006 dann 80 Millionen Euro und in den Jahren 2007 bis 2009 jährlich 100 Millionen Euro für die **Schwerpunktbereiche Wirtschaftswachstum, Infrastruktur, Beschäftigung, Forschung und Bildung** zur Verfügung. Insgesamt sind dies **415 Millionen Euro im Zeitraum 2005 bis 2009**. Mit diesen Mitteln soll ein Investitionsvolumen von insgesamt mehr als 1,6 Milliarden Euro in Schleswig-Holstein ausgelöst werden.

Die Landesmittel im Schleswig-Holstein Fonds verteilen sich wie folgt:

- Leuchtturmprojekte in verschiedenen Schwerpunktbereichen (10,9 %),
- Stärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung: Bereitstellung von Kapital für betriebliche Investitionen (4,9 %),
- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (36,9 %),
- Innovation, Technologie und Wissenschaft (13,0 %),
- Schul- und Hochschulbildung (6,2 %),
- Beschäftigung (5,8 %),
- Wohnungsbau, Städtebau, Denkmalpflege (2,3 %),
- verstärkte Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur (12,2 %),
- Förderung von Energiewirtschaft und –technologie (4,3 %).

Hinzu kommen Zinszuschüsse des Landes im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds (2,4 %): Diese Zinszuschüsse für die Jahre 2006 bis 2010 ermöglichen eine spürbare Senkung des Zinses für die kommunalen Projektträger um zwei Prozentpunkte. Damit wird der Zins praktisch auf Null reduziert. Angestrebt wird ein Kreditvolumen von insgesamt 200 Millionen Euro.

In der viermonatigen Laufzeit des Schleswig-Holstein Fonds bis Jahresende 2005 konnte bereits ein Fördervolumen von 26,94 Millionen Euro bewilligt werden. Gut 22,11 Millionen Euro wurden bis Jahresende ausgezahlt.

Auf die zahlreichen Maßnahmen im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds wird an unterschiedlicher Stelle in diesem Wirtschaftsbericht eingegangen. Hervorzuheben sind die Leuchtturmprojekte (siehe Kapitel 3.3 Wirtschaftspolitische Schwerpunktfelder) und die neuen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen (siehe Kapitel 3.2 Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes).

Der Anhang (siehe Seite 83ff.) informiert, zu welchen Themenbereichen Förderungen im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds möglich sind und nennt Ansprechpartner zu den verschiedenen Maßnahmen.

Weitere Informationen bietet die Broschüre „Schleswig-Holstein Fonds. „Mehr Investitionen. Mehr Wirtschaft“, die im Internet erhältlich ist: www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de.

3.2 Fokus Mittelstand

3.2.1 Politik als Dienstleistung

In Schleswig-Holstein arbeiten die weitaus meisten Menschen in mittelständischen Firmen. Hier werden die meisten Ausbildungsplätze angeboten und findet die Integration junger Menschen in das Arbeitsleben statt.

Der Mittelstand in Schleswig-Holstein ist ausgesprochen vielfältig: Vom unternehmensnahen Dienstleister bis zum weltweit tätigen kleinen Produktionsbetrieb finden sich in Schleswig-Holstein immer wieder interessante, neue und innovative Mittelständler. Der Mittelstand ist nicht nur das größte Segment der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, er ist auch der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Viele mittelständische Unternehmen sind Zulieferer für industrielle Großbetriebe im Norden.

Die Vielzahl der mittelständischen Betriebe in Schleswig-Holstein reagiert äußerst flexibel auf sich verändernde Rahmenbedingungen. Gute Rahmenbedingungen schlagen sich unmittelbar im wirtschaftlichen Erfolg nieder.

Die Erwartungen des Mittelstandes an die Landespolitik sind eindeutig:

- In erster Linie erwarten die mittelständischen Unternehmen eine gute Verkehrsinfrastruktur. Die gute Erreichbarkeit innerhalb des Landes und darüber hinaus insbesondere nach Süden ist für viele Betriebe existenziell. Das Land ist aufgefordert, die Verkehrsinfrastruktur besonders zu den Ballungs- und Marktzentren auszubauen.
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf eine gute Kreditversorgung und qualifizierte Finanzdienstleistungen angewiesen, um investieren zu können und Arbeitsplätze zu schaffen. Sie erwarten, dass das Land alle Möglichkeiten der Unterstützung ausschöpft und unbürokratisch zugänglich macht.
- KMU brauchen flexible und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen. Sie erwarten einen flexiblen Arbeitsmarkt, geringe Steuersätze und unbürokratische Regelungen und Genehmigungsverfahren insbesondere im Umweltbereich.
- KMU brauchen für ihre weitere Entwicklung einen wirtschaftsnahen Technologietransfer von der Forschung in die Unternehmen. Dazu sind eine leistungsfähige Hochschullandschaft und ein unkomplizierter Zugang zu den verschiedenen Transfereinrichtungen unerlässlich.
- Das Wirtschaftsministerium als Partner des Mittelstandes soll die Sorgen und Nöte der einzelnen Unternehmen aufgreifen und zu Lösungen beitragen.

Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes

Im Wirtschaftsministerium steht ein Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereit, das kleinen und mittleren Unternehmen die Wege durch die Verwaltung verkürzt: Das **Service-Büro Mittelstand**

- ist Ansprechpartner für Fragen, Probleme und Vorhaben kleiner und mittlerer Betriebe, besonders mit Bezug auf die Verwaltungen in Land, Bund oder EU,
- weist den schnellen Weg zu den verantwortlichen Stellen,
- trägt dazu bei, Verfahren zu beschleunigen und
- stellt Kontakte zu EU, Bundes- und kommunalen Behörden her.

Im Jahr werden von den Mitarbeitern des Service-Büros etwa 150 komplexere Problemfälle von Unternehmen und Unternehmerinnen gelöst und darüber hinaus zahlreiche schriftliche oder telefonische Anfragen aus Schleswig-Holstein beantwortet. Die Anlaufstelle ist Teil eines umfassenden Bürokratieabbauprogramms der Landesregierung und hat seitens der Wirtschaft bisher ausschließlich positive Resonanz erfahren.

Telefonnummer des Service-Büro Mittelstand: (0431) 988 - 4444.

Modellprojekt „Regionale QualitätsPartnerschaft Westküste“ (RQPW)

Kleine und mittlere Unternehmen sind auf funktionierende Netzwerke angewiesen, die sie in ihrer täglichen Arbeit unterstützen; das kann von der ausgelagerten Personalabteilung bis hin zu Marketing und Vertrieb reichen. Während fast jedes Unternehmen einen Steuerberater beschäftigt, sind Mittelständler bei komplizierten Fragestellungen aber oft auf weiteren externen Sachverstand angewiesen.

Mit den Beratungsangeboten der Wirtschaftskammern und der Wirtschaftsverbände, der öffentlichen Förderinstitutionen Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft, den Angeboten der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) und der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) steht jedem KMU im Land ein umfangreiches öffentliches Beratungsangebot zur Verfügung, das auch einfach zugänglich ist.

Da der private Beratermarkt für KMU dagegen kaum überschaubar ist, hat das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Fachhochschule an der Westküste das Projekt „Regionale Qualitätspartnerschaft“ gestartet. Zusammen mit Banken und (Steuer-) Beratern wurde ein Informationsnetzwerk für kleine und mittlere Unternehmen an der Westküste aufgebaut, das die größtenbedingten Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen besonders bei betriebswirtschaftlichen Fragestellungen (z.B. bei der Finanzierung von Investitionen) ausgleicht. Aufgrund des großen Erfolgs konnte dieses bundesweit einmalige Projekt ohne öffentliche Förderung auf alle Landesteile Schleswig-Holsteins ausgedehnt werden.

3.2.2 Bürokratieabbau

Unsinnige Bürokratie ist Gift für den Mittelstand. Die Unternehmen brauchen nachvollziehbare Rahmenbedingungen. Das heißt: so wenig Regelungen wie möglich, so viele wie nötig. Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstand in Bonn entstehen pro Jahr im Mittelstand für die Bürokratie Kosten in Höhe von 4,6 Milliarden Euro bundesweit. Bürokratieabbau ist deshalb konkrete Wirtschaftsförderung.

Statistikabbau

Statistische Erhebungen sind notwendige Maßnahmen um unabdingbare Informationen über den Verlauf des Wirtschaftsprozesses zu gewinnen. Zugleich verursachen sie den auskunftspflichtigen Unternehmen aber auch bürokratischen Aufwand. Daher sind das Erhebungsprogramm und die statistischen Verfahren regelmäßig auf Entlastungsmöglichkeiten zu überprüfen. Wirtschaftspolitik und statistische Ämter sind dabei 2005 wichtige Schritte vorangekommen. Gegenwärtig zeichnen sich vier strategische Ansatzpunkte zur Entlastung der Unternehmen von statistischen Berichtspflichten ab:

- **Verzicht auf Informationen:** In Schleswig-Holstein gibt es bereits seit einigen Jahren in der Wirtschaftsstatistik keine landesspezifischen Erhebungen mehr. Die derzeitigen Erhebungen sind durch Bundesgesetz vorgeschrieben - nicht selten auf Anforderung der EU. Auf Initiative und unter Federführung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums hat ein ad hoc Arbeitskreis der Wirtschaftsministerkonferenz statistische Informationen benannt, die von geringem wirtschaftspolitischen Nutzen sind und auf die verzichtet werden kann. Nach einhelliger Zustimmung der Wirtschaftsminister- und -senatoren der Länder sind diese Vorschläge im Laufe des Jahres 2005 in die Arbeiten zur Reform der Unternehmensstatistik eingegangen.
- Verzicht auf Erhebungen durch **Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke:** Hierbei handelt es sich um Daten, die z. B. in den Steuerverwaltungen und den Arbeitsagenturen vorliegen und die für Konjunkturstatistiken vor allem im Dienstleistungsbereich genutzt werden sollen. Gegenwärtig laufen entsprechende Eignungstests.
- **Effizientere statistische Methoden:** Im Zusammenhang mit der aktuellen Reform der Unternehmensstatistiken wird eine Anhebung der Schwellenwerte im Bereich der monatlichen Industriestatistik von 20 auf 50 Beschäftigte geprüft. Das Wirtschaftsministerium unterstützt dieses Vorhaben: In Schleswig-Holstein könnte dadurch mehr als die Hälfte aller Betriebe von monatlichen Meldungen entlastet werden.
- In Fällen in denen statistische Informationen und Erhebungen unverzichtbar sind, kann der **Einsatz von IuK-Technologien** die Belastungen für die Unternehmen gering halten: Das Statistische Bundesamt hat zusammen mit namhaften Herstellern von Unternehmenssoftware verschiedene

Module entwickelt, die statistische Informationen automatisch aus der betrieblichen Software (z.B. des Personal- und Rechnungswesens) herausfiltern. Auch die Meldung über das Internet verbreitet sich zunehmend.

Der Bund-Länder-Ausschuss Statistik wird der Wirtschaftsministerkonferenz im Frühsommer 2006 über den aktuellen Umsetzungsstand bei der Entlastung der Unternehmen von statistischen Berichtspflichten in Deutschland berichten. Die Wirtschaftsminister der Länder werden dann über weitere Schritte entscheiden.

Novellierung der Schleswig-Holsteinischen Vergabeverordnung

Am 25. November 2005 ist die novellierte Schleswig-Holsteinische Vergabeverordnung in Kraft getreten. Durch die Neufassung wird die Vergabe öffentlicher Aufträge im Land vereinfacht und beschleunigt. Das Ziel der Landesregierung, insbesondere auch auf Landesebene für Deregulierung und Entbürokratisierung zu sorgen, wird damit konsequent umgesetzt. Von den großzügigeren Bestimmungen werden sowohl die öffentlichen Auftraggeber als auch die Unternehmen, die an öffentlichen Aufträgen interessiert sind, profitieren.

Bislang mussten öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge bereits ab einer geschätzten Nettoauftragssumme von 5.000 Euro in einem förmlichen Verfahren vergeben werden. Nach der Neuregelung können die öffentlichen Auftraggeber Liefer- und Dienstleistungsaufträge bis zu 25.000 Euro sowie Bauaufträge bis zu 30.000 Euro freihändig vergeben. Dies wird den personellen und sachlichen Aufwand der Beteiligten spürbar senken und Investitionen beschleunigen. Daneben ist die beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen ohne Teilnahmewettbewerb generell bis zu einer geschätzten Auftragssumme von 100.000 Euro möglich; in Fällen eines vorherigen Teilnahmewettbewerbs sogar bis 200.000 Euro. Liefer- und Dienstleistungsaufträge können weiterhin bis zu einer Summe von 50.000 Euro beschränkt ausgeschrieben werden.

Nach der neuen Vergabeverordnung – im Bundesvergleich eine der liberalsten – dürfen auch freiberufliche Leistungen – insbesondere Architekten- und Ingenieurleistungen – bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro ohne förmliches Verfahren vergeben werden; dies war bislang nur bei Aufträgen unter 15.000 Euro möglich.

Die Erleichterungen dieser Verordnung sind nur der erste Schritt zu dem Ziel, das Vergaberecht insgesamt zu vereinfachen. Die Landesregierung wird auch die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen einer kritischen Prüfung unterziehen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass die bundesrechtlichen Vorgaben zum öffentlichen Auftragswesen zügig modernisiert werden.

Kooperation der Industrie- und Handelskammern

Zur Entlastung der Mitgliedsbetriebe strebt die schleswig-holsteinische Landesregierung eine bessere Zusammenarbeit der drei Industrie- und Handelskammern Kiel, Lübeck und Flensburg an. Durch eine verbesserte Aufgabenteilung und engere Verzahnung der Kammeraufgaben können Synergieeffekte genutzt und die Beiträge für die Mitgliedsfirmen gesenkt werden.

Auf Anregung des Wirtschaftsministeriums haben die drei Kammern im August 2005 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe angekündigt, die trilateral auf IHK-Ebene unter Hinzuziehung externen Sachverständigen alle Aspekte einer Fusion untersucht. Das zum Jahresanfang 2006 von den Kammern vorgelegte Kooperationsmodell kann als Vorstufe zu einer späteren Fusion dienen.

3.2.3 Finanzierungshilfen

Das Land Schleswig-Holstein und seine Finanzinstitute - Investitionsbank Schleswig-Holstein, Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH und die Gesellschaft für Wagniskapital - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH – sind wichtige Partner des Mittelstandes bei Realisierung von Gründungsvorhaben und Sicherung der Unternehmensfinanzierung. Angesichts gravierender Veränderungen auf den Finanzmärkten mit Auswirkungen insbesondere auf die Kreditfinanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen kommt dieser Hilfestellung eine zunehmende Bedeutung bei.

Erfolgreiche strategische Zusammenarbeit



schließt Sicherheitenlücken



schließt Eigenkapitallücken



schließt Finanzierungslücken

Gemeinsam handeln – Risiken teilen



effektive Wirtschaftsförderung
für den Mittelstand

Hervorragendes Förderergebnis 2005

Die Finanzinstitute des Landes haben die zunehmende Investitionsbereitschaft des Mittelstandes im Jahr 2005 maßgeblich mit unterstützt. Von den Instituten und dem Land konnten 726 Unternehmen gefördert werden. Damit wurde ein Investitionsvolumen von über 766 Millionen Euro ausgelöst und mehr als 21.400 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gesichert und geschaffen. Das ist das beste Ergebnis der Wirtschaftsförderung seit Jahren! Die mit der Förderung ausgelösten betrieblichen Investitionen wurden gegenüber dem Vorjahr um mehr als 24% gesteigert.

Finanzierungsinstrumente werden weiter optimiert und ausgebaut

Ziel der Finanzierungsinstrumente ist, über die Eigenkapitalbasis der Unternehmen und die Kreditversorgung die Aktivitäten des Mittelstandes zu stärken und so Wachstum und Beschäftigung zu sichern. Zunehmend werden dabei die Finanzierungsangebote der Finanzinstitute – von Darlehen über Bürgschaften bis hin zu Beteiligungen – mit Beratungsangeboten verknüpft, um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu stärken.

Mit dem von der Landesregierung beschlossenen **Schleswig-Holstein Fonds** wird die Palette der Finanzierungsinstrumente noch weiter zugunsten des Mittelstandes gestärkt:

So wird seit 2005 mit dem **Darlehensprogramm IB.KMUdirekt** für kleine und mittlere Unternehmen mit geringerem Finanzierungsbedarf ein Weg zur Überwindung der Hausbankenschwelle angeboten. Das Programmvolumen des im Dezember 2005 gestarteten Programms beläuft sich auf 21 Millionen Euro.

Im Jahr 2005 wurde das erfolgreiche **Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze** bis 2008 verlängert und das Programmvolumen von 30 auf 36 Millionen Euro ausgeweitet.

Von den im 1. Halbjahr 2006 startenden neuen Finanzierungsinstrumenten wird ein weiterer Schub für den Mittelstand in Schleswig-Holstein ausgehen. Mit dem **Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Finanzierungen** wird Ausgründungen aus Hochschulen, aber auch Unternehmen in der Frühphase sowie der anschließenden Wachstumsphase, Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt, um vorrangig innovative und technologieorientierte Vorhaben zu stützen. Über einen gemeinsam mit den Förderinstituten bereitgestellten Fonds werden in den nächsten fünf Jahren Finanzierungsmittel von 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Wachstumspotenziale bereits etablierter Unternehmen werden mit einem zusätzlichen **Beteiligungsfonds für den etablierten Mittelstand** unterstützt. Das Volumen dieses mit Partnern der Kreditwirtschaft konzipierten Fonds soll insgesamt 30 Millionen Euro betragen.

Investitionsbank Schleswig-Holstein

In 2005 vergab die Investitionsbank Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut des Landes im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung neue Kreditzusagen und Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von 184,4 Millionen Euro. Die Investitionsbank konnte im Kreditgeschäft mit 156,1 Millionen Euro das

Volumen der Neugeschäfte im Vergleich zum Vorjahr um über 11% steigern und damit zur Schaffung und Sicherung von rund 12.000 Arbeitsplätzen beitragen.

Eine ausgeprägte Dynamik verzeichneten die **Investitionsdarlehen** zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Vergabe um 47 % auf über 65 Millionen Euro gesteigert werden. Mit den langfristigen Darlehen können Investitionen im Rahmen von Existenzgründungen, Neuansiedlungen, Verlagerungen, Erweiterungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Reinvestitionen mitfinanziert werden. Weiterhin stark nachgefragt wurden die **Kooperationsdarlehen** mit einem Volumen von 55,7 Millionen Euro, mit denen die Kreditvergabemöglichkeiten der Hausbanken für mittelständische Unternehmen verbessert werden.

Mit dem **Existenzgründungsprogramm Starthilfe Schleswig-Holstein** wurden im letzten Jahr 70 kleinere Vorhaben von Gründerinnen und Gründern mit einem Darlehensvolumen von insgesamt 2,5 Millionen Euro gefördert, die mit ihren jungen Unternehmen bisher 116 neue Arbeitsplätze schufen. Der Zugang zu Kapital und zu den Förderkreditprogrammen der KfW Mittelstandsbank ist eines der größten Probleme insbesondere für Gründerinnen und Gründer kleinerer Existenzgründungsvorhaben. Mit Unterstützung des Landes übernimmt die Investitionsbank für Erfolg versprechende kleinere Existenzgründungsvorhaben und Festigungsvorhaben befristet die Hausbankfunktion.

Mit einer guten Beratung fängt alles an!

Die **Förderberatung Wirtschaft** bei der Investitionsbank informiert Unternehmen, Existenzgründerinnen und Existenzgründer kostenlos und wettbewerbsneutral über die Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der Förderinstitute. Im Jahr 2005 wurden 2.486 Beratungen durchgeführt, davon 930 für bestehende Unternehmen und 1.556 Beratungen für Existenzgründungsinteressierte. Insgesamt nahmen 644 Frauen eine Beratungsleistung in Anspruch. Die angehenden Gründerinnen haben bei der **IB.GründerinnenBeratung** die Möglichkeit sich von Frau zu Frau qualifiziert zu informieren.

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH

Die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH übernimmt Ausfallbürgschaften zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie von Existenzgründungen. Die verbürgten Kredite werden von der jeweiligen Hausbank vergeben. Die Angebote der Bürgschaftsbank greifen insbesondere dort, wo bankübliche Sicherheiten nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Sie leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur erfolgreichen Unternehmensfinanzierung. Die Bürgschaftsbank verknüpft ihre Finanzierungsprodukte zunehmend mit begleitender Beratung, um das Entwicklungspotenzial der Unternehmen zu entfalten und deren Nachhaltigkeit zu stärken.

Die Bürgschaften sind im Sinne einer Risikoteilung durch Land und Bund staatlich rückverbürgt. Das Land Schleswig-Holstein ist als Hauptgesellschafter und über die Gremienbesetzung eng mit der Bürgschaftsbank verflochten.

Im Jahr 2005 konnte die Bürgschaftsbank ihre Förderbilanz gegenüber dem bisherigen Spitzenjahr 2004 nochmals verbessern und ist inzwischen eine der führenden Bürgschaftsbanken Deutschlands. Sie hat für 528 Unternehmen (Vorjahr 485) Bürgschaften und Garantien in einer Höhe von 74 Millionen Euro (65) neu bewilligt. Damit wurden ein Investitionsvolumen von 245 Millionen Euro (225) ausgelöst und 8.768 Arbeitsplätze (8.535) geschaffen bzw. gesichert.

Vor allem bei Existenzgründungen konnte die Bürgschaftsbank 2005 einen Zuwachs verzeichnen. Mit einem Anstieg der geförderten Unternehmen um fast 17 % gingen überproportionale Zuwächse des Bürgschaftsvolumens um 20%, des ausgelösten Investitionsvolumens um 31% und der Arbeitsplätze sogar um 43% einher. Dabei wurden verstärkt auch größere Existenzgründungsvorhaben und Firmenübernahmen finanziert.

Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)

Die Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) förderte im Jahr 2005 insgesamt 75 (Vorjahr 67) kleine und mittlere Unternehmen mit stillen Beteiligungen. Mit einem Bewilligungsvolumen von 18,7 Millionen Euro (13,9) konnte die MBG damit ein absolutes Rekordergebnis erzielen. Durch die Finanzierungszusagen der MBG wurde in Schleswig-Holstein ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 108 Millionen Euro ausgelöst. Durch

das von der MBG bereit gestellte Beteiligungskapital konnten insgesamt 4.614 Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden.

Das hohe Bewilligungsvolumen wurde mit gut 6,5 Millionen Euro maßgeblich durch das von der Landesregierung im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds aufgelegte **Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze** beeinflusst. Die erhebliche Beteiligungsnachfrage aus diesem Programm erklärt sich mit dem breiten Verwendungszweck und der unbürokratischen Abwicklung der Anträge durch die MBG. Im Jahr 2005 wurden aus diesem Programm insgesamt 26 Unternehmen gefördert. Es konnten 2.653 Arbeitsplätze gesichert und 68 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit den ausgelegten Beteiligungen des Beteiligungssofortprogramms für Arbeitsplätze wurde ein Investitionsvolumen von rund 51 Millionen Euro ausgelöst.

Darüber hinaus hat auch der im April 2005 gestartete **EFRE-Risikokapital-Fonds** zu diesem guten Förderergebnis beigetragen. Aus diesem Fonds konnten 26 Unternehmen mit einem Bewilligungsvolumen von insgesamt 6,4 Millionen Euro gefördert werden.

Im Jahr 2005 lagen die Investitionsschwerpunkte der MBG in den Branchen Informations- und Kommunikationstechnologien (3,5 Millionen Euro), Groß- und Einzelhandel (2,1 Millionen Euro) sowie im Maschinenbau (1,6 Millionen Euro).

3.2.4 Technologieorientierte Infrastruktur und Förderung

Die technologiepolitischen Aktivitäten der Landesregierung beschleunigen Innovationen und aktivieren Innovationspotenziale. Über den Wissens- und Technologietransfer finden Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft den Weg in eine breite industrielle Anwendung. Mit Hilfe von gezielten Programmen initiiert die Landesregierung einen intensiven Dialog zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit der mittelständischen Wirtschaft und fördert die Zusammenarbeit durch konkrete Kooperationsprojekte.

Im Mittelpunkt der Förderung nach der Richtlinie „**Forschung, Entwicklung, Technologietransfer (FET)**“ stehen Verbünde aus kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen, die die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Darüber hinaus werden fachspezifische Kompetenzzentren an wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes etabliert, die von Unternehmen für gemeinsame Produktentwicklungen, Dienstleistungen, Vermarktungsaktivitäten sowie Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Im Jahr 2005 wurden 8 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 13,2 Millionen Euro bewilligt. Neben den weit über 10 Millionen Euro Landesmitteln wurden auch Mittel der Europäischen Union eingesetzt.

Weitere Fördermöglichkeiten bestehen für Unternehmen bei der **Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH)**. Der Innovationsstiftung obliegt die Aufgabe, die Entwicklung, den Transfer und die Implementierung von innovativen Technologien zu fördern und den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu intensivieren. Sie unterstützt Maßnahmen, die der technologischen Entwicklung des Landes dienen und fördert die Hinwendung der Wissenschaft zur Wirtschaft, z.B. durch Verbundprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen des **Förderprogramms „Hochschule, Wissenschaft, Technologietransfer (HWT)“**. Für den Zeitraum 2004 bis 2006 können Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Millionen Euro gefördert werden. Das Förderprogramm wird in den Jahren 2007 und 2008 mit Mitteln in Höhe von 1,6 Millionen Euro fortgesetzt.

Im **Rahmen der einzelbetrieblichen Technologieförderung** werden kleinen und mittleren Betrieben Zuwendungen zur **Förderung betrieblicher Innovationen** gewährt. Im Jahr 2005 konnten so unter Einsatz von 4,3 Millionen Euro 470 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 200 Arbeitsplätze gesichert werden.

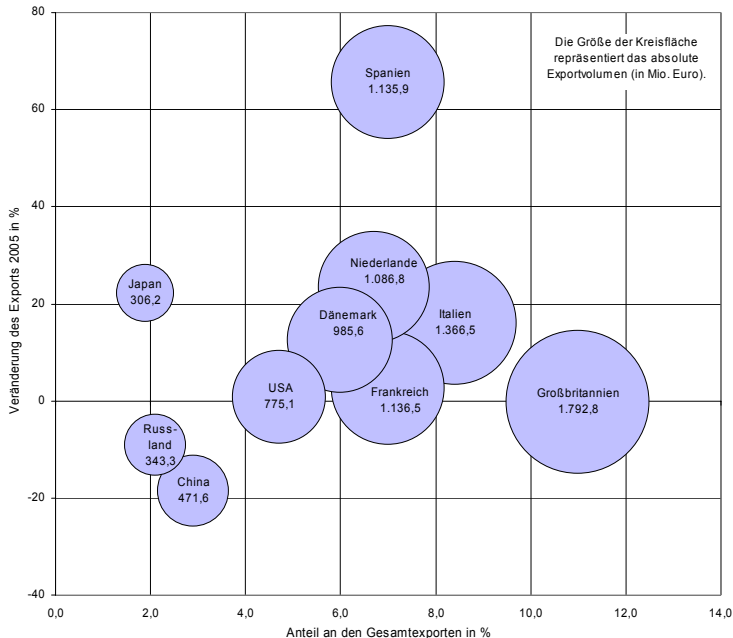
Auf die Einstellung qualifizierten Personals für Forschung und Entwicklung zielt das Förderprogramm **Innovationsassistent** ab. Im Jahr 2005 konnten bei einem Fördervolumen von insgesamt 2,25 Millionen Euro 91 neue Arbeitsplätze mit Hochschulqualifikation in Innovationsbereichen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen werden.

Einzelheiten zu den Förderinstrumenten finden sich in der Übersicht Wirtschaftsförderung von A bis Z (siehe Seite 63) oder im Internet: www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de und www.innovationsstiftung-sh.de.

3.2.5 Außenwirtschaftsförderung

Die zunehmende Integration Schleswig-Holsteins in die Weltwirtschaft hat sich auch im Jahre 2005 fortgesetzt: Exporte und Importe des Landes haben beachtliche Steigerungen erfahren. Die Ausfuhren aus Schleswig-Holstein erreichten mehr als 16 Milliarden Euro und legten um 12 % zu. Die Importe stiegen um 7 % und überschritten den Wert von 18 Milliarden Euro. Mit dieser Dynamik war der Außenhandel auch 2005 eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung.

Exportstruktur Schleswig-Holsteins 2005



Die wichtigsten Handelspartner Schleswig-Holsteins sind unverändert die hoch industrialisierten europäischen Nachbarländer, vor allem die der Europäischen Union: Mehr als 75 % der Exporte gehen in europäische Länder, 67 % in Mitgliedstaaten der EU. Die wichtigsten Exportpartner sind Großbritannien gefolgt von Italien und Frankreich, Spanien und den Niederlanden sowie Dänemark.

Auf der Importseite hatten die außereuropäischen Länder wie z.B. die Volksrepublik China eine etwas größere Bedeutung. Gleichwohl kommen auch hier die meisten Einfuhren aus Europa (69%)

bzw. der EU (64 %). Die bedeutendsten Import-Partner sind die Niederlande gefolgt von Großbritannien, Dänemark, Schweden und Frankreich. Die Einfuhren aus China sind 2005 stark gestiegen und erreichen inzwischen ein Niveau von mehr als 2,8 Milliarden Euro.

Die **schleswig-holsteinische Außenwirtschaftspolitik** unterstützt Unternehmen aus Schleswig-Holstein sowohl auf bereits gewichtigen Märkten – etwa in Europa – als auch auf neu zu erschließenden Zukunftsmärkten wie z.B. in Süd- und Südostasien. Im Jahr 2005 erfolgten wichtige flankierende Aktionen vom Wirtschaftsministeriums und verbundener Einrichtungen wie der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer GmbH (WTSH).

In Verbindung mit kulturellen Ereignissen – Japan war 2005 der Länderschwerpunkt des Schleswig-Holstein Musikfestivals – konnten auch die außenwirtschaftlichen Aktivitäten in das fernöstliche Land verstärkt werden. Beispielhaft sei der **Wirtschaftstag Japan** am 8. Juli 2005 in der IHK Lübeck mit Teilnahme von Herrn Minister Austermann genannt.

Hervorzuheben ist auch die Reise von Herrn Staatssekretär de Jager nach Japan und Korea im Oktober 2005 gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Neben dem gemeinsamen Auftritt von Hamburg und Schleswig-Holstein im Ausland standen die Beziehungen zur japanischen Partnerpräfektur Hyogo / Kobe, die Kooperation mit der Universität Kobe sowie der Besuch des Mutterhauses von in Schleswig-Holstein ansässigen japanischen Unternehmen im Mittelpunkt dieser Reise.

Die Einweihung der neuen Räumlichkeiten des „**Schleswig-Holstein Business Center**“ der WTSH in Hangzhou stand im Zeichen der langjährigen Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Zhejiang. Der Besuch des 1. Vize-Gouverneurs der Provinz Zhejiang in Schleswig-Holstein schloss sich Mitte Juli an. Von Mitte September bis Ende Dezember 2005 fand ein Traineeprogramm für chinesische Nachwuchsführungskräfte aus Zhejiang bei verschiedenen Unternehmen in Schleswig-Holstein statt. Außerdem wurde Ende September 2005 für Entscheidungsträger aus Zhejiang eine einwöchige Study-Tour zum Thema „Windenergie“ durchgeführt.

Die Aufmerksamkeit in Europa galt 2005 noch vornehmlich den neuen EU-Staaten, so im Rahmen einer **Unternehmerreise nach Polen** anlässlich der Posener Umweltmesse „POLEKO“. Mit Blick auf die künftig erforderliche Beachtung von EU-Umweltstandards will das Netzwerk schleswig-holsteini-

scher Umweltfirmen „EConet“ heimischen Firmen helfen, einen Anteil an den umweltorientierten Investitionen in den neuen EU-Nachbarn zu sichern.

Im November 2005 gab Wirtschaftsminister Austermann der Außenwirtschaftspolitik der Landesregierung mit seiner **Außenwirtschaftsoffensive** einen neuen Impuls. Sie legt in den nächsten Jahren die Schwerpunkte in den großen asiatischen Zukunftsmärkten sowie den bedeutenden „Übergangsländern“ wie Russland. Die großen westeuropäischen Nachbarn und die hoch entwickelten Nordseeanrainer werden künftig die ihnen angemessene Aufmerksamkeit in den Außenwirtschaftsaktivitäten des Landes erhalten. Das Wirtschaftsministerium wird 2006 die ganzjährige Außenwirtschaftsaktion **„Europa in Schleswig-Holstein“** der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein nutzen und unterstützen, um die Bedeutung des EU-Binnenmarktes für die Außenwirtschaft des Landes zu unterstreichen.

3.2.6 Familienfreundliche Betriebe

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es für Unternehmen und Betriebe immer wichtiger, im Rahmen einer familienfreundlichen Personalpolitik ihre Beschäftigten darin zu unterstützen, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Auch kleine und mittelständische Unternehmen sind gefordert, sich familienfreundlich auszurichten, wenn sie im Wettbewerb um die knapper werdenden qualifizierten Fachkräfte bestehen wollen.

Um den Betrieben bei diesen Bemühungen zu helfen, hat die Landesregierung unter Federführung des Wirtschaftsministeriums zum 1. Juni 2005 die **Projektgruppe „Familienfreundlicher Betrieb“** eingerichtet.

Zusammen mit den Hochschulen des Landes sowie den Kammern und Wirtschaftsverbänden werden verschiedene Fachveranstaltungen zu „Familienfreundlicher Personalentwicklung“ ausgerichtet und unterstützt. Über den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik hinaus wird das Wirtschaftsministerium erstmals im Jahr 2007 einen **Wirtschaftspreis** zum Thema Familienfreundlicher Betrieb ausloben. Neben dem Hauptpreis (20.000 Euro) wird ein **Förderpreis** (5.000 Euro) für Nachwuchsbetriebe sowie Existenzgründungen vergeben.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt die **Bildung familienfreundlicher Betriebsverbände**, um kleinen Betrieben eine wirtschaftliche Einführung familienfreundlicher Maßnahmen zu ermöglichen. Nach dem Vorbild des **Pilotprojektes „Chefsache Familie“** werden gemeinsam mit den Kammern Netzwerke geschaffen, die die Betriebe bei der Einführung von familienfreundlichen Maßnahmen unterstützen.

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird mit gutem Beispiel vorangehen und strebt an, sich als familienfreundlicher Betrieb nach dem Audit der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zertifizieren zu lassen.

3.3 Kompetenzfelder der schleswig-holsteinischen Wirtschaft

Wissen und Innovationen werden zunehmend zu den entscheidenden Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen und damit für Wachstum und Beschäftigung auch in Schleswig-Holstein. Hier setzt die Landesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Forschungspolitik an:

- Wissensträger aus Unternehmen, Hochschulen und anderen Einrichtungen werden konsequent zusammengeführt. Denn intensiver Austausch von Wissen und Erfahrung in leistungsfähigen Netzwerken schafft innovative Milieus.
- Vorhandene Stärken und Schwerpunkte werden schlagkräftig ausgebaut. Die Landesregierung konzentriert sich auf die Cluster mit den größten Potenzialen im Land: Life Sciences, Maritime Wirtschaft, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikro- und Nanotechnologie, Tourismus, Ernährung, Chemie und Mineralölverarbeitung sowie Luftfahrt und Verkehrstechnik.

- Mit der Zusammenlegung von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium kann der Innovationsprozess von der Forschung bis hin zu Wachstum und Beschäftigung noch gezielter, schneller und schlagkräftiger unterstützt werden.

3.3.1 Life Sciences



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Landesregierung hat im Jahr 2005 ihre Maßnahmen zugunsten der Life Sciences und zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Hamburg konsequent fortgesetzt. Entscheidenden Anteil an der Stärkung der Life Sciences in Schleswig-Holstein und Hamburg hatte die im Jahr 2004 gegründete **Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH**. Die Länder Hamburg

und Schleswig-Holstein sind als Gesellschafter zu jeweils 50 Prozent an der Norgenta beteiligt. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung, Profilierung und Vermarktung des Life Sciences Standortes Norddeutschland. Die Norgenta dient dabei als zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle für die Life Sciences in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Zu den Aktivitäten der Norgenta zählten im Jahr 2005 - neben der länderübergreifenden Netzwerkbildung – Messepräsentationen auf der Biotechnica in Hannover (Oktober 2005) und der MEDICA in Düsseldorf (November 2005) sowie die Herausgabe des Newsmagazins „Life Science Nord“. Das Newsmagazin ist als Gemeinschaftsproduktion der Norgenta, der AGMT Arbeitsgemeinschaft Medizintechnik in Schleswig-Holstein e.V., des Bay to Bio Förderkreis Life Science e.V., der TuTech Innovation GmbH und der WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH entstanden. Es erscheint vierteljährlich und bündelt aktuelle Informationen aus Wirtschaft und Wissenschaft. Seit Mai 2005 gibt die Norgenta zusammen mit dem Bay to Bio Förderkreis Life Sciences e.V. einen e-mail-Newsticker heraus, der über Neuigkeiten und Veranstaltungen in der Life Science Nord-Region unterrichtet. Darüber hinaus hat die Norgenta eine Standortbroschüre Life Science Nord erstellt, die die Vorzüge des Standorts Norddeutschland in englischer und deutscher Sprache herausstellt, und insbesondere auf Delegationsreisen und Messen genutzt werden soll.

Die Norgenta hat Ende 2004 den Life Science Council ins Leben gerufen, an dem sich die Fördereinrichtungen der Länder (WTSH, Innovationsstiftung Hamburg), die Technologietransfereinrichtungen (WTSH, TuTech), die Kammern (IHK Lübeck in Vertretung der beiden Schwesterkammern Kiel und Flensburg, Handelskammer Hamburg) und die Netzwerke und Vereine (Bay to Bio, AGMT, MedRegio GmbH, Industrieverband Hamburg) beteiligen. Der Life Science Council hat die Aufgabe, Life-Science-Aktivitäten der einzelnen Mitglieder zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Dadurch werden Redundanzen abgebaut. So wird z.B. das von Bay to Bio und der AGMT jeweils einzeln geplante Internetforum auf eine breitere Basis gestellt.

Durch Integration der vorhandenen Akteure wurde ein Kooperationsnetzwerk geschaffen, das die Grundlage für weitere Aktivitäten der Norgenta bildet: So hat die Norgenta mit Unterstützung der WTSH und der TuTech Innovation erfolgreich an der Erstbewertung und -empfehlung von Projekten im Rahmen des BMBF-Förderprogramms BioChance Plus mitgewirkt. Mehrere der eingereichten Projektskizzen haben die erste Auswahlrunde gemeistert und werden in der anschließenden Antragsphase konkretisiert. In Zusammenarbeit mit den regionalen Förderinstitutionen hat die Norgenta weitere Projekte von Forschungseinrichtungen und Unternehmen in den Bereichen „Forschung und Entwicklung“ und „Betriebliche Innovationen“ vorangetrieben und bis zur abschließenden Förderentscheidung begleitet. Mit Unterstützung der Norgenta konnte 2005 das erste große länderübergreifende Projekt Molecular Imaging North (MOIN) und Molecular Imaging Center (MIC) starten, an dem Arbeitsgruppen des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und des Universitätsklinikums Eppendorf beteiligt sind. Das MIC wird als Verwertungseinheit für das MOIN-Projekt seine Arbeit im Jahr 2006 aufnehmen.

Die Norgenta hat in 2005 erstmals Expertendialoge zu unterschiedlichen Themen mit dem Ziel durchgeführt, die in Schleswig-Holstein und Hamburg arbeitenden Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuführen. In den Dialogen werden die Stärken des Standorts herausgearbeitet, notwendige Entwicklungen identifiziert und Maßnahmen angestoßen.

Ihre internationalen Kontakte hat die Norgenta durch die Mitarbeit in der ScanBalt-Initiative, der Teilnahme an einer Delegationsreise des Ersten Bürgermeisters von Hamburg nach Japan und durch die Einbindung in die Vorbereitung der Internationalen Messe für die Medizintechnik „Arab Health“ aus-
geweitet.

Forschungsförderung

Ausgehend von der Diskussion über Eliteförderung und Spitzenuniversitäten haben Bund und Länder im April 2005 eine Vereinbarung über eine gemeinsam getragene **Exzellenzinitiative** geschlossen. Die Initiative zielt darauf ab, gleichermaßen Spitzenforschung sowie den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Deutschland in der Breite zu stärken. Im Rahmen der Initiative werden Mittel in so genannten Exzellenzclustern bereitgestellt. Schleswig-Holstein beteiligt sich mit zwei Anträgen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Einer dieser Anträge zielt auf das **Exzellenzcluster Inflammation at Interfaces** (zum anderen Antrag siehe Seite 25). Das Cluster Inflammation at Interfaces befasst sich mit der Rolle entzündlicher Vorgänge bei verschiedenen Erkrankungen. Die Entzündung an Grenzflächen stellt seit langem ein klinisches Problem dar, das alle Menschen betrifft. Haut und Schleimhäute in Lunge, Mund und Darm sind so genannte Barriereorgane, die den Körper gegen die Außenwelt abgrenzen. Geht bei deren Entwicklung etwas schief, entwickeln sich Entzündungskrankheiten wie Asthma, Neurodermitis oder Morbus Crohn. Die Forschung auf diesem Gebiet dient der Entwicklung neuer diagnostischer und therapeutischer Verfahren.

Die im Jahr 2004 gegründete **Fraunhofer Arbeitsgruppe „Zelldifferenzierung und Zelltechnologie“** an der Universität Lübeck hat ihre Arbeiten bei der Isolierung und Charakterisierung adulter Stammzellen aus exokrinem Drüsengewebe fortgesetzt. Das Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium hat mit dem Fraunhofer- Institut für biomedizinische Technik, das die Arbeitsgruppe inhaltlich und finanziell unterstützt, Gespräche über die Weiterentwicklung der Arbeitsgruppe zu einer Fraunhofer-Einrichtung geführt. Diese Gespräche werden 2006 intensiviert, um die Weichenstellung für die Etablierung einer Fraunhofer-Einrichtung mit einer inhaltlichen Ausrichtung auf die Life-Sciences in Lübeck vorzubereiten.

Die Sektion Biowissenschaften der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Lübeck (TNF) und die mit ihnen kooperierenden Institute der Medizinischen Fakultät haben im Jahr 2005 ihre Forschungen auf dem Gebiet der **molekularen Zell- und Strukturbiologie** und ihrer Anwendungen in Medizin und Biotechnologie fortgeführt. Besonders herausragende Ergebnisse waren in diesem Jahr die Bestimmung von Strukturen des SARS-Virus, des Herzmuskelentzündung verursachenden Cocksackievirus und die Charakterisierung der Wechselwirkung zwischen Schnupfenregenern mit ihren Rezeptoren. Diese Arbeiten führten zu neuen Ansatzpunkten für Therapien zur Bekämpfung von Krankheiten.

Im Bereich der **bakteriellen Forschung** war der von Wissenschaftlern des Institutes für Mikrobiologie und Hygiene in Kooperation mit der Anatomie erbrachte Nachweis der Unwirksamkeit vieler Antibiotika von besonderer Bedeutung.

Zur Verbesserung der Forschungsk Kooperation auf dem Gebiet der Life Sciences wurde im Spätsommer 2005 von den Institutsdirektoren der Sektion Biowissenschaften der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und mit ihnen verbundener, der theoretischen Medizin gewidmeter Institute der medizinischen Fakultät die **Gründung eines Zentrums für medizinische Struktur- und Zellbiologie** beschlossen.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sind die Molekularbiologie und Medizin Schwerpunkte mit einer dynamischen Entwicklung. Der Kernpunkt der Entwicklung ist die Etablierung des **Zentrums für Molekulare Biowissenschaften** (ZMB), das im Sommer 2004 eingerichtet wurde und seither sukzessive mit moderner Infrastruktur ausgestattet wird. Im ZMB arbeiten die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät interdisziplinär zusammen.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Landesregierung wurde auch 2005 die Förderung der Medizintechnik in der Region Lübeck fortgesetzt. Der im Jahre 2004 in der Region Lübeck gegründete **Medizintechnikverbund Lübeck** (MTVL) ist die Forschungsallianz der Universität zu Lübeck, der Fachhochschule Lübeck, des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und des Forschungszentrums Borstel. Der MTVL fördert Innovationen und koordiniert interdisziplinäre Forschung in der Medizintechnik. Das Profil des Standortes wird gebildet durch die fünf Forschungsschwerpunk-

te: 1) Atmung und Beatmung, 2) Intelligente Systeme, Navigation, Robotik, 3) Bild und Signalverarbeitung, 4) Optische Technologie, 5) Regenerative Medizin und mit geprägt durch die medizinorientierte Informatik. Herausragende Projekte werden u.a. aus Mitteln der Hochschulen, des Zukunftsinvestitionsprogramms und des Innovationsfonds des Landes Schleswig-Holstein, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), des Bundesforschungsministeriums sowie der EU gefördert.

So unterstützt z.B. das Bundesforschungsministerium im Rahmen seines Programms „SOMIT - Schonendes Operieren mit innovativer Technik“ das am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein koordinierte Verbundvorhaben für eine sanfte Leberchirurgie **FUSION** (Future Environment for Gentle Liver Surgery Using Image-Guided Planning and Intra-Operative Navigation). Ein Netzwerk aus führenden klinischen Zentren für operative und interventionelle Tumorthérapien und Transplantationen (Berlin, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Kiel, Krefeld und Lübeck) gewährleistet ein übergreifendes medizinisches Expertenwissen und ist die Basis für eine breite Akzeptanz. In dieses Modell fließen technische Verfahren aus den Bereichen der medizinischen Navigation und Robotik direkt in die intraoperative Anwendung ein. Das Projekt FUSION wird durch die CEMET GmbH koordiniert. Aus dem Gesamtfördervolumen von 15 Millionen Euro fließen fünf Millionen Euro nach Schleswig-Holstein.

Die Fachhochschulen Flensburg und Lübeck forschen in den Bereichen „Strukturen des Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung“, „Krankenhaus-Vergütungssystem“, „Versorgungsstrukturen“, „Gesundheitstelematik“, „Finanzierung“ und „Marketing“. Dabei sind 2005 mehrere Vorhaben initiiert worden. So beteiligt sich die Fachhochschule Flensburg an den Projekten „Die elektronische Gesundheitskarte (Telematik)“, „Telemedizin“ und „Webbasiertes Lernen in Health Care“.

Ausbildung hoch spezialisierter Fachkräfte

Schleswig-Holstein besitzt im Bereich der Life Sciences zahlreiche Angebote zur Ausbildung hoch spezialisierter Fachkräfte. Dabei wurden auch 2005 wieder besondere Akzente gesetzt. Mit dem erfolgreichen Abschluss der *Akkreditierung des Masterstudienganges „Molecular Life Science“* an der Universität zu Lübeck wurde der Ausbau des medizinorientierten Life-Science-Ausbildungssystems fortgesetzt. Die Fachhochschulen Flensburg und Lübeck bieten im Bereich der Gesundheitswirtschaft verschiedene Studiengänge an: An der FH Flensburg läuft im Diplomstudiengang Betriebswirtschaftslehre eine Studienrichtung mit dem *Schwerpunkt Krankenhausmanagement*. Die FH Lübeck bietet einen *Bachelorstudiengang „Betriebswirtschaftslehre – Gesundheitswirtschaft“* und einen Studiengang *Master of Business Administration „Health Care Management“* an und plant eine Erweiterung ihres Angebotes. An der Fachschule Kiel gibt es seit 2001 den Bachelor-Studiengang „Physiotherapie“.

Gesundheitsinitiative im Jahr 2005 neu gestartet

Gesundheitsministerin Dr. Gitta Trauernicht hat im Sommer 2005 die „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ gemeinsam mit Vertretern der Ärzte und Krankenhäuser, Krankenkassen, Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kammern und Verbänden neu gestartet.

Ziel der Initiative ist der Ausbau und die stärkere Vermarktung der Kompetenzen und Qualitäten des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein. Vor allem soll das Profil des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein mit einer engeren Verzahnung von Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft gestärkt werden.

Folgende Leitlinien bestimmen die Arbeit der Gesundheitsinitiative:

- Mit einem leistungsfähigen Gesundheitswesen und einer starken und innovativen Gesundheitswirtschaft sichern und schaffen wir Arbeitsplätze und stärken die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins.
- Mit der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien und Kompetenzen verbessern wir die Gesundheitsversorgung.
- Gemeinsam werden wir Schleswig-Holstein auf die Herausforderungen der Zukunft in der Gesundheitsversorgung und im Wettbewerb der Regionen vorbereiten und die Chancen nutzen.

Die Gesundheitsinitiative konzentriert sich in ihrer zweiten Phase auf drei Schwerpunkte:

1. den **Gesundheitspolitischen Zukunftsdialo**g: Um die zukünftige Entwicklung in der Gesundheitsversorgung frühzeitig zu erkennen und zu steuern, sollen im Dialog mit den aktiven Entscheidern Szenarien erarbeitet und daraus Handlungsoptionen abgeleitet werden. Im Mittelpunkt stehen die medizi-

nischen Versorgungsstrukturen (Krankenhäuser, ambulante und integrierte Versorgung sowie Rehabilitation).

2. das **Initiieren und Unterstützen von Leitprojekten**: Der Initiativkreis Gesundheit, dem unter dem Vorsitz von Ministerin Dr. Gitta Trauernicht gut 20 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Gesundheitswesen, der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie aus Organisationen und Leistungsanbietern des Gesundheitssektors angehören, hat auf seiner Sitzung im August 2005 fünf Leitprojekte vereinbart:

- Netzwerk Brustgesundheit Schleswig-Holstein / Betrifft Brust
- Protonentherapie am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
- Faszination Operieren
- Elektronische Gesundheitskarte Schleswig-Holstein
- Gesundheitstourismus

3. die **Vermarktung des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein**: Ziel der Gesundheitsinitiative ist es, Schleswig-Holsteins Profil als Gesundheitsland im eigenen Land, in Deutschland und im Ausland zu stärken und sichtbarer zu machen. Dazu sollen auf Veranstaltungen, Messen und Kongressen gezielt die Kompetenzen des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein dargestellt und für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein geworben werden.

Weitere Informationen im Internet unter www.gesundheit.schleswig-holstein.de.

3.3.2 Maritime Wirtschaft



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die ausgeprägt maritime Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins bietet gute Chancen, Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die maritime Branche in Schleswig-Holstein zählt - ohne den maritimen Tourismus - in ihren 1.400 Unternehmen etwa 45.000 Beschäftigte und erzielte 2003 einen Umsatz von rund 5,5 Milliarden Euro. Die vom

Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene **Potenzialanalyse** verschafft erstmals eine umfassende Datenbasis, die den Unternehmen dieses Sektors eine globale Marktübersicht verschafft. Mit Hilfe des **schleswig-holsteinischen Maritimen Koordinators**, Prof. Herzig, Direktor des Leibniz Instituts für Meeresforschung IFM-GEOMAR, und des landesweiten **Clustermanagements Maritime Wirtschaft** bei K.E.R.N. e.V. (www.maritimes-cluster.de) werden die Empfehlungen der Experten aufgenommen, Konzepte besser am Bedarf des Marktes ausgerichtet und neue, systemorientierte Projekte generiert.

Die **Initiative „Zukunft Meer“** konzentriert sich künftig auf technologische und innovative Projekte mit Wertschöpfung in Schleswig-Holstein. Schwerpunktbereiche der Initiative sind: Meerestechnik, Blaue Biotechnologie, Leit- und Sicherheitstechnologien, Offshore-Technologien, Bildung und Qualifizierung. Die Landesregierung will mit der Initiative Schleswig-Holstein bis 2015 zu einer „Europäischen maritimen Modellregion“ entwickeln und der heimischen Wirtschaft und Forschung neue Impulse geben. Im Rahmen der neuen Initiative wurden bislang folgende Projekte begonnen:

Das **Zentrum für marine Wirkstoffforschung** am IFM-GEOMAR (www.ifm-geomar.de) beschäftigt sich mit der Erforschung und Entwicklung neuer Wirkstoffe aus dem Meer. Die Marine Wirkstoffforschung ist einer der vielversprechendsten Bereiche der Biotechnologie mit großem wirtschaftlichem Potenzial. Das Zentrum hat Anfang 2006 seine Arbeit aufgenommen.

Das **Nordsee-Monitoring-System** (www.ocean-monitoring.de) wurde von einem Konsortium Hamburger und Schleswig-Holsteinischer Unternehmen entwickelt. Für den wissenschaftlichen Teil sind das IFM-GEOMAR in Kiel, das Forschungs- und Technologiezentrum Westküste in Büsum, das GKSS Forschungszentrum Geesthacht sowie als Beratungspartner das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Hamburg, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffforschung in Hannover und das Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven mit Forschungsstationen auf Helgoland und auf Sylt eingebunden. Das System bietet umfangreiche Informationen und Daten für diverse Nutzungs-

möglichkeiten, wie z. B. Schiffssicherheit, Strömungen, Meeresgeologie, Fischbestände, Meteorologie, Tourismus und Küstenschutz. Bestandteil sind schnelle und leistungsfähige Datenspeicher- und Datenübertragungssysteme. Gleichzeitig dient es als Referenzanlage für die weltweite Vermarktung.

Parallel zum Aufbau der Forschungskapazitäten in Schleswig-Holstein wurde die **Partnerschaft in den Bereichen Marine Aquakultur und Technologietransfer** mit ausgewählten Regionen in Indonesien fortgeführt. Ziel sind hier gemeinsame Entwicklungsprojekte.

An der **Exzellenzinitiative** der Bundesregierung hat sich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auch mit einem Clusterantrag "The Future Ocean" beteiligt. Der Forschungsbereich des Clusters richtet sich auf die Chancen, Wirkstoffe aus dem Meer zu gewinnen, die auch der medizinischen Forschung dienen. Darüber hinaus befasst sich dieses Exzellenzcluster mit den grundlegenden Veränderungen der Ozeane durch die industrielle Kohlendioxid-Freisetzung, die globale Erwärmung und die weltweite Überfischung. Mit diesem Projekt werden hoch qualifizierte Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

Nach den Veranstaltungen 2001, 2003 und 2005 wird die **InWaterTec** (www.inwatertec2005.de) neu ausgerichtet. Die Mischung dieses Events aus Konferenz, Messe und Ausstellung im Bereich Meerestechnik /-forschung ist in dieser Form einmalig in Deutschland. Die InWaterTec wird vom 24. bis 29. September 2006 erstmals mit einem Stand auf der SMM 2006 - Schiff, Maschine, Meerestechnik in Hamburg vertreten sein.

Das Institut für Schiffbau und maritime Technik an der Fachhochschule Kiel forscht und entwickelt auf den Gebieten **Yachttechnik, Konstruktion und Festigkeit der Schiffe**. Ein aktuell durch das Regionalprogramm 2000 gefördertes Projekt zielt darauf ab, ein IT-Netzwerk für Bootswerften in Schleswig-Holstein zu schaffen, um diese Betriebe im technisch-organisatorischen Bereich zu stärken und in die Lage zu versetzen, das Marktpotenzial noch gezielter auszuschöpfen. Im Aufbau befindet sich zudem ein für Yachten konzipierter Windkanal, der ebenfalls vom Land aus dem Regionalprogramm 2000 finanziert wird. Am Institut für Schiffbetriebsforschung an der Fachhochschule Flensburg wird an den Versuchsständen Forschungsmotor, Kraftstoffaufbereitungsanlagen, Einspritzpumpenprüfstand und Wellengeneratoranlage geforscht.

Ausbildung hoch spezialisierter Fachkräfte

Zu den hoch spezialisierten Qualifizierungsangeboten im Bereich der maritimen Wirtschaft zählen der Bachelorstudiengang **Schiffbau und Maritime Technik** an der Fachhochschule Kiel sowie der Diplomstudiengang **Schiffsbetrieb / Schiffsbetriebstechnik** an der Fachhochschule Flensburg.

Mit dem **Maritimen Kompetenzzentrum** unterstützt das Land die Weiterentwicklung der Berufsbildungsstätte Travemünde der Handwerkskammer Lübeck zu einem Kompetenzzentrum der Aus- und Weiterbildung für maritime Handwerksberufe, insbesondere Bootsbauer und Segelmacher.

Schiffbau

Ein wesentliches Element der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist der **Schiffbau**. Der deutsche Schiffbau konnte sich im abgelaufenen Jahr erfolgreich im Markt behaupten. Hierzu haben in erster Linie die dynamische Entwicklung der chinesischen sowie der US-amerikanischen Wirtschaft beigetragen.

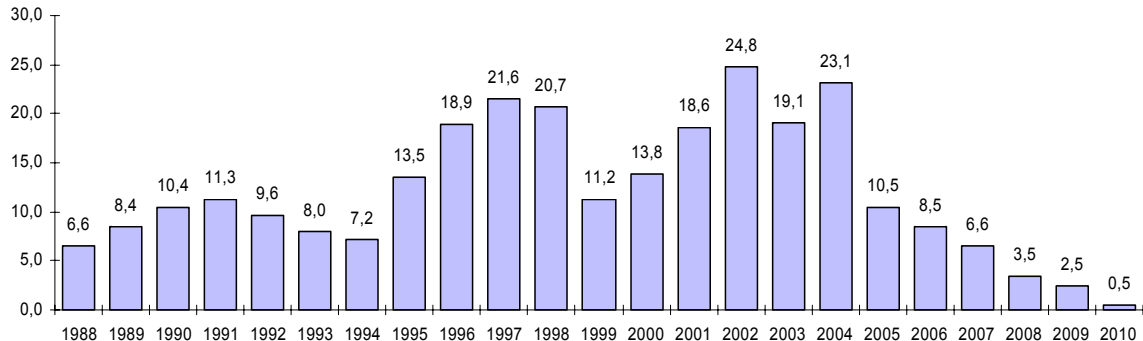
Die Neubaupreise für Schiffe haben sich - trotz höherer Stahl- und Energiepreise - im Durchschnitt leicht abgeschwächt. Die deutsche Schiffbauindustrie befindet sich in einem guten „Fahrwasser“: Bei nochmals gestiegenen Auftragseingängen von etwa 6,55 Milliarden Euro erhöhten sich die Auftragsbestände Ende 2005 im Vergleich zum Vorjahr um rund 3 Milliarden Euro auf nunmehr knapp 11 Milliarden Euro.

Im Sog dieser Entwicklung war der schleswig-holsteinische Schiffbau mit seinen etwa 5.000 Beschäftigten 2005 gut ausgelastet. Im Vordergrund stand der Bau von Container- und Ro-/Ro-Schiffen, Yachten, Produktentanker sowie Marinefahrzeugen. Die Auftragsreichweite lag zu Jahresbeginn 2006 zwischen 1,5 bis 3 Jahren. Bei einigen Werften bestehen gute Chancen auf kurzfristig weitere Anschlussaufträge.

Die gefestigte Auftragslage des schleswig-holsteinischen Schiffbaus ist auch auf die **Wettbewerbshilfe** zurückzuführen: Die Landesregierung stellte Anfang 2005 10,8 Millionen Euro bereit, um die

Schutzmaßnahmen für die Werften zu zwei Dritteln kofinanzieren („Tranche 2005“). Dies ermöglichte zusammen mit den entsprechenden Bundesmitteln ein schleswig-holsteinisches Programmvolumen von insgesamt 16,2 Millionen Euro.

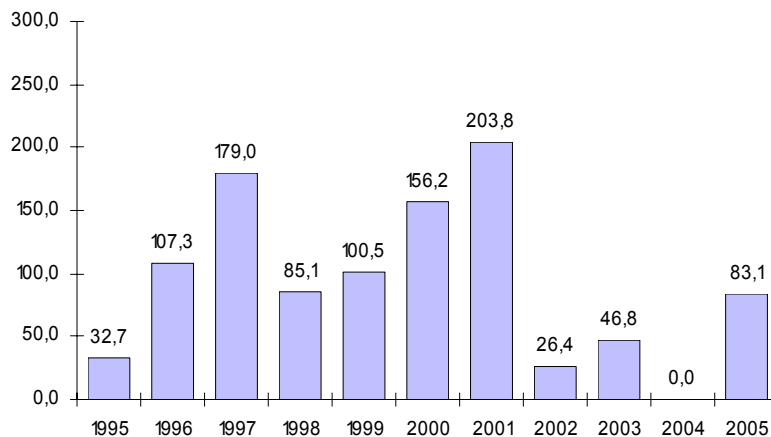
Wettbewerbshilfe in Millionen Euro (ohne Bundesmittel)



Quelle: MWV [2006]

Anders als die übrigen Küstenländer, die sich nur mit 50% an dieser Tranche beteiligten, hat Schleswig-Holstein eine höhere Finanzierungsquote übernommen, um seine Werften für die 2008 beginnende subventionsfreie Zeit gut zu positionieren.

Landesbürgschaften zugunsten von Werften und Reedern (in Millionen Euro)



Quelle: MWV [2006]

Seit Beginn des Programms hat das Land für die Werften rund 276,5 Millionen Euro bewilligt. Unter Einbindung des Bundesanteils wurden Mittel von insgesamt rund 512 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Unterstützung des Landes für die Werften umfasst nicht nur die Produktionshilfen (Wettbewerbshilfen), sondern wird auch durch die Gewährung von Landesbürgschaften zur Absicherung von Bauzeit- und langfristigen Projektfinanzierungen mit einem Volumen von 83 Millionen Euro 2005 deutlich.

Im besonderen Fokus des abgelaufenen Jahres stand die Bildung des **Großwerftenverbundes** mit der ThyssenKrupp AG. Nachdem im Oktober 2004 der Industriekonzern ThyssenKrupp AG und der US-Finanzinvestor One Equity Partners (OEP) die Fusion ihrer drei großen Werften Blohm + Voss (Hamburg), Nordseewerke (Emden) und Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (Kiel) sowie eine Reihe von Tochterunternehmen vertraglich vereinbart hatten und die EU-Kommission mit Entscheidung vom 10. Dezember 2004 die Freigabe ohne Auflagen erteilte, wurde die Fusion Anfang 2005 vollzogen. Unter der neuen Führung von Thyssen Krupp entstand ein neuer Werftenverbund mit 9.300 Beschäftigten. Vorgesehen sind der Neubau von Marine- und Handelsschiffen, Mega-Yachten sowie Reparaturen, mit denen insgesamt ein Umsatzvolumen von über 2 Milliarden Euro angepeilt wird. Am Standort Kiel werden neben der U-Bootfertigung auch künftig Marineüberwasserkomponenten als Zulieferpakete sowie zivile Handelsschiffe über eine neu zu schaffende Überwasser GmbH gefertigt. Im Bereich des Containerschiffbaus wird derzeit eine solide Beschäftigung erreicht.

Der Zusammenschluss zu einem Werftenverbund ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Weiterführung der deutschen Marinewerften. Die neue Struktur verbessert die deutsche Position im Marinesektor auf europäischer Ebene. Der Verbund zielt darauf ab, die schiffbaulichen Kräfte in Deutschland zu bündeln und zu einer nachhaltigen Steigerung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit in einem

schwierigen Marktumfeld zu kommen. Die Landesregierung hat sich frühzeitig und erfolgreich dafür eingesetzt, dass der zivile Handelsschiffbau in Kiel auch für die Zukunft erhalten bleibt.

Mit dem Erwerb des „Marine-Zulieferers“ Atlas Elektronik in Bremen durch ein Konsortium, bestehend aus ThyssenKrupp und EADS, wird ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung des deutschen Marine-Systemgeschäfts geleistet und die Wettbewerbsfähigkeit in diesem Schlüsseltechnologie-Bereich abgesichert.

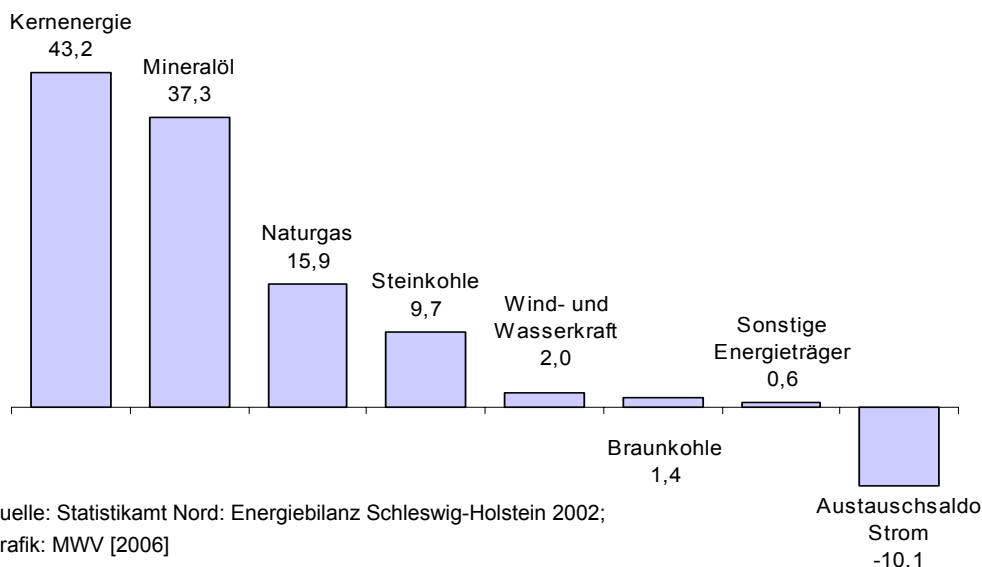
Nach dem Auslaufen der Produktionsbeihilfen im März 2005 richtete sich die Schiffbaupolitik neu aus. Neue Grundlage sind insbesondere die im LeaderShip-Konzept 2015 erarbeiteten Vorschläge zur Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Schwerpunktmäßig werden die Anstrengungen der Unternehmen bei Innovationen sowie Forschung und Entwicklung begleitend unterstützt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Werften nicht nur zu halten, sondern weiter zu verbessern. Hierzu gehören auch vertiefte Kooperationen der Werften und ein verbessertes Netzwerk zur Zulieferindustrie. Mit dem Bundesprogramm **Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze** wird dieser Prozess unterstützt.

In der europäischen Schiffbaupolitik unterstützt Schleswig-Holstein die Bemühungen auf OECD-Ebene, ein verbindliches Regelwerk zur Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen im Weltschiffbau zu etablieren. Für die Landesregierung bleibt der Schiffbau ein Hochtechnologie-Sektor, der für eine moderne Industriegesellschaft unverzichtbar ist.

3.3.3 Energie

Der Primärenergieverbrauch in Schleswig-Holstein betrug 2002 - aktuellere Zahlen liegen nicht vor - 18.676.000 t SKE (SKE = Steinkohleeinheiten, 1 t SKE = 8.140 kWh = 29.308 MJ). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Primärenergieverbrauch 2002 in Schleswig-Holstein um 9,6 % gesunken, im gesamten Bundesgebiet reduzierte er sich um 1,8 %.

Anteile der Energieträger am Primärenergieverbrauch 2002 in %



Versorgungssicherheit und Preisentwicklung

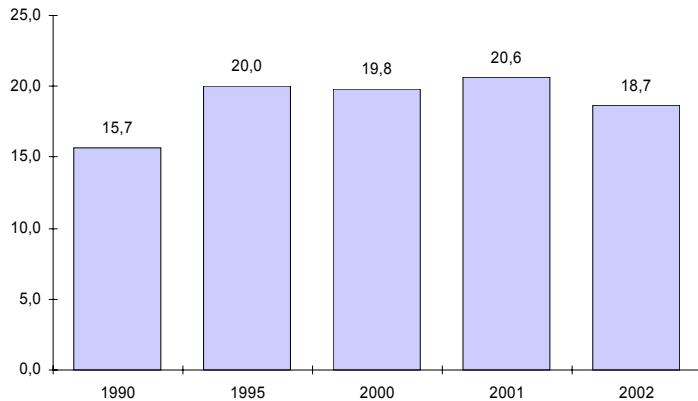
Wie in den Vorjahren blieben Wirtschaft und Letztverbraucher in Schleswig-Holstein von großflächigen und länger andauernden Versorgungsstörungen verschont.

Die Energiepreise sowohl für die leitungsgebundenen Energien Strom und Gas als auch für Mineralölprodukte sind weiter gestiegen. Weltweit wird sich der Energiebedarf weiter erhöhen. Angesichts begrenzter Ressourcen werden die Preise daher weiter steigen.

Energieeinsparung

Einen Schwerpunkt der Landesenergiepolitik bilden die Bereiche Energieeinsparung und Energieeffizienz. So wurden z.B. in den Programmen zur Wohnungsbauförderung und Schulbausanierung erfolgreich Heizenergiesparmaßnahmen umgesetzt.

Entwicklung des Primärenergiebedarfs in Millionen t SKE



Quelle: Statistikamt Nord; Grafik: MWV [2006]

Ziel der **Landesinitiative Wärmeschutz** ist die Verbreitung von Informationen, die Akzeptanzerhöhung und die Aufklärung zur energetischen Gebäudemodernisierung. Die Maßnahmen der Landesinitiative Wärmeschutz sind auf das Ziel ausgerichtet, investive Heizenergiesparmaßnahmen im Altbaubereich zu initiieren und dafür bei Bedarf die attraktiven Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Anspruch zu nehmen. Die Landesinitiative Wärmeschutz wird auch 2006 – gefördert durch die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein – fortgeführt.

Über die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die Landesregierung 2005 Maßnahmen der Energieeinsparung und der Energieeffizienz in Höhe von über 1 Million Euro gefördert. Realisiert wurden z.B. nachträgliche Wärmedämmmaßnahmen im Geschosswohnungsbestand, besonders energiesparende Neubauten, Stromsparmaßnahmen im kommunalen Bereich, Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung (Kraft-Wärme-Kopplung - KWK) und energietechnische Maßnahmen in Krankenhäusern. Auch der **Schleswig-Holstein-Fonds** sieht die Förderung energietechnischer Projekte vor. Schwerpunkte liegen im Bereich der Energieeffizienz (KWK und entsprechende Wärmenetze), der Heizenergieeinsparung durch Wärmedämmung, der weiteren Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie, Biomasseanlagen und von Pilot- und Demonstrationsanlagen mit innovativen energietechnischen Entwicklungen.

Im Zuge der Novellierung der Energieeinsparverordnung werden in Deutschland im Laufe des Jahres 2006 auch für bestehende Gebäude jeweils bei Neuvermietung oder Veräußerung **Energiepässe** eingeführt. Über die dadurch entstehende energietechnische Transparenz von Gebäuden werden investive Heizenergieeinsparmaßnahmen induziert. Außerdem werden erstmals stationäre Beleuchtung und Klimatisierung von Nutzgebäuden in die energietechnische Berechnung von Gebäuden aufgenommen.

Effiziente Energieumwandlung

Durch Effizienzsteigerungen bei der Energieumwandlung werden Energieverluste kontinuierlich und dauerhaft minimiert. Dies geschieht insbesondere durch die breitere Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 2004 rund 740 MW Kraftwärme-Kopplungs-Leistung erbracht, die der Fern-, Nahwärme- bzw. der Objektwärmeversorgung und zugleich der Stromerzeugung dienen. Diese Anlagen produzierten rund 14 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein (Bundesdurchschnitt: 11 %).

Prinzipiell geeignet für die Kraft-Wärme-Kopplung sind Gebäude mit einem Wärmeenergieverbrauch ab etwa 60.000 kWh im Jahr. Mit dem Ziel, die Effizienz von Heizungsanlagen durch die Beistellung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Aggregaten zu verbessern, werden deshalb aus dem Schleswig-

Holstein-Fonds Investitionen in die Beistellung von KWK-Aggregaten an Heizungsanlagen gefördert. Darüber hinaus fördert die Landesregierung aus dem Schleswig-Holstein Fonds Investitionen in die Errichtung und Erweiterung von Wärmenetzen, wenn 50 % der Jahreswärmearbeit aus KWK-Anlagen oder Biomasse gedeckt werden.



Windenergie

Der Ausbau der Windenergienutzung setzte sich auch 2005 erfolgreich fort. Zum Jahresende 2005 waren in Schleswig-Holstein insgesamt **2.590 Windenergieanlagen mit einer elektrischen Leistung von 2.170 MW** installiert. Dies entspricht gegenüber dem

Vorjahr einer Leistungssteigerung um 62 MW bei einem gleichzeitigen Rückgang um 18 Anlagen. Die durchschnittliche Anlagengröße erhöhte sich von 808 auf 838 kW. Dieser relativ verhaltene Ausbau ist vor allem darin begründet, dass die ausgewiesenen Eignungsflächen für die Windenergienutzung nahezu vollständig bebaut sind. Der Ausbau wird daher in Zukunft vornehmlich durch das Repowering, das Ersetzen kleiner, leistungsschwächerer Anlagen durch wenige größere, aber leistungsstärkere Anlagen, erfolgen.

Zur Ableitung des produzierten Windstroms sind drei Hochspannungsleitungen in Schleswig-Holstein geplant. Die drei beabsichtigten 110 Kilovolt-Hochspannungsleitungen von Breklum nach Flensburg, von Heide nach Pöschendorf und von Lübeck nach Göhl umfassen insgesamt eine Länge von rund 100 Kilometern.

Nach Schätzung der Windtest Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH können auf den ausgewiesenen Windeignungsflächen (0,75 % der Landesfläche oder 120 km²) unter Berücksichtigung der Höhenbegrenzung und unter Einhaltung der Abstandsregelungen etwa 3.400 MW Windenergieleistung installiert werden. Darüber hinaus sind weitere 300 MW Windleistung durch Repowering von Anlagen außerhalb der Eignungsfläche möglich.

Durch den Ausbau der Windenergienutzung sind in Schleswig-Holstein direkt und indirekt bereits etwa 5.000 Arbeitsplätze in der Branche entstanden. Weitere Arbeitsplätze werden durch den Ausbau im Offshore-Bereich vornehmlich an der Westküste erwartet.

Vor den Küsten Schleswig-Holsteins in der Nordsee sind sechs Windparkprojekte geplant und durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie genehmigt. Die erforderlichen Genehmigungen für die Kabelanbindung werden voraussichtlich im Jahr 2006 erteilt. Insgesamt umfassen diese Projekte 480 Windenergieanlagen mit einer Leistung von über 2.200 MW. Für den Windpark Sky 2000 in der Ostsee sind 50 Windenergieanlagen mit bis zu 150 MW sowie 5 Testanlagen mit je 5 MW Leistung beabsichtigt. Für beide konnte das Raumordnungsverfahren abgeschlossen werden.

Die Landesregierung unterstützt die Entwicklung der Offshore-Windenergienutzung, indem sie gemeinsam mit dem Bund im Rahmen des Regionalprogramm 2000 die Errichtung einer Forschungsplattform 70 km westlich von Sylt fördert. Das Projekt „**Kompetenzzentrum Offshore-Windenergienutzung - Nordsee Entwicklungsplattform für Technologietransfer und Naturschutz (NEPTUN)**“ ermöglicht den klein- und mittelständischen Unternehmen und den Hochschulen des Landes ihre Produkte, Dienstleistungen und Verfahren für die Windenergienutzung im Offshore-Bereich bis zur Marktreife zu entwickeln.

Parallel fördert das Wirtschaftsministerium im Bereich **beruflicher Weiterbildung** die Entwicklung von Pilot-Modulen für die künftige Qualifizierung des Offshore-Servicepersonals. Ausgebaut wurde der Onshore-Schulungsbereich, u.a. durch Errichtung eines 60-Meter-Übungsturms in Husum, an dem seit Sommer 2005 unter realistischen Bedingungen Sicherheitstrainings durchgeführt werden können.

Im Rahmen des **Kompetenzzentrums Windenergie** bündeln die Fachhochschule Flensburg, die Universität Flensburg, die CAU, die Fachhochschule Kiel und die Fachhochschule Westküste ihre Kompetenzen im Bereich Windenergie (Mechanik, Elektrotechnik, Informatik, Energiewirtschaft und Umwelt), entwickeln diese weiter und leisten Kompetenztransfer an Unternehmen. Das Verbundprojekt wird aus Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Innovationsfonds in Höhe von rund 2,0 Millionen Euro gefördert.

Im Februar 2005 wurde mit der 5 M von REpower Systems die weltgrößte Windenergieanlage, die für die Nutzung im Offshore konzipiert wurde, in Brunsbüttel eingeweiht. Bislang hat die Anlage im Betrieb die Erwartungen übertroffen und eine hohe technische Verfügbarkeit erreicht.

Im September 2005 hat sich Schleswig-Holstein mit der internationalen Leitmesse der Windenergiebranche, der **HUSUMwind**, erneut erfolgreich der Welt präsentiert. An den fünf Messetagen wurden Rekorde bei Besuchern (über 16.000 Personen) und Ausstellern (über 520) aufgestellt.

Energetische Biomassenutzung

Im Jahre 2005 ist die investive Förderung im Rahmen der Initiative "Biomasse und Energie" mit der Bewilligung von drei weiteren Projekten - Errichtung einer Biogaseinschaftsanlage in Braderup und eines Holzheizwerkes auf Gut Rixdorf sowie Unterstützung der Holzpelletmodellregion Schönberg - mit einer Fördersumme von 270.000 Euro und einem Investitionsvolumen von etwa 2,7 Millionen Euro fortgesetzt worden. Bislang sind seit 2001 insgesamt 24 Projekte mit einem Fördervolumen von 8,7 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von 38,8 Millionen Euro in Betrieb gegangen oder im Bau. Weitere Projekte für das Jahr 2006 sind in Vorbereitung.

3.3.4 IuK-Technologie und Medien



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der Informations- und Kommunikationswirtschaft kommt angesichts einer Beschäftigtenzahl von rund 55.000 Personen, einem Gesamtumsatz von knapp 7,5 Milliarden Euro und ihrer Querschnittsfunktion für alle Wirtschaftsbereiche eine hohe wirtschaftspolitische Relevanz zu.

Besondere Herausforderungen für das Flächenland Schleswig-Holstein liegen in den Versorgungsdefiziten der breitbandigen Telekommunikation. Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigen Internetanschlüssen gehört nicht zu der gesetzlich vorgegebenen Grundversorgung im Bereich der Telekommunikation. Dennoch hält die Landesregierung eine flächendeckende Verfügbarkeit von schnellen Internetverbindungen in Schleswig-Holstein für dringend geboten.

Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds stehen in den Jahren 2006 bis 2009 für die **Förderung zur Verbesserung der Breitbandversorgung** in Schleswig-Holstein 3 Millionen Euro bereit. Die Landesmittel werden vorrangig für Maßnahmen zur Akzeptanzerhöhung von Breitbandinternet sowie für wettbewerbsneutrale Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur insbesondere im kommunalen Bereich eingesetzt. Flankierende Maßnahmen helfen insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, sich auf diesem Gebiet weiter zu entwickeln.

Mit dem **Förderprogramm Business to Business** (B2B) fördert die Landesregierung die Umstellung konventioneller Geschäftsprozesse auf den elektronischen Geschäftsverkehr, einschließlich der innerbetrieblichen Ablauf- und Aufbauorganisationen. Das Programm ergänzt die technologieorientierten Förderprogramme und gleicht durch die Realisierung unternehmensspezifischer ganzheitlicher B2B-Lösungen die strukturellen und regionalen Wettbewerbsnachteile der schleswig-holsteinischen Klein- und Mittelbetriebe aus. Das 2002 gestartete und 2005 aufgrund der Empfehlungen im Zuge der Halbzeitbewertung des Regionalprogramms 2000 für zwei Jahre verlängerte Programm ist jetzt mit insgesamt rund 3,5 Millionen Euro dotiert und wird aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Regionalprogramms 2000 finanziert. Bis Ende 2005 wurden gut 1,6 Millionen Euro bewilligt. Das damit ausgelöste Projektvolumen beträgt mehr als 3,5 Millionen Euro. Das Programm wird von der WTSH betreut und abgewickelt (weitere Informationen im Internet unter www.wtsh.de).

Im Rahmen des Regionalprogramms 2000 werden mit Mitteln des EFRE **wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der IuK-Technologien** gefördert. Gegenstand der Förderung sind z.B. der Ausbau wettbewerbsneutraler Beratungsinfrastrukturen für KMU, der Aufbau von neuen Diensten, Portalen und Netzwerken öffentlicher Stellen durch Nutzung von Mobilkommunikation, die Anwendung moderner IuK-Technologien im öffentlichen Bereich (e-Government) oder zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit traditioneller Branchen, wobei der wirtschaftliche Nutzen für KMU im Vordergrund

steht. 2005 wurden mit über 0,7 Millionen Euro u.a. ein Hafenlogistik- und Informationssystem im Ostuferhafen Kiel und der Aufbau eines branchenunabhängigen regionalen Informationssystems gefördert. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf nahezu 1,5 Millionen Euro.

Im Anschluss an das Förderprogramm e-Region Schleswig-Holstein hat die EU-Kommission das Programm **e-Region Schleswig-Holstein PLUS** genehmigt: Gemeinsam mit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) fördert das schleswig-holsteinische Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium innovative Projekte zum Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Wirtschaft sowie innovative Anwendungen zur Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft (www.clusterinitiative-sh.de). *eRegion Schleswig-Holstein PLUS* hat ein Gesamtvolumen von 6 Millionen Euro und wird zu 50% aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert. Erste Projekte sind bereits in 2005 auf den Weg gebracht worden. Derzeit laufen die Projektentscheidungen über die bis 2007 verbleibenden Mittel.

Im Rahmen der **Initiative New Media** werden gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG innovative IuK-Projekte mit einem beiderseitigen Fördervolumen von rund 5 Millionen Euro finanziell unterstützt, wobei sich die Landesmittel hauptsächlich aus bestehenden Förderprogrammen rekrutieren. Die Initiative wurde 2002 gestartet und läuft Ende 2006 aus.

Im Standortwettbewerb profitiert der Schwerpunktbereich IuK-Technologie und Medien von bedeutenden Hochschulkompetenzen und renommierten Forschungseinrichtungen, wie z.B. dem Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe. An den Hochschulen finden sich zahlreiche Studien- und Qualifizierungsangebote, um marktnah qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden.

3.3.5 Mikro- und Nanotechnologie



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Der **Mikrotechnologie-Standort Itzehoe** bildet den Kern der Mikroelektronik-Aktivitäten des Landes. Mit dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) und dem Innovationszentrum IZET sind herausragende Kompetenzen in dem für zahlreiche Anwendungsbereiche wichtigen Technologiefeld Mikroelektronik gebündelt. Die am ISiT vorhandene technologische Kompetenz

führte bereits zur Ansiedlung einer Chipfabrik der Firma Vishay, in der moderne Halbleiter-Bauelemente gefertigt werden. Am Bau einer zweiten hochmodernen Chipfabrik wird festgehalten. Durch diese Investitionen werden etwa 100 Arbeitsplätze neu geschaffen. Darüber hinaus wird die technologische Kompetenz durch das seit Mai 2000 laufende Projekt **Aufbau technologieorientierter Unternehmen im Innovationsraum Itzehoe-Nord** (ANSIT) weiter ausgebaut. Insgesamt erwirtschaften am high-tech Standort Itzehoe 56 Unternehmen mit mehr als 650 Beschäftigten einen Umsatz von über 250 Millionen Euro.

Die erfolgreichen Marketing- und Akquisitionsaktivitäten des IZET – in enger Kooperation mit dem ISiT – erbrachten beachtliche Erfolge. Die Firma Vishay entschied im Herbst 2004, dass sie rund 60 Millionen US-Dollar in den Standort Itzehoe investiert, um die Wafer-Produktion von derzeit 6- auf 8- Zoll umzustellen. Ausschlaggebendes Kriterium für die Investition in Itzehoe war die sehr gute Arbeit und die große Standorttreue des Personals, das Vishay in Itzehoe und Umgebung für seinen bisherigen Betrieb hat gewinnen können. Das Land fördert das ISiT mit einem Betrag von rund 5,3 Millionen Euro, um die technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen für die Umstellung der Wafer-Produktion zu unterstützen.

Im Bereich der Nanotechnologie wurde Ende 2004 in einer **Studie der Innovationsstiftungen Hamburg und Schleswig-Holstein** das Potenzial dieser Zukunftstechnologie für die beiden Bundesländer untersucht. Die Gutachter attestieren Schleswig-Holstein eine gute Basis für die Nanotechnologie: Zahlreiche Firmen und wissenschaftliche Arbeitsgruppen arbeiten kompetent auf diesem Gebiet. Gemäß den Empfehlungen des Gutachtens hat die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein mit dem Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes zwischen Wissenschaft und Wirtschaft begonnen. Das Netzwerk **Norddeutsche Initiative Nanomaterialien** (NINa) konzentriert sich auf das für Schleswig-Holstein relevante Thema Nanomaterialien.

Die Technische Fakultät und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel tragen gemeinsam den **Forschungsschwerpunkt Oberflächenforschung und –technologie**. Der Stärkung der wissenschaftlichen Basis dient die Beschaffung eines Transmissionselektronenmikroskops im Wert von 1,75 Millionen Euro an der Technischen Fakultät der Universität Kiel. Mit dem Gerät werden die Materialforschung, die Oberflächenforschung, die Nanowissenschaften und die Nanosystemtechnik in Schleswig-Holstein unterstützt.

3.3.6 Tourismus

Schleswig-Holstein ist einer der attraktivsten und bedeutendsten innerdeutschen Tourismusstandorte: Entsprechend ist die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich präsent und gehört zu den Branchen mit guten Entwicklungsperspektiven. Mit 130.000 Beschäftigten ist der Tourismussektor fast so groß wie das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein und erreicht mit einem Umsatz von etwa 4,5 Mrd. Euro die gleiche Größenordnung wie die großen Industriebranchen Ernährungsgewerbe, Maschinenbau und Chemie. In den ländlichen Regionen ist der Tourismus oft der wichtigste Ansatzpunkt zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft.



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Zu den Kernbetrieben der Tourismuswirtschaft gehören etwa 4.800 gewerbliche und 30.000 private Beherbergungsbetriebe sowie 7.000 gastronomische Betriebe.

Die wichtigsten Akteure im Tourismus sind insbesondere die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein, die regionalen Tourismus-Marketing-Organisationen, der Hotel- und Gaststättenverband Schleswig-Holstein, der Tourismusverband Schleswig-Holstein, der Heilbäderverband Schleswig-Holstein, die Industrie- und Handelskammern, die Kurverwaltungen und Touristinformationen, sowie weitere landesweit tätige Organisationen (z. B. Verband der Campingplatzhalter, Arbeitsgemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof“, ADFC, ADAC). Auch der Hochschulbereich zählt zu den Akteuren: Die Fachhochschule Westküste hat einen Bachelor- und einen Masterstudiengang „International Tourism Management“ eingeführt.

Der Tourismus steht vor ständig neuen Herausforderungen: Zu nennen sind vor allem der Trend zu immer kürzeren Reisen und zum kurzfristigen Buchungsverhalten, die demografische Entwicklung sowie die Notwendigkeit, Qualität und Service ständig zu verbessern. Stärkere Berücksichtigung wird künftig auch der barrierefreie Tourismus finden. Ein erster Schritt hierzu wurde mit der Einbeziehung der Barrierefreiheit in die Planungen der TASH zur Neugestaltung des Internetauftritts getan. Zur Planung weiterer Maßnahmen wird ein Runder Tisch „Barrierefreier Tourismus“ eingerichtet.

Angesichts der Marktentwicklung wurde Ende 2004 eine Neujustierung der prioritären Umsetzungsmaßnahmen der geltenden Tourismuskonzeption vorgenommen. Vereinbart wurden vor allem folgende Maßnahmen, die 2005 umgesetzt bzw. eingeleitet wurden:

- Mit der **Investitionsoffensive im Tourismus** wurde eine gemeinsame Initiative zur Modernisierung der Unterkünfte und der Infrastruktur entwickelt.
- Die **Effizienz des Tourismusmarketings** wurde durch die weitere Bündelung im Call-Center-Einsatz, im Prospektversand sowie eine Bündelung von Printprodukten auf Landes-, regionaler und örtlicher Ebene verbessert.
- Das **zielgruppenorientierte Marketing** wird optimiert. Hierzu gehört zum Beispiel die Vermarktung von Gesundheits- und Wellness-tourismus, naturorientiertem Tourismus, Kulturtourismus und Wassertourismus.
- Die **Serviceorientierung** wird stetig verbessert, zum Beispiel durch spezielle Schulungsmaßnahmen, durch eine Buchungsplattform auf Landesebene und durch eine hohe Qualität der Touristinformationen.
- Ferner werden die **Fernverkehrsverbindungen** nach Schleswig-Holstein und die **Nahverkehrsverbindungen** im Lande weiter an den touristischen Bedürfnissen ausgerichtet, und
- die flächendeckende **Klassifizierung** der Unterkünfte wird ausgebaut.

Im Jahr 2005 wurden vor allem Maßnahmen in folgenden **tourismuspolitische Schwerpunkte** umgesetzt:

- Weitere Modernisierung der öffentlichen touristischen Infrastruktur.
- Weiterentwicklung des Wassertourismus.
- Fortführung der Initiative zum kulturtouristischen Marketing (gemeinsam mit der Kulturabteilung der Staatskanzlei, TASH, Sparkassen- und Giroverband sowie 30 Kulturpartnern).
- Neuausrichtung im Gesundheits- und Wellnesstourismus, insbesondere auf Basis der Studie des Heilbäderverbandes „Touristische Entwicklungsperspektiven der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein“.
- Klassifizierung der Unterkunftsbetriebe auf Basis des neuen Verfahrens des Deutschen Tourismusverbandes.
- Einrichtung einer gemeinsamen Buchungsplattform für das Urlaubsland Schleswig-Holstein.
- Fahrradtourismus: Entwicklung und Ausbau weiterer Fernradwege (Nord-Ostsee-Kanal; Wikinger-route; Elbe-Lübeck-Kanal, Deutsch-Dänischer-Grenzweg (Eröffnung Mai 2005).
- Initiierung eines Modernisierungsprogramms für kleine gewerbliche Beherbergungsbetriebe.
- Liberalisierung der Bäderregelung.

Zur **Verbesserung der touristischen Wettbewerbssituation** des Landes hat die Landesregierung vor allem folgende Förderinstrumente eingesetzt:

- Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der touristischen Infrastruktur aus dem Regionalprogramm 2000 mit 21,4 Millionen Euro.
- Förderung des Tourismusmarketings mit 1,74 Millionen Euro bei der TASH sowie sechs Touristischen Marketingorganisationen.
- Förderung von acht touristischen Betrieben mit 2,03 Millionen Euro, die ein Investitionsvolumen von 13,3 Millionen Euro sowie 72 Arbeitsplätze generieren.
- Förderung von sechs touristischen Betrieben aus Mitteln des Modernisierungsprogramms für kleine Beherbergungsbetriebe mit 222.000 Euro, die ein Investitionsvolumen von 1,1 Millionen Euro auslösen.

Seit dem 1. Januar 2006 existiert ein neues **Modernisierungsförderprogramm für kleine Hotelbetriebe** in den Tourismusorten der strukturschwachen Regionen des Landes. Die Fördermittel von insgesamt 3,4 Millionen Euro für die Jahre bis 2009 stammen aus dem Schleswig-Holstein Fonds. Das Programm ist Teil der Investitionsoffensive im Tourismus, mit der Landesregierung, Tourismusverband, Hotel- und Gaststättenverband sowie Industrie- und Handelskammern gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche stärken. Mit Investitionen von insgesamt 17 Millionen Euro leistet das Modernisierungsförderprogramm für kleine Hotelbetriebe einen wichtigen Impuls zugunsten der Unternehmen in Schleswig-Holstein. Die Fördermittel können unter bestimmten Umständen mit Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verknüpft werden. Im Idealfall sind so Fördersätze bis zu 40% erreichbar. Auch weitere Finanzierungsinstrumente der landesnahen Fördereinrichtungen wie Investitionsbank und Bürgschaftsbank sind mit dem Programm kombinierbar.

3.3.7 Ernährung

Die Ernährungswirtschaft ist die zweitgrößte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein (siehe auch Seite 8). Ihre Unternehmen stehen in einem starken Wettbewerb. Der dominanten Marktposition des konzentrierten Lebensmitteleinzelhandels haben die kleinen und mittelständischen Unternehmen der Ernährungsindustrie in der Regel wenig entgegenzusetzen. Die Zuwächse der Branche in den Jahren 2004 und 2005 wurden ausschließlich auf ausländischen Märkten erzielt.



Mehr Wirtschaft.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Bedingt durch die angespannte Wettbewerbssituation im Inland wird der Konzentrationsprozess in der Ernährungsindustrie weiter zunehmen.

Mit öffentlicher Hilfe konnten im Rahmen des **Programms zur Förderung zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnis** 2005 sechzehn Investitionsvorhaben in den Unternehmen der Ernährungswirtschaft realisiert werden. Die förderfähigen Investitionen von 15 Millionen Euro wurden mit 3 Millionen Euro aus Mitteln von EU, Bund und Land bezuschusst. Insbesondere in den Bereichen Milch, Kartoffelverarbeitung und Fleischverarbeitung wurden so neue Produktionslinien, Arbeitsplätze und ein erhöhtes Wertschöpfungspotenzial für das Land geschaffen.

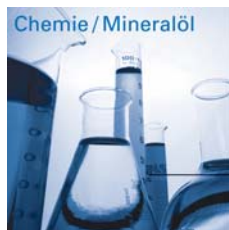
Zur strukturellen Förderung der Ernährungswirtschaft ist die im Jahre 2004 begonnene Initiative zur Verbesserung der Netzwerkarbeit im Wachstumsschwerpunkt Ernährungswirtschaft fortgesetzt worden. Eine vom Land in Auftrag gegebene **Clusterstudie Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein** zeigte bei Ihrer Veröffentlichung im März 2005 Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Handlungsfelder auf. Im Einzelnen werden fünf Schwerpunktbereiche genannt:

- Internationalisierung der Märkte
- Technologische Entwicklung und Qualifikation
- Engere (regionale) Zusammenarbeit zwischen den Akteuren
- Image und Standortmarketing
- Öffentliche Verwaltung und Wirtschaftsförderung

Einzelheiten und die Studie finden sich im Internet unter www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de.

Der Auftritt des Landes Schleswig-Holstein auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin soll unter Berücksichtigung der touristischen und kulinarischen Qualitäten des Landes überarbeitet werden.

3.3.8 Chemie und Mineralölverarbeitung



Im Cluster **Chemie** werden die Chemische und die Petrochemische Industrie zusammengefasst. Die 44 Chemieunternehmen in Schleswig-Holstein beschäftigen rund 5.650 Menschen.

Die Chemische Industrie hat ihren regionalen Schwerpunkt im ChemCoast-Park Brunsbüttel sowie im südlichen Holstein im Hamburger Umland, die Petrochemie in Dithmarschen durch die dort ansässige Raffinerie in Hemmingstedt sowie durch das Ölfördergebiet Mittelplate. Der ChemCoast-Park Brunsbüttel ist das größte zusammenhängende Industriegebiet in Schleswig-Holstein. Hier arbeiten 4.000 Menschen unmittelbar in der Chemischen Industrie. Unter Berücksichtigung der mittelbaren Beschäftigungseffekte sind über 12.000 Menschen in der Region direkt oder indirekt von der chemischen Industrie abhängig.

Von der Auftragsvergabe der Chemischen Industrie profitiert eine Vielzahl von kleinen und mittleren Betrieben in Schleswig-Holstein: Anlagenbauer, Spediteure, Schlossereien, Elektrowerkstätten, Reinigungsfirmen und Abfallentsorgungsbetriebe haben sich im Umfeld der Großunternehmen angesiedelt und übernehmen Serviceleistungen, die nicht zum Kerngeschäft der Industriebetriebe gehören.

Die Produktpalette der Chemischen Industrie in Schleswig-Holstein ist breit gefächert: Sie reicht von chemischen Grundstoffen und Düngemitteln über Farben bis hin zu Spezialkunststoffen. Damit leistet die Industrie einen wichtigen Beitrag zur Versorgung weiterverarbeitender Betriebe in der Region und innerhalb Deutschlands. Ein erheblicher Anteil der Produktion wird exportiert. Die verkehrsgünstige Lage zwischen Nord- und Ostsee ist ein wesentlicher Standortfaktor, insbesondere durch die gute Seehafenanbindung und durch einen Ausbau der Verbindungen zu den chemischen und pharmazeutischen Märkten im baltischen Raum.

Mit dem Bau der A 20 mit Elbquerung westlich von Hamburg wird die Straßenanbindung des ChemCoast-Park Brunsbüttel weiter verbessert. Die ab 2007 geplante Anbindung an das überregionale

Ethylen-Pipelinennetz bindet den ChemCoast-Park Brunsbüttel an die großen europäischen Pipelineverbunde an.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Am 8. März 2005 wurde der ChemCoast e.V. gegründet. Über die Landesgrenzen hinaus haben sich Wirtschaft und Politik in der ChemCoast-Initiative verbunden, um den Chemie-Standort Norddeutschland zu stärken. Dazu gehören neben Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven heute auch die Standorte Bomlitz/Walsrode und Seelze.
- Bau der Ethylen-Pipeline zwischen Stade und Brunsbüttel (Fertigstellung 2007)
- Stärkung des Wirtschaftsraums Brunsbüttel durch ein Regionalmanagementprojekt (Industrieparkkonzept, Verbesserung des Regionalmarketings, Aufbau Kompetenzzentrum)

3.3.9 Luftfahrt und Verkehrstechnik

Die Luftfahrtindustrie in Schleswig-Holstein – überwiegend Zulieferbetriebe – profitiert insbesondere von den Clusteraktivitäten in Hamburg, an denen sich Schleswig-Holstein aktiv beteiligt. In Schleswig-Holstein sind etwa 75 Firmen mit 2.300 Mitarbeitern als Luftfahrtzulieferer tätig.

Bis 2009 stehen im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fond 4,0 Millionen Euro im Rahmen der FuE-Richtlinien für kleine und mittelständische Unternehmen bereit. Diese Gelder stehen auch Unternehmen der Luftfahrtindustrie im Hamburger Umland zu Verfügung. Sie werden über die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH vergeben.

3.4 Standort- und Regionalpolitik

3.4.1 Ansiedlungspolitik

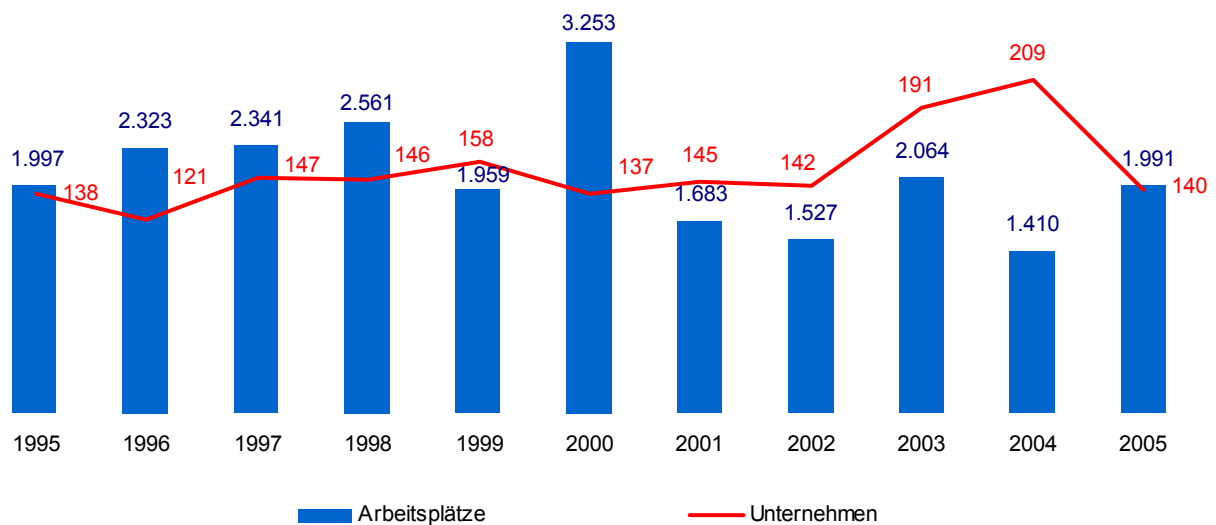
Die Ergebnisse der **betrieblichen Investitionsförderung im Jahr 2005** stimmen zuversichtlich für das laufende Jahr. 2005 wurden 47 Unternehmen mit rund 26,9 Millionen Euro gefördert gegenüber nur 25 Unternehmen mit 14,6 Millionen Euro im Vorjahr. Das geplante Investitionsvolumen stieg von 127,1 auf 208,1 Millionen Euro. Dies ist ein Plus von 64%!

Der Schwerpunkt der Investitionen lag 2005 im Bereich der arbeitsplatzsichernden Modernisierung. Mit den geförderten Investitionen wurden 3.552 Arbeitsplätze gesichert und entstanden 558 neue Arbeitsplätze. Im Vorjahr führten die geförderten Investitionen zu 728 neuen und 2.048 gesicherten Arbeitsplätzen. Angesichts der positiven Erwartungshaltung vieler Unternehmen wird für 2006 ein Anziehen der arbeitsplatzschaffenden Investitionen erwartet.

Von den eingesetzten 26,9 Millionen Euro an Fördermitteln stammen 22,79 Millionen Euro aus der jeweils zur Hälfte von Bund und Land finanzierten Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und 4,14 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) hat zusammen mit ihren Partnern, den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise und kreisfreien Städte und den landesnahen Finanzierungsinstituten im Jahr 2005 wieder ein sehr gutes Ansiedlungsergebnis erreicht und konnte an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen. Insgesamt wurden 140 neue Unternehmen mit rund 2.000 Arbeitsplätzen für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein gewonnen. Die im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Zahl an Unternehmen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Existenzgründungen bzw. kleinen Neugründungen bei den Ansiedlungen durch diese Institutionen eine abnehmende Rolle spielte. Angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes kommt der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine höhere Bedeutung zu als der Zahl angesiedelter Unternehmen. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg gegenüber dem Vorjahr um 41,2 %!

Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze¹⁾ in den Jahren 1995 bis 2005



¹⁾ Es handelt sich um Ansiedlungsprojekte, die von der WTSH und/oder den regionalen Wirtschaftsförderern, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem MWV sowie der Investitionsbank Schleswig-Holstein, erfolgreich abgeschlossen wurden.

Quelle: WTSH; Grafik: MWV [2006]

Bei der Akquisition von Unternehmen aus dem Ausland konnte das sehr gute Vorjahresniveau fast gehalten werden. 2005 entschieden sich 18 ausländische Unternehmen für Schleswig-Holstein als neuen Standort, lediglich eines weniger als im Vorjahr. Mit 219 neuen Arbeitsplätzen übertrifft der Arbeitsplatzeffekt der Unternehmen aus dem Ausland das Vorjahr (51) beachtlich. Die meisten Unternehmen kamen 2005 aus dem skandinavischen Raum sowie aus China.

Dieses Ergebnis spiegelt eine wachsende Zuversicht der Wirtschaft - auch bezüglich des Standortes Schleswig-Holstein - wieder, der mit diesen Zahlen seine Konkurrenzfähigkeit beweist.

3.4.2 Standortmarketing

Das schleswig-holsteinische Standortmarketing wird neu ausgerichtet. Die neue Konzeption wurde auf dem **Wirtschaftsland-Empfang** am 5. Dezember 2005 in den Räumen der Kieler Kunsthalle vorgestellt.

Das Magazin Wirtschaftsland (www.wirtschaftsland.de) widmet fortan Hochschulen und Forschung mehr Aufmerksamkeit. Zudem wird der Servicegedanke mit Hinweisen auf hilfreiche Dienstleistungen der Wirtschafts- und Technologieförderung des Landes und seiner Einrichtungen verstärkt.

Künftig wird das Standortmarketing stärker auf Unternehmer und Multiplikatoren außerhalb Schleswig-Holsteins ausgerichtet und neue Wege gehen. Im Jahr 2005 ist ein TV-Spot erstellt worden, der kurz und prägnant die Standortvorteile Schleswig-Holstein anführt. Die erste Staffel des TV-Spots wurde zu Beginn des Jahres 2006 in wirtschaftsfreundlichem Sendeumfeld bundesweit ausgestrahlt (auch unter www.wtsh.de abzurufen).

3.4.3 Regionalprogramm 2000 und Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Das Regionalprogramm 2000 ist eine der drei Säulen der Initiative Ziel: Zukunft im eigenen Land. Diese Initiative der Landesregierung wurde Anfang 2000 gestartet und bestimmt mit den



Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

Regionalprogramm 2000
für Schleswig-Holstein

drei Programmen Zukunft auf dem Land (ZAL), Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 (ASH 2000) und dem Regionalprogramm (RP 2000) die Förderung der Regionen in Schleswig-Holstein.

Das Regionalprogramm 2000 bildet das gemeinsame Dach für

- die Ziel 2-Förderung der Europäischen Union aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - EFRE,
- die Auslaufförderung der EU aus dem EFRE für Teile des ehemaligen Ziel 5b-Gebiets,
- die Infrastrukturförderung aus der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- und eine ergänzende Landesförderung.

Regionalprogramm 2000

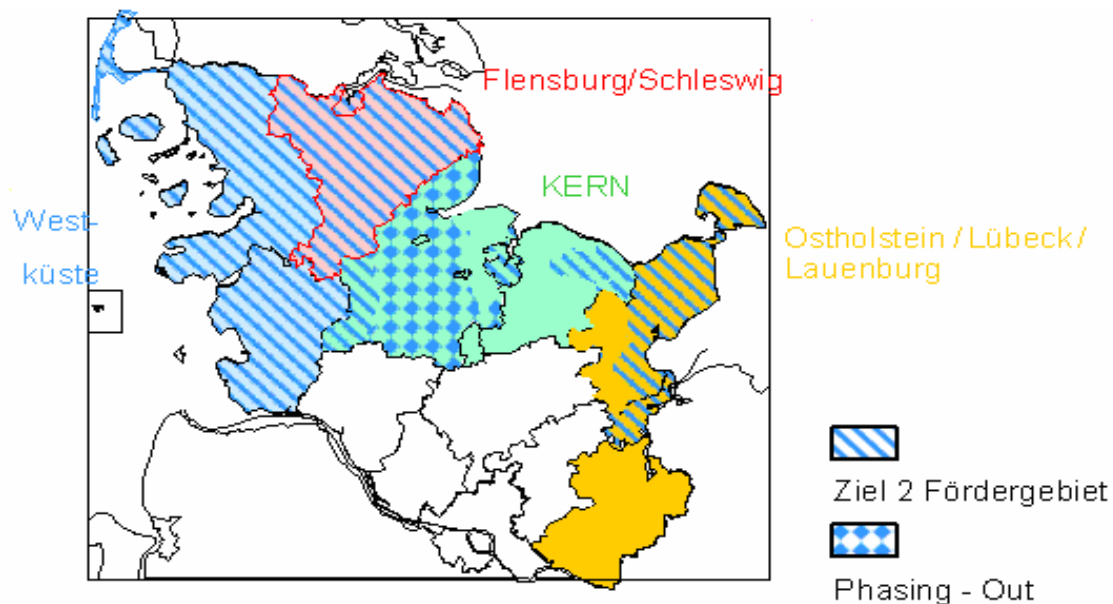
GA - Infrastruktur		EU - Regionalförderung aus dem EFRE	Land
Land	Bund	nach Ziel 2 	ergänzende Landesmittel
		Auslauffinanzierung ehem. Ziel 5b-Gebiete	

Die drei Grundprinzipien des Regionalprogramms:

- Wirtschaftsnaher Infrastruktur als Förderschwerpunkt für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen.
- Regionale Partizipation: Über regionale Beiräte werden die Akteure der Region - unter Einschluss der Kammern, Verbände, Gewerkschaften - am Auswahlverfahren beteiligt.
- Qualitätswettbewerb: Förderprojekte müssen sich regional und landesweit mit anderen Projekten messen.

Für die Gesamtlaufzeit des Regionalprogramms 2000 bis Ende 2006 hat die Landesregierung ein Fördervolumen von insgesamt 365 Millionen Euro eingeplant. Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ist an diesem Mittelvolumen mit rund 231,5 Millionen Euro beteiligt.

Das Fördergebiet umfasst die Regionen Westküste, Flensburg/Schleswig, Ostholstein/Lübeck/Lauenburg sowie die KERN-Region.



Aus dem Regionalprogramm werden schwerpunktmäßig öffentliche Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Die Projekte stimulieren Innovationen, Wachstum und Beschäftigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Förderschwerpunkt ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dazu gehören z.B.:

- Touristische Infrastrukturmaßnahmen einschließlich kulturtouristischer Maßnahmen,
- Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten, Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen,
- Errichtung von Gewerbe-, Technologie- und Gründerzentren,
- Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers und der Innovationsförderung,
- Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Qualifizierung,
- Ausbau und Modernisierung der Hafeninfrastruktur.

Daneben werden aus einem begrenzten EFRE-Korridor auch betriebliche Projekte durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die WTSH - Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH gefördert. Als Ergänzung der betrieblichen Unternehmensförderung hat das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Investitionsbank einen **Beteiligungsfonds für Venture Capital** eingerichtet.

Seit Programmbeginn wurden bis Mitte März 2006 mehr als 420 Infrastrukturprojekte mit einem Fördervolumen von rund 340 Millionen Euro und einer Investitionssumme von fast 656 Millionen Euro für eine Förderung ausgewählt. Für mehr als 360 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 520 Millionen Euro wurden damit in sechs Programmjahren Fördermittel des Regionalprogramms bewilligt. Allein 2005 wurden 60 Projekte mit fast 57 Millionen Euro unterstützt und damit ein Investitionsvolumen von über 120 Millionen Euro angeschoben.

Beispiele für Förderprojekte des Regionalprogramms 2000:

- **Aufbau und Optimierung der Beratungs- und Dienstleistungsinfrastruktur für KMU:**
 - Kampagne "familienfreundlicher Betrieb"
- **Förderung Tourismus einschließlich Kulturtourismus**
 - Aktiv-Hus in Heiligenhafen
 - Lauf- und Walking-Region Ostsee-Holstein
 - Neugestaltung der Promenade am Süssauer Strand
 - Erweiterung des Multimar Wattforums, 3. Ausbaustufe
 - Flutenprojekt „Blanker Hans“, Büsum
 - Erlebnisbad und Wellnesszentrum Glücksburg
 - Siedlungskonstruktion im Wikingermuseum Haithabu
 - Schloss Erlebnis – Erlebnis Schloss, Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf
- **Entwicklung des technologischen Potenzials sowie Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers:**
 - Kompetenzzentrum Tragflügelsimulation und Windkanalverifikation
 - Kompetenzzentrum Wissenschaft und Arbeit (KOWA)
 - Kompetenzzentrum Adaptronik
 - Zentrum Bearbeitung von Faserverbundwerkstoffen
 - Aufbau eines regionalen Kompetenzzentrums für Kunststofftechnik
- **Maßnahmen im Bereich Qualifizierung:**
 - Modernisierung beruflicher Bildungsstätten der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck
 - Erweiterung und Modernisierung zur Durchführung von Veranstaltungen der beruflichen Weiterbildung in der Berufsbildungsstätte des Lebensmittelinstituts KIN e.V.
 - Modernisierung der Nordseeakademie, Leck
 - Ausbau und Modernisierung der Bildungsstätte Nordkolleg Rendsburg

- **Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten, Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebranchen**
 - Gewerbegebietserschließung in der Gemeinde Schönberg
 - Erweiterung des Gewerbegebietes Langenfelde in Bad Schwartau
- **Wirtschaftliche Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien:**
 - Symbion – Informations- und Managementsystem für eine unternehmenszentrierte Regionalentwicklung
 - Telematikgestütztes Güterverkehrszentrum (TGVZ) in Lübeck
- **Hafenmaßnahmen:**
 - Skandinavienkai, Anleger 5a, Lübeck
 - Seelandkai, 2. BA, Lübeck
 - Schlutupkai II Anlegererweiterung, Lübeck
 - Cruise & Ferry Center Kiel
- **Maßnahmen im Rahmen integrierter Konzepte für städtische Problemgebiete:**
 - Obereidergebiet Rendsburg: Erschließung von Gewerbeflächen (Teil 2b)
 - Gestaltung des nördlichen Hafenvorfeldes Kappeln, Umstrukturierung der Kaiplatte
- **Gutachten, Entwicklungskonzepte, Regionalmanagements:**
 - Clustermanagement Maritime Wirtschaft
 - Machbarkeitsstudie Archaeum Albersdorf
 - Regionalmanagement Konversion Region FL/SL
 - Regionalmanagement Gesundheitstourismus NF

Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein

Die aktuelle Förderperiode der Strukturfonds der Europäischen Union - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF) sowie des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGL) - endet mit Ablauf des Jahres 2006. Damit laufen zugleich die aus diesen Fonds mitfinanzierten Förderprogramme des Landes, das wirtschaftspolitische Regionalprogramm 2000, das arbeitsmarktpolitische Programm Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 und das auf die ländlichen Räume ausgerichtete Programm Zukunft auf dem Land, aus.

Für die Jahre ab 2007 wird das regionalpolitische Programm in Schleswig-Holstein entsprechend der neuen europäischen Strukturfondsperiode bis 2013 neu konzipiert und mit dem arbeitsmarktpolitischen Programm der Landesregierung unter dem Dach **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** zusammengeführt. Der regionalpolitische und arbeitsmarktpolitische Teil des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein bleiben – wie bisher – eigenständige Programme. Das Zukunftsprogramm bündelt EU-, Bundes- und Landesmittel.

Im regionalpolitischen Teil des Zukunftsprogramms werden zukünftig verstärkt Maßnahmen in den neuen Schwerpunktbereichen Innovation und Wissen gefördert. Beispiele sind innovative Dienstleistungen und betriebliche Innovationen, der Aufbau von Forschungs- und Innovationskapazitäten, die Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente (Risiko- und Beteiligungskapital, Kredit- und Garantiefonds), Beratungs- und Coachingnetzwerke für KMU, Cluster, Kooperationsnetzwerke zwischen Hochschulen und Unternehmen. Auch der Ausbau wirtschaftsnaher Infrastrukturen und spezifischer regionaler Potentiale wird gefördert. Projekte nach diesen Maßnahmen können künftig landesweit unterstützt werden.

Nach aktuellem Stand werden Schleswig-Holstein aus dem EFRE Mittel in Höhe von etwa 300 Millionen Euro zur Verfügung stehen (+/- 10 Prozent). Gegenüber der laufenden Programmperiode (rund 230 Millionen Euro) ist dies eine deutliche Steigerung. Die inhaltliche und verfahrensmäßige Ausgestaltung des Zukunftsprogramms wird im Jahr 2006 mit den regionalen Akteuren sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern intensiv abgestimmt.

3.4.4 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) verfolgt das Ziel, regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen und dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Auf Basis der Koalitionsvereinbarungen haben sich die Bundesregierung und der Planungsausschuss der GA auf eine gesamtdeutsche Fortführung verständigt. Neben der gemeinsamen Finanzierung schafft die GA den bundesweiten Ordnungsrahmen für die Regionalförderung der Länder in Bezug auf die Fördergebiete, Förderhöchstgrenzen und Fördermodalitäten.

Nach der bis Ende 2006 gültigen **Fördergebietskarte** können GA-Mittel für wirtschaftsnahe Infrastrukturprojekte sowie für gewerbliche Investitionsvorhaben in C- oder D/E-Fördergebieten nach den abgestuften Fördersätzen bewilligt werden:

- Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein, Schleswig-Flensburg sowie die Städte Flensburg und Lübeck (C-Fördergebiete: Regionalbeihilfen für Großunternehmen und KMU-Beihilfen),
- Kreise Plön, Rendsburg-Eckernförde sowie die Städte Kiel und Neumünster (D-Fördergebiete: KMU-Beihilfen),
- Kreis Herzogtum Lauenburg (E-Fördergebiet: KMU-Beihilfen).

Die Fördergebiete sind zum 1. Januar 2007 in einer neuen Fördergebietskarte festzulegen. Der Planungsausschuss der GA hat den Entwurf der neuen Fördergebietskarte 2007 – 2013 am 20. Februar 2006 beschlossen. Die Gebietskarte wird der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt. Während die neuen Länder insgesamt Höchstfördergebiete bleiben, ist der Fördergebietsumfang in den alten Bundesländern deutlich verringert worden. Nach dem Ergebnis der gesamtdeutschen Regionalindikatorbewertung verbleiben in Schleswig-Holstein dessen ungeachtet rund 1,8 Millionen Einwohner in GA-Fördergebieten. Die Landesquote am Anteil der Bundesmittel für die alten Länder von 10,824 % erhöht sich danach auf 14,77 %.

Gegenüber der bisherigen Fördergebietskarte sollen gemäß dem Beschluss des Planungsausschusses vom 20. Februar 2006 folgende Änderungen der EU-Kommission zur Zustimmung vorgelegt werden:

- Flensburg und Lübeck behalten zum überwiegenden Teil ihre C-Fördergebiete, Helgoland wird C-Fördergebiet und Teile des Kreises Steinburg werden in das C-Gebiet aufgenommen.
- In das D-Fördergebiet werden die Teile der Städte Flensburg und Lübeck sowie des Kreises Steinburg aufgenommen, die nicht zum C-Gebiet gehören.
- E-Fördergebiete erhalten ab 2007 keine GA-Förderung mehr. Die Einvernehmensregelung, mit der förderbedingte Unternehmensverlagerungen in Höchstfördergebiete verhindert werden sollen, gilt jedoch weiterhin. Davon ist der Kreis Herzogtum Lauenburg betroffen.

Die GA-Förderung erfolgt in Schleswig-Holstein in drei Bereichen:

- **Infrastrukturprojekte, Regional- und Clustermanagement** durch das „Regionalprogramm 2000“: Im Jahr 2005 wurden 22 Vorhaben mit zusammen 9,9 Millionen Euro gefördert. Dadurch wurden Investitionen in Höhe von 39 Millionen Euro ausgelöst.
- **gewerbliche Investitionsförderung** durch die Investitionsbank: Im Jahr 2005 konnten 47 Vorhaben mit insgesamt 22,8 Millionen Euro für gewerbliche Investitionen in Höhe von 208 Millionen Euro gefördert werden. Die Beschäftigungseffekte belaufen sich auf 558 geschaffene und 3.552 gesicherte Arbeitsplätze. Gemeinsam mit den GA-Mitteln wurden 4,1 Millionen Euro EFRE-Mittel eingesetzt.
- **nicht-investive gewerbliche Förderung - betriebliche Innovationen** - durch die WTSH: 2005 wurden 13 Vorhaben mit zusammen 1,7 Millionen Euro gefördert. Das gesamte Projektvolumen beläuft sich auf 5 Millionen Euro. 164 Arbeitsplätze konnten geschaffen und 71 gesichert werden.

Das Land hat die 2005 verfügbaren Mittel in vollem Umfang ausgeschöpft. Auch 2006 stehen für die drei vorgenannten Förderbereiche Zuschussmittel zur Bewilligung zur Verfügung.

3.4.5 Europäische Strukturpolitik

Im Rahmen der Förderperiode der EU-Strukturfonds bis 2006 werden drei Ziele und vier Gemeinschaftsinitiativen unterstützt.

Unter das Ziel 2 fallen Regionen mit Strukturproblemen, deren wirtschaftliche und soziale Umstellung flankiert werden soll. Ein großer Teil Schleswig-Holsteins gehört zum Ziel 2-Gebiet:

- die Kreise Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Nordfriesland,
- Teile der Landeshauptstadt Kiel sowie der kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck,
- weitere strukturschwache ländliche Räume in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön,
- die Gemeinde Büttel und die Insel Helgoland.

Aus dem **Ziel 2-Programm Schleswig-Holstein 2000 - 2006** fließen rund 269,6 Millionen Euro nach Schleswig-Holstein. Davon kommen rund 86 % aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und 14 % aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die EFRE-Mittel sind wichtigster Bestandteil der Gesamtfinanzierung des Regionalprogramms 2000. – weitere Informationen auch im Internet unter www.gemeinsamhandeln.schleswig-holstein.de

Die Aktualisierung der **Halbzeitbewertung** des Ziel 2-Programms war im Dezember 2005 Basis für eine letzte inhaltliche und finanzielle **Nachjustierung** des Ziel 2-Programms für den Zeitraum bis 2006. Die Nachjustierung mit einem Umschichtungsvolumen von 9,0 Millionen Euro beinhaltet neben einer Erhöhung der Förderung des Technologietransfers Mittelsteigerungen für die betriebliche Investitionsförderung, die städtischen Problemgebiete und den Tourismus. Demgegenüber wird vor allem die Förderung der Technologie- und Gründerzentren, der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Verbundprojekte und der multifunktionalen Einrichtungen reduziert.

Aus der **EU-Gemeinschaftsinitiative Urban II** für das Kieler Ostufergebiet mit rund 33.000 Einwohnern erhält die Landeshauptstadt Kiel eine Beteiligung des EFRE von 9,913 Millionen Euro. Das Programm wurde am 16. Oktober 2001 genehmigt. Seit dem 1. Januar 2004 liegt die Funktion der Verwaltungsbehörde bei der Landeshauptstadt Kiel.

Der Europäische Rat hat am 15./16. Dezember 2005 eine Einigung über die **Finanzielle Vorausschau** für die Europäische Union im Zeitraum 2007 bis 2013 einschließlich der Ausgaben für die EU-Strukturpolitik erzielt. Das Mittelvolumen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ für Schleswig-Holstein lässt sich derzeit noch nicht exakt beziffern, weil grundlegende Rahmendaten noch nicht feststehen. Nach jüngsten Schätzungen entfallen im Zeitraum 2007 bis 2013 auf Schleswig-Holstein EFRE-Mittel in Höhe von etwa 300 Millionen Euro (+/- 10 Prozent). Allerdings hat das Europäische Parlament den Kompromiss zur Finanziellen Vorausschau am 18. Januar 2006 abgelehnt. Die inhaltlichen und finanziellen Konsequenzen sind derzeit noch nicht absehbar.

Das neue Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ ist darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie die Beschäftigung in diesen Regionen zu fördern. Aus Sicht des Europäischen Rates ist diese Zielsetzung als Beitrag der Kohäsionspolitik zu Wachstum und Beschäftigung (Lissabon-Agenda) zu verstehen. Aus dieser Zielsetzung leitet sich auch ein Paradigmenwechsel im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ ab: Während in der laufenden Förderperiode 2000 bis 2006 die Ziel 2-Interventionen ausgleichsorientiert in präzise festgelegten Fördergebieten erfolgten, wird der EFRE im Zeitraum 2007 bis 2013 in Schleswig-Holstein flächendeckend zum Einsatz kommen und stärker als bisher einen effektivitätsorientierten Ansatz verfolgen. Konkretisiert wird diese Zielsetzung – neben den so genannten Kohäsionsleitlinien – durch die Vorgabe, dass in den Programmen 75 % der Ausgaben für die Verwirklichung der Lissabon-Ziele vorzusehen sind.

Die operationelle Umsetzung der EFRE-Mittel wird ab 2007 im Rahmen des „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein/Wirtschaft“ erfolgen (siehe Kapitel 3.4.3).

3.4.6 Konversionspolitik

Schleswig-Holstein hat zwischen 1988 und 2000 bereits 30.000 und bis 2003 weitere 21.685 Dienstposten der einstmaligen 86.000 Dienstposten der Bundeswehr verloren. Nach Umsetzung der letzten Stationierungsentscheidung vom November 2004 verliert Schleswig-Holstein weitere 10.215 Dienstposten und gewinnt nur 1.600 hinzu, so dass nach Abschluss der Verkleinerung, Verlagerung und Aufgabe von Standorten nur noch 25.700 Dienstposten der Bundeswehr im Lande verbleiben. Schleswig-Holstein ist damit zwar immer noch eines der wichtigsten Stationierungsländer in Deutschland. Dennoch gibt es gravierende Auswirkungen insbesondere für die Kommunen.

Ziel der Landesregierung ist es, die regionalwirtschaftlichen Folgen des Bundeswehrrückbaus, also den Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Kaufkraft, möglichst gering zu halten, die negativen wirtschaftlichen Folgen des Truppenrückbaus zu mildern und neue wirtschaftliche Aktivitäten zu initiieren. Erarbeitung und Umsetzung sinnvoller Nachnutzungskonzepte für ehemalige Bundeswehrliegenschaften werden deshalb so weit wie möglich unterstützt.

Die Landesregierung hat im November 2004 das bestehende Konversionsprogramm angepasst, aufgestockt und im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds ab 2005 erweitert. Hierzu gehört, dass die Förderprogramme des Landes allen Konversionsstandorten bei Erfüllung der jeweiligen Fördervoraussetzungen offen stehen; des Weiteren die Aufstockung des Korridors für Projekte an besonders stark betroffenen Konversionsstandorten in der Fördergebietskulisse des Regionalprogramms 2000 sowie das im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds aufgestockte **Sonderprogramm Konversion südliches Schleswig-Holstein** (KSSH) für die Kreise im Lande, die nicht zur Fördergebietskulisse des Regionalprogramms 2000 zählen, die Erhöhung der Förderquoten für Konversionsstandorte im Regionalprogramm 2000 auf 70 % (bei Entwicklungsgutachten und Machbarkeitsstudien auf 90 %, letztere auch im KSSH) und weiterhin das Angebot, auf die Bewältigung der Konversion gerichtete Regionalmanagements mit bis zu 70 % zu fördern.

Zentrale Servicestelle ist im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr das **Konversionsbüro**:

Rüdiger Balduhn, Tel. 0431/988-4526, Fax: 0431/988-4812,

E-mail: ruediger.balduhn@wimi.landsh.de

Internet: www.landesregierung.schleswig-holstein.de (Suchbegriff „Konversion“)

3.4.7 Norddeutsche Zusammenarbeit

Schleswig-Holstein - Hamburg: Strategische Partnerschaft für Wachstum und Modernisierung

Schleswig-Holstein und Hamburg arbeiten seit Jahren erfolgreich zusammen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung entwickelt diese Kooperation zu einem „Nordverbund Hamburg-Schleswig-Holstein“ - im Sinne einer gemeinsamen Wirtschafts- und Verwaltungsregion – weiter. Im Zentrum stehen die Bereiche Wirtschaft, Infrastruktur, gemeinsame Interessenvertretung im Ostseeraum, Zusammenlegung bzw. Kooperation bei öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungsstrukturen sowie die Profilierung des Nordens als Innovations- und Forschungsregion. Beide Länder kooperieren als gleichberechtigte Partner und müssen von der Kooperation gleich stark profitieren. Eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beider Länder kommt dabei den Unternehmen, den Verbänden und privaten Akteuren zu.

Die wirtschaftlichen Stärken des Nordens profilieren

Die Wirtschaftsressorts in Hamburg und Schleswig-Holstein sehen in einer Ausdehnung der länderübergreifenden Zusammenarbeit in ausgewählten Clustern eine Chance für mehr Dynamik, Innovation und effizienten Ressourceneinsatz in der gemeinsamen Wirtschaftsregion Hamburg-Schleswig-Holstein. Auf Grundlage des bilateralen Kabinettsbeschlusses vom 28. September 2004 haben 2005 die Wirtschaftsressorts in bilateralen Fachgesprächen diese Ansätze konkretisiert sowie gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung der Potentiale verabredet.

Spitzenwissenschaft im Norden

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen Schleswig-Holsteins und Hamburgs kooperieren bereits erfolgreich bei verschiedenen Projekten und Forschungsthemen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Life Sciences mit gemeinsamen Sonderforschungsbereichen. Die Intensivierung dieser Kooperationen liegt im Interesse beider Länder.

Die Universitäten Kiel und Hamburg haben mit einem Kooperationsvertrag die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit in Lehre und Forschung (u.a. Öffnung von Lehrveranstaltungen für Studierende der jeweils anderen Universität), für gemeinsame Forschungsvorhaben und die Abstimmung bei der Ausschreibung von Professuren geschaffen.

Ehrgeizigstes Kooperationsvorhaben ist die Errichtung des europaweit einmaligen **Röntgenlasers XFEL** beim Hamburger Forschungszentrum DESY. Die Realisierung dieses europäischen Projekts, von dem zahlreiche natur- und lebenswissenschaftliche Disziplinen profitieren werden, trägt entscheidend zur wissenschaftlichen und technologischen Weiterentwicklung des Nordens bei und ist Grundlage für die Schaffung einer von Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam getragenen Wissensregion.

Leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen für den Norden

Der weitere Ausbau der Verkehrsverbindungen hat für Hamburg und Schleswig-Holstein gleichermaßen hohe Priorität. Gerade bei der Infrastruktur sind beide Länder aufeinander angewiesen. Hamburg und Schleswig-Holstein setzen sich gegenüber der Bundesregierung gemeinsam für die zügige Umsetzung der eingeleiteten Ausbaumaßnahmen ein. Vor dem Hintergrund des finanziell Möglichen ist eine Konzentration auf vorrangige Verkehrsprojekte für den Norden notwendig (siehe Kapitel 4).

Neuorganisation der Metropolregion

Vor Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs deutscher und internationaler Metropolräume um Investitionen, Innovationen und Arbeitskräfte hat sich die Metropolregion Hamburg thematisch konzentrierter und organisatorisch effizienter aufgestellt. Am 1. Dezember 2005 hat ein Kabinettsausschuss der Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein eine Internationalisierungsstrategie für die Metropolregion beschlossen. Die Strategie beinhaltet eine stärkere Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung und im Tourismus, ein abgestimmtes Regionalmarketing und die Entwicklung einer E-Government-Strategie. Mit einem Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit in der Metropolregion und die Errichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle wurde die Zusammenarbeit innerhalb der Region neu geregelt. Des Weiteren beinhaltet die Neustruktur eine Kommunalisierung der Trägerschaft der Metropolregion, die Fortführung der Förderfonds und die Einbeziehung des gesamten Kreises Dithmarschen in die Metropolregion.

Stärken stärken: Wachstumsinitiativen Süderelbe und Norderelbe

Leitidee der Wachstumsinitiativen Süderelbe (Landkreis Stade, Harburg, Lüneburg und Bezirk Hamburg Harburg) und Norderelbe (Land Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg, Kreise Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Stadt Neumünster sowie die Hamburger Bezirke Altona und Bergedorf) ist es, die Stärken in der Region auszubauen. Dazu arbeiten Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung über Kreis- und Landesgrenzen hinweg zusammen. Aufbauend auf den regionalen Stärken und Branchenschwerpunkten sollen in konkreten Projekten Wachstums- und Entwicklungspotenziale erschlossen werden.

ÖPNV – im Verbund mit Hamburg

Etwa 138.000 Menschen pendeln täglich aus Schleswig-Holstein nach Hamburg. In umgekehrter Richtung sind es mehr als 43.000 Pendler. Die Integration der schleswig-holsteinischen Randkreise in den Hamburger Verkehrsverbund hat für die Bürger und Bürgerinnen eine spürbare Verbesserung gebracht. Der ÖPNV, insbesondere der Schienenpersonennahverkehr wird in Zusammenarbeit mit Hamburg weiter zu einer attraktiven und umweltverträglichen Alternative zum motorisierten Individualverkehr entwickelt.

Mit dem Projekt **Pendlerportal** wird ein internetgestütztes Serviceangebot zur Verfügung gestellt, mit dem sich beispielsweise Berufspendler für ihre regelmäßig wiederkehrenden Fahrten zu Fahrgemeinschaften zusammenschließen können.

3.4.8 Zusammenarbeit mit Dänemark

Die Zusammenarbeit mit Dänemark ist in gleichem Maße wie die mit Hamburg von zentraler Bedeutung für Schleswig-Holstein. Dänemark liegt auf Platz 4 der wichtigsten Exportaufnahmeländer Schleswig-Holsteins. Bei den Importen nach Schleswig-Holstein nimmt Dänemark unangefochten Platz 1 ein (siehe Kapitel 3.2.5).

Die enge Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarn ist für Schleswig-Holstein nicht nur eine historisch gewachsene Tatsache. Angesichts des zunehmenden Zusammenwachsens einer erheblich erweiterten Europäischen Union ist sie eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, um den Standort Schleswig-Holstein zu stärken, gemeinsame Interessen zu sichern und grenzüberschreitende Herausforderungen zu lösen. Schleswig-Holstein wird seine günstige Lage zur neuen dänischen Großregion „Süddänemark“ sowie zur Metropolregion Kopenhagen/Malmö zu einer strategischen Brücke und Drehscheibe zur Metropolregion Hamburg sowie zu weiteren Nachbarn ausbauen. Ziel ist es, die Ostseeregion zu einer der Zukunftsregionen im erweiterten Europa zu entwickeln.

In der Region Schleswig - Sønderjylland kann auf vielfältige grenzüberschreitende Projekte, die im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A durchgeführt wurden, aufgesetzt werden; z.B. „RegNet D/DK – Netzwerk der regionalen Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsorganisationen“, „Innovation als regionales Entwicklungsinstrument – Innovationsnetzwerke von KMU“ und „CPD – Center für Produktentwicklung“.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Projekt „grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsstrategie für die Region Schleswig-Sønderjylland“ des Regionalrats der Region Sønderjylland – Schleswig zu. Im Rahmen der Strategieentwicklung haben deutsch-dänische Arbeitsgruppen in vier Handlungsfeldern Vorschläge für konkrete, grenzüberschreitende Projekte erarbeitet, die die Wachstumschancen der Region stärken sollen. Die wirtschaftlichen Potenziale einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betont auch eine Cluster-Analyse im Auftrag der „Bitten und Mads Clausen Stiftung“. Auf einem deutsch-dänischen Wirtschaftsforum Mitte Februar 2006 wurde vereinbart, zur Stärkung der operationellen grenzüberschreitenden Kooperation ein Regionalmanagement auf deutscher Seite zu implementieren. Leitprojekte sollen Wachstumseffekte in der Region auslösen und Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Die Zusammenarbeit der Hochschulen ist bereits zu einem festen Bestandteil der deutsch-dänischen Kooperation geworden. Insbesondere die Beziehungen zwischen der Universität und der Fachhochschule Flensburg zur Syddansk Universitet wurden in den vergangenen Jahren vertieft.

Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Syddansk Universitet und der Universität Flensburg sind mehrere gemeinsame Studiengänge, insbesondere der Bachelor-Studiengang *International Management*, der darauf aufbauende Master-Studiengang *Organisational Management* sowie der Studiengang *Kultur- und Sprachmittler*. Die Zusammenarbeit in den Studiengängen wird ergänzt durch gemeinsame Projekte. So wollen die drei Hochschulen der Region ihre Angebote mit einem koordinierten Hochschulmarketing international intensiver vermarkten. Zudem sollen die Innovationsnetzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen im deutsch-dänischen Vergleich näher untersucht werden, um die Erfolgsbedingungen für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik zu identifizieren.

Schleswig-Holstein und Dänemark stehen am Beginn einer neuen Phase der Zusammenarbeit. Wichtige Ziele sind:

- Der Bau der festen Fehmarnbelt-Querung.
- Die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region Schleswig/Süddänemark.
- Die Einrichtung von Servicestellen zur Bearbeitung und Beratung der steuerlichen Angelegenheiten von Grenzpendlern in Tondern und Flensburg.
- Die Stärkung der Kooperation Hamburgs und Schleswig-Holsteins mit der Öresund-Region.
- Die Prüfung einer Hafenkooperation z.B. zwischen Esbjerg-Husum-Brunsbüttel.
- Die Prüfung einer IC/ICE Verbindung Flensburg-Kopenhagen.

3.5 Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung

Nachdem die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2004 um 2,9 % auf 19.314 gesteigert werden konnte, ging sie 2005 um 1,4 % auf 19.034 zurück. Bundesweit sank die Zahl der Verträge um 4 %. Dabei mussten alle Bundesländer einen Rückgang hinnehmen (westdeutscher Durchschnitt: -3,3 %). Ausschlaggebend waren die anhaltend schwierigen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Steigende Schulabgängerzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen sowie eine vermehrte Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern aus dem Vorjahr haben den Ausbildungsmarkt zusätzlich belastet.

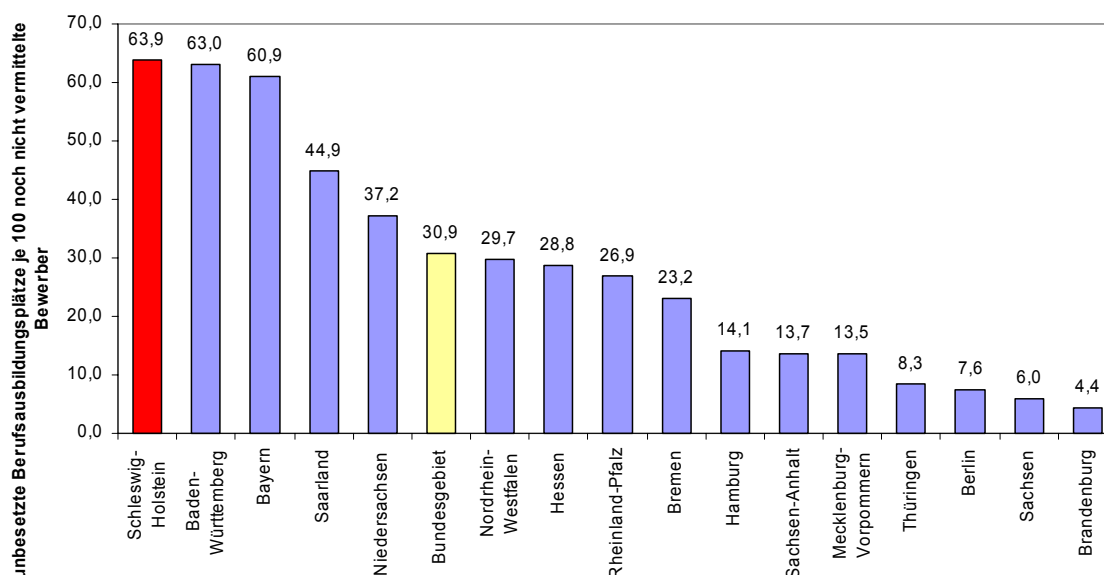
Die Maßnahmen des **Sofortprogramms für mehr Ausbildung und Qualifizierung** der Landesregierung haben den Rückgang der Neuverträge deutlich abgemildert. Insbesondere die vom Wirtschaftsministerium geförderten, landesweit tätigen **Ausbildungsplatzakquisiteure** haben mit der Einwerbung von über 1.400 Plätzen einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung des Ausbildungsangebots geleistet. Daneben konnten durch Förderung des Wirtschaftsministeriums über 680 zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden. Die Maßnahmen sind Bestandteil des Landesprogramms „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 (ASH 2000)“ und werden teilweise mit Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gespeist.

Insgesamt konnten durch das Sofortprogramm im Jahr 2005 **mehr als 4.500 zusätzliche Angebote** eingerichtet und **über 500 Jugendliche qualifiziert** werden.

Vor allem das Handwerk bietet Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten und ist damit eines der wichtigsten Einstiegstore in den Arbeitsmarkt. Die schleswig-holsteinische Struktur des Handwerks ist vor allem geprägt durch sehr kleine Unternehmen, welche die geforderten Kenntnisse oftmals nicht im vollen Umfang vermitteln können. Durch die **überbetriebliche Lehrlingsausbildung (ÜLU)** werden den Jugendlichen alle Ausbildungsinhalte vermittelt, die von den Ausbildungsbetrieben nicht abgedeckt werden. Anhand modernster Geräte werden gewerkspezifische technische Innovationen zeitnah vermittelt. Die ÜLU leistet damit einen wichtigen Beitrag sowohl zu breiten beruflichen Fähigkeiten der Jugendlichen, zur Qualitätsverbesserung und zu einem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung als auch zum Technologietransfer in den Betrieben. Das Wirtschaftsministerium fördert die ÜLU jährlich mit rund 3 Millionen Euro. Davon stammt etwa die Hälfte aus dem Europäischen Sozialfonds. Die ÜLU ist Bestandteil des Landesprogramms „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 (ASH 2000)“. 2005 nahmen über 21.000 Teilnehmende an über 2.000 Lehrgängen teil.

Nach der Statistik der Arbeitsverwaltung galten Ende September 2005 865 Jugendliche als noch nicht vermittelt. Ihnen standen 553 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Im Vergleich der Bundesländer ist dies die beste Relation, und stellt eine gute Ausgangslage für die im Oktober beginnende **Nachvermittlung** der unversorgten Jugendlichen dar.

Ausbildungsplatzsituation 2005



Die im Bündnis für Ausbildung vereinbarte Nachvermittlung wurde gemeinsam von den Agenturen für Arbeit, den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern durchgeführt. Hierfür standen neben den unbesetzten Ausbildungsstellen 900 Plätze für die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) bereit, die ebenfalls von den Ausbildungsplatzakquisiteuren des Sofortprogramms eingeworben wurden. Damit wurde das Ziel des Bündnisses für Ausbildung erreicht, allen ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu unterbreiten.

An den berufsbildenden Schulen im Land werden zurzeit mehr als 54.000 Auszubildende in rund 150 verschiedenen dualen Ausbildungsberufen unterrichtet. Neuen Entwicklungen in den Berufsbildern und Rahmenlehrplänen wird an den Schulen engagiert Rechnung getragen. Viele Bildungsangebote sind aufgrund der großen Nachfrage erheblich ausgeweitet worden. Mit Schuljahresbeginn standen im ausbildungsvorbereitenden Jahr und in berufsqualifizierenden Bildungsgängen der Berufsfachschulen über 400 zusätzliche Plätze zur Verfügung.

Die Ausbildungssituation wird auch künftig bestimmt von einem weiteren Anstieg der Schulabgängerzahlen. 2006 werden die Schulabgängerzahlen aus den allgemein bildenden Schulen um über 1.200 auf 33.000 steigen. Mit 33.300 Schulentlassenen wird 2007 der Höhepunkt erreicht sein. Erst 2014 sinkt die Zahl unter 32.000 und erreicht damit wieder das Niveau von 2005.

Diese Prognose und die anhaltend schwierige binnenwirtschaftliche Situation der kleinen und mittelständischen Betriebe haben die Landesregierung veranlasst, nach dem Auslaufen des Sofortprogramms für mehr Ausbildung und Qualifizierung zum 1. Januar 2006 ein **Aktionsprogramm Ausbildung** aufzulegen. Schwerpunkte sind die Fortsetzung der Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplatzakquisiteuren, die Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche sowie die Bereitstellung zusätzlicher Angebote in den berufsbildenden Schulen. Qualifizierende Maßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung sind ebenso Bestandteil des Programms wie die Förderung von Beratungsstellen für während der Ausbildung in Konfliktsituationen geratene Jugendliche. Angestrebt werden jährlich 1.760 zusätzliche Ausbildungsangebote sowie etwa 2.200 in Trainings- oder Beratungsmaßnahmen unterstützte Jugendliche. Das Aktionsprogramm hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Die Mittel hierfür stammen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Schleswig-Holstein-Fonds und dem Arbeitsmarktprogramm ASH 2000.

Das Aktionsprogramm Ausbildung ist elementarer Beitrag der Landesregierung, um einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt als einem der Schwerpunkte des Bündnisses für Ausbildung zu erreichen. Einen weiteren Schwerpunkt des Bündnisses bildet die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Zur Erreichung dieses Ziels hat das Bildungsministerium vielfältige Maßnahmen insbesondere an den Hauptschulen ergriffen, beispielsweise durch

- die Einführung von Leistungsnachweisen in den 9. Klassen in Deutsch, Mathematik und Englisch
- die Einführung von Potenzialanalysen
- eine systematische Berufsorientierung.

Mit Blick auf die Ausbildungschancen von eher praktisch begabten Jugendlichen, denen durch die Modernisierung von Ausbildungsberufen und den damit häufig einhergehenden steigenden Anforderungen der Zugang erschwert wird, setzt sich das Wirtschaftsministerium dafür ein, dass auf Bundesebene weitere zweijährige Ausbildungsberufe konzipiert werden, die einen Durchstieg in die reguläre drei- bzw. dreieinhalbjährige Ausbildung ermöglichen. Erfolgreiche Modelle, wie das in Schleswig-Holstein im Kfz-Bereich erprobte Modell des Kfz-Servicemechanikers, sind hier richtungweisend.

Weiterbildung

Die Landesregierung schafft mit ihrer Weiterbildungspolitik günstige Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige und transparente Weiterbildungsangebote, Transparenz für die Weiterbildungsinteressenten, Orientierung und Verbraucherschutz durch Vergabe eines staatlichen „Gütesiegels“, Förderung von Qualitätsstandards durch Testierung sowie Förderung der Weiterbildungsteilnahme durch Vernetzung von Informations- und Beratungsangeboten.

Wichtiger Bestandteil der Weiterbildungsinfrastruktur in Schleswig-Holstein sind die zwölf flächendeckenden von der Landesregierung initiierten **Weiterbündnisse**. Zu ihren Aufgaben gehören die Kooperation und Koordination in der Weiterbildung, d. h. die Integration möglichst vieler regionaler

Regionale Weiterbildungsverbände



Weiterbildungseinrichtungen und die Information und Beratung für Bürgerinnen und Bürger sowie für kleine und mittelständische Unternehmen. In den Jahren 2005 und 2006 erhalten die Weiterbildungsverbände im Rahmen von ASH 2000 Fördermittel in Höhe von 1,83 Millionen Euro aus dem ESF und Mitteln des Wirtschaftsministeriums. Darüber hinaus wird der qualitative Ausbau der Weiterbildungsverbände befördert. Weitere 2,7 Millionen Euro aus dem Schleswig-Holstein Fonds dienen dazu, KMU zur Weiterbildung zu motivieren, denn drei Viertel der KMU beteiligen sich nicht an Weiterbildung. Mittels Imagearbeit und qualitativ hochwertiger und individuell zugeschnittener Weiterbildungsangebote sollen KMU überzeugt werden, dass gut qualifizierte Beschäftigte der nachhaltigste Innovationsfaktor sind.

Die Weiterbildungsverbände wurden im Strategiepapier *Lebenslanges Lernen der Bundesrepublik Deutschland*

von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung als bundesweit einziges good-practice Beispiel in der Erwachsenenbildung aufgeführt und ebenso positiv von der Expertenkommission zur Finanzierung des lebenslangen Lernens erwähnt.

Mit der Förderung der Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung investiert die Landesregierung unmittelbar in die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur und stärkt damit die Konkurrenzfähigkeit des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Das Wirtschaftsministerium förderte die Modernisierung der Berufsbildungsstätten im Jahr 2005 mit Investitionszuschüssen aus EU-, Bundes- und Landesmitteln in Höhe von insgesamt rund 1,8 Millionen Euro. Durch jeden dieser eingesetzten Euro konnten durchschnittlich zwei weitere Euro anderer Geldgeber zugunsten der Modernisierungsvorhaben akquiriert werden.

Der Bund fördert ausgewählte Berufsbildungsstätten bei ihrer Weiterentwicklung zu sogenannten **Kompetenzzentren für das Handwerk**. Das Land Schleswig-Holstein unterstützt die ausgewählten „Kompetenz“-Berufsbildungsstätten bei den erforderlichen Investitionen. Mit dem „Maritimen Kompetenzzentrum“, einem „Kfz-Kompetenzzentrum“ und der Entwicklung der Akademie für Hörgeräte-Akustik zum „Kompetenzzentrum für Hörakustik“ rückte Schleswig-Holstein am Standort Lübeck im vergangenen Jahr bundesweit an die Spitze der Kompetenzzentren überbetrieblicher Berufsbildung.

Qualitätssicherung und -entwicklung

Unter bundesweiter Federführung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums wurde in den letzten Jahren das Qualitätsentwicklungsverfahren **Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung** (LQW2) entwickelt. Das Qualitätsmanagementsystem LQW2 setzt bundesweit Mindeststandards in der Weiterbildung, verbessert die Transparenz und gibt Verbrauchern eine bessere bundesweite Orientierung. Gleichzeitig leistet die Zertifizierung einen effektiven Beitrag zur laufenden Arbeitsmarktreform. Die rund 30.000 Weiterbildungsanbieter in Deutschland müssen seit Sommer 2005 anerkannte Qualitätsmanagementverfahren nachweisen, wenn sie eine Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit für ihre Maßnahmen erhalten möchten. Im Gegensatz zu bisherigen Qualitäts-Siegeln für Weiterbildungseinrichtungen ist LQW2 mit weniger als 5.000 Euro pro Zertifizierungsdurchgang vergleichsweise günstig. Dies ermöglicht gerade auch den vielen kleinen Anbietern eine Teilnahme an der Qualitätsentwicklung. 498 Weiterbildungseinrichtungen, davon 40 Einrichtungen aus Schleswig-Holstein, beteiligten sich bisher bundesweit an diesem Testierungsverfahren.

Nach Beendigung der ersten Durchführungsphase zum 31.8.2005, werden in der anschließenden zweijährigen zweiten Durchführungsphase Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt, für die das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium erneut die bundesweite Federführung übernommen hat. Das Projekt wird von Bund, EU und Land mit insgesamt mehr als 330.000 Euro gefördert.

Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG)

Im Jahr 2005 nahmen 54.000 Personen (2004: 42.600 Personen) an Veranstaltungen teil, die nach dem BFQG anerkannt waren. Von den Teilnehmenden nahmen aber nur 5.400 Personen (2004: 5.700 Personen) ihren Anspruch auf Bildungsfreistellung wahr. Das entspricht etwa 0,69 % (2004: 0,73%) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. 2005 waren 70 Träger und Einrichtungen der Weiterbildung im Rahmen des freiwilligen Verfahrens nach dem BFQG staatlich anerkannt und nutzten das Gütesiegel zur Förderung der Qualitätssicherung und des Verbraucherschutzes in der Weiterbildung. Weitere Informationen im Anhang (siehe Seite 96ff) sowie im Internet unter www.bildungsfreistellung.schleswig-holstein.de und www.weiterbildung-sh.de.

Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung

Das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG) – das so genannte Meister-BAföG – ist ein wichtiger Schritt zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung. Für die Durchführung des Gesetzes stellte die Landesregierung 2005 rund 4,5 Millionen Euro an Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung (Landesanteil: 1,3 Millionen Euro). Bis Ende Dezember 2005 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 2.480 Anträge gestellt (siehe Seite 96ff.).

Demographischer Wandel und ProfilPASS

Der demographische Wandel stellt auch die Weiterbildung vor Herausforderungen: Menschen aller Altersgruppen müssen zum lebenslangen Lernen und zu eigenverantwortlicher Weiterbildung ermuntert und befähigt werden. Das Wirtschaftsministerium förderte in der Region Neumünster in den letzten beiden Jahren die Einführung des sogenannten „ProfilPASS“ mit dem ein bundesweit einheitliches, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern akzeptiertes System zur Dokumentation der auf unterschiedlichsten Wegen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten implementiert wird. Nicht nur formal erworbenes Wissen wird dokumentiert, sondern erstmalig werden auch informell erworbene Kenntnisse und Kompetenzen berücksichtigt (z.B. auch Familienarbeit und Ehrenamt). Nach der praktischen Erprobungsphase bis März 2005 und der anschließenden Evaluierung wird der modifizierte ProfilPASS 2006 auf ganz Schleswig-Holstein ausgedehnt.

Weiterbildung für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen

Das Wirtschaftsministerium fördert über ASH 2000 (ASH Q 4) gezielt die Weiterbildung von Beschäftigten in KMU. Im Jahr 2005 haben 594 Beschäftigte, darunter 242 weibliche, solche finanzielle Unterstützung für berufliche Weiterbildungsmaßnahmen erhalten. Dabei wurden aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) rund 360.000 Euro eingesetzt. Um die Weiterbildungsbereitschaft zu erhöhen, hat das Wirtschaftsministerium für 2006 die Förderkonditionen verbessert: Bis zu 100% der Kosten eines beruflich motivierten Weiterbildungskurses können erstattet werden, sofern die Unternehmen die Beschäftigten von der Arbeit freistellen und sich mit der Lohnfortzahlung an der Weiterbildungsmaßnahme beteiligen.

Weiterbildung von Frauen

Das Programm „Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen“ wurde auch 2005 fortgesetzt. Das nahezu flächendeckende Angebot richtet sich an Frauen, die nach einer längeren Unterbrechung in das Erwerbsleben zurückkehren möchten. Im Jahr 2005 fanden 44 Kurse mit 526 Teilnehmerinnen statt. Für die Förderung 2005 wurden im Rahmen von ASH 2000 vom Wirtschaftsministerium 105.000 Euro und 85.500 Euro aus dem ESF bereitgestellt.

4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik

Die am 22. November 2004 angetretene EU-Kommission unter Präsident José Manuel Barroso setzt sich verstärkt für eine liberale Binnenmarktpolitik mit Rechtsetzungsinitiativen u. a. im Schifffahrts-, Schienen- und Luftverkehrsbereich ein. EU-Kommissar für Verkehr, Vizepräsident Jacques Barrot, forciert die Modernisierung und Verknüpfung der Verkehrsinfrastruktur, um dadurch die am 1. Mai 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten enger an das europäische Verkehrsnetz zu binden und bestehende Verkehrsinfrastrukturlücken in Europa zu schließen.

Die ehemalige Verkehrskommissarin Loyola de Palacio wurde im Juni 2004 von der EU-Kommission als Vorsitzende der High Level Group für die Ausweitung der Transeuropäischen Verkehrsachsen auf die Nachbarstaaten und -regionen eingesetzt, um die Verkehrsverbindungen zu analysieren und Vorschläge für eine engere Vernetzung mit den unmittelbaren Nachbarstaaten der EU auszuarbeiten. Sie hat Kommissar Barrot am 7. Dezember 2005 den Abschlussbericht, überreicht, der verschiedenste Aktivitäten zur Förderung des Verkehrsflusses und verknüpfende Infrastrukturprojekte aufführt. Darunter sind Maßnahmen zur maritimen Sicherheit und der Interoperabilität der Eisenbahnen, aber auch die Ausweitung des Europäischen Navigationssystems (GALILEO) und der Single European Sky-Initiative erwähnt. Zudem werden fünf multimodale Hauptverkehrsachsen, die mit dem Transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V) verbunden sind, aufgeführt. Aus schleswig-holsteinischer Sicht sind der darin enthaltene Hochgeschwindigkeitsseeweg (MoS) in der Ostsee und die Hinterlandanbindungen (sogenannte Nordachse) von St. Petersburg, Riga und Klaipeda nach Minsk, Kiew und Moskau, den Metropolen der östlichen Nachbarstaaten für die weitere wirtschaftliche Kooperation und verkehrliche Anknüpfung bedeutungsvoll.

Verkehrsrelevante Aspekte im Arbeitsprogramm 2005 der Europäischen Kommission

Aus dem Arbeitsprogramm 2005 der Europäischen Kommission sind für die schleswig-holsteinische Verkehrspolitik insbesondere die verstärkte Finanzierung der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) und der Themenbereich maritime Verkehre gewichtig. Dazu gehören u. a. folgende Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion:

- Die Kommission schlägt vor, die **Mittelausstattung für fortgeschrittene prioritäre TEN-Projekte**, zu denen die feste Fehmarnbeltquerung zählt, zu erhöhen: Die TEN-Zuschüsse sollen von zurzeit maximal 20 % auf 50 % angehoben werden. Hiergegen haben die Mitgliedstaaten bei der Annahme der Finanziellen Vorschau der EU für 2007-13 bereits Widerspruch erkennen lassen.
- Zudem wurde im Rahmen der Europäischen Wachstumsinitiative eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Schaffung eines **Europäischen Garantieinstruments für TEN-Projekte** zur Minderung von Risiken in der ersten Betriebsphase vorgelegt. Die Umsetzung hätte insbesondere bei der Realisierung der festen Fehmarnbeltquerung Bedeutung, da diese privat im Rahmen eines PPP-Projekts finanziert werden soll.
- Die Verkehrssicherheit im Luft-, Straßen- und Seeverkehrssektor soll erhöht werden.
- Die Etablierung des EU-Programms Marco Polo II (2007-2013) zur Bereitstellung von Mitfinanzierungsmitteln für umweltfreundlichere intermodale Gütertransportsysteme in der EU steht an.
- Die Institutionen der EU haben den Richtlinienvorschlag über den Zugang zum Markt für Hafendienste (**Port Package II**), der die Liberalisierung im Bereich der Hafendienstleistungen zum Ziel hat, beraten. Die Landesregierung lehnt ihn als kontraproduktiv für die Marktstruktur, das Marktverhalten und die Marktergebnisse ab. Auch das Europaparlament hat das umstrittene Hafepaket II mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. In der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (bis 2009) wird kein neuer Verordnungsentwurf hierzu erwartet.

Feste Fehmarnbeltquerung

Die feste Fehmarnbeltquerung ist ein Schlüsselprojekt der schleswig-holsteinischen Verkehrspolitik. Auf EU-Ebene hat das Projekt im Jahre 2004 durch die Aufnahme in die Liste der 30 prioritären Projekte innerhalb der Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes eine besondere Bedeutung erhalten. Diese Priorisierung und die Tatsache, dass es sich bei der festen Fehmarnbeltquerung um ein grenzüberschreitendes Projekt handelt, bilden die Voraussetzung für eine bis zu 20 prozentige EU-Förderung.

Im Juni 2004 vereinbarten die Verkehrsminister Dänemarks und Deutschlands, dass das Staatsgarantiemodell als Grundlage für die weiteren Arbeiten am Finanzierungsmodell dient. Dabei wird geprüft, wie eine Beteiligung des privaten Sektors gestärkt werden kann. Bei einem erneuten Treffen der Verkehrsminister im Juni 2005 wurde die Zahl der weiter zu untersuchenden Finanzierungsmodelle auf zwei reduziert. Die Minister kamen überein, beide Modelle von unabhängigen Finanzexperten überprüfen zu lassen. Der Abschlussbericht des Finanzinstituts liegt zwischenzeitlich vor. Auf Basis dieses Berichtes werden Anfang 2006 Gespräche zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesfinanzministerium aufgenommen, um eine Einigung über ein Finanzierungsmodell zu erreichen. Parallel zu den Arbeiten an der Finanzierungslösung ist im Jahre 2005 ein Konsultationspapier für eine informelle Anhörung der Öffentlichkeit zum Umweltaspekt erarbeitet worden. Sie wurde Ende Januar 2006 eingeleitet. Darüber hinaus ist eine Studie zu den regionalen Effekten einer festen Fehmarnbeltquerung erstellt worden. Im Februar 2006 wurden die Ergebnisse dieser Studie in einer gemeinsamen deutsch-dänischen Veranstaltung im Rahmen eines Interreg- III-A (EFRE) Projektes „Profil – Fehmarnbelt-Region“ auf Fehmarn präsentiert. Die nationalen Verkehrsminister treffen sich 2006 erneut, um die weiteren Schritte zu beschließen. Die grundsätzliche Entscheidung über das Vorhaben wird im Jahre 2006 erwartet.

Sowohl der Koalitionsvertrag der schleswig-holsteinischen CDU und SPD zur Regierungsbildung auf Landesebene als auch der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene aus dem Jahre 2005 halten den Willen der Koalitionäre zur Realisierung der festen Fehmarnbeltquerung fest.

Verkehrstelematik

Im Rahmen des europäischen Verkehrsprojektes VIKING beteiligt sich Schleswig-Holstein zusammen mit den norddeutschen Bundesländern Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern aktiv an einer Reihe von Einzelprojekten, die der Förderung der Verkehrstelematik im transeuropäischen Straßennetz TEN dienen.

Das befristete Verkehrsprojekt wird zum Jahresende 2006 auslaufen. Auf europäischer Ebene befindet sich jedoch ein Folgeprogramm in der Abstimmung. Für den nordeuropäischen Raum sollen verkehrstelematische Aktivitäten unter Einschluss der baltischen Staaten fortgeführt werden.

Beispiele für Verkehrstelematik in Schleswig-Holstein:

- Die gemeinsame Streckenbeeinflussungsanlage A 23, A 7 und A 261 in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.
- Die temporäre Seitenstreifenmitnutzung auf der A 7.
- Die gemeinsame Netzbeeinflussungsanlage von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zur Umfahrung des Elbtunnels über die A 7, B 205, A 21 und A 1 (z. Z. im Bau).
- Die Betriebsdienstzentrale in Neumünster zur Verkehrsbeeinflussungsanlagensteuerung, einschließlich Management von Tages- und Langzeitbaustellen.
- Der Pilotversuch für ein Fracht- und Flottenmanagementsystem.
- Die Einrichtung eines Internetportals www.verkehrsinform-nord.de zusammen mit Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern für wichtige Informationen rund um den Verkehr.

Bundesverkehrswegeplan und Landesverkehrsplanung

In dem am 2. Juli 2003 verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan 2003-2015 (BVWP) sind die für Schleswig-Holstein wirtschafts- und verkehrspolitisch wichtigsten Infrastrukturprojekte ganz überwiegend im Vordringlichen Bedarf (Umsetzung bis 2015), verankert. Darüber hinaus enthält der Weitere Bedarf gesamtwirtschaftlich vorteilhafte Projekte, deren Investitions- und Realisierungshorizont über 2015 hinausreicht.

Die Landesregierung setzt sich für eine zügige Realisierung der im BVWP und im Landesverkehrsprogramm verankerten Projekte ein, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern und damit den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zu stärken. Der Zeitplan zur Realisierung wurde gestrafft und die Planung beschleunigt.

Schlüsselprojekte Schleswig-Holsteins:

- Die westliche Weiterführung der Bundesautobahn A 20 von der A 1 bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein / Niedersachsen als Nord-West-Umfahrung Hamburgs mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt und Anbindung an das niedersächsische Fernstraßennetz.
- Der Ausbau der Bundesautobahn A 7 (sechsspuriger Ausbau) zwischen Bordesholm und Landesgrenze Schleswig-Holstein / Hamburg.
- Der Ausbau der B 404 zur A 21 zwischen Kiel und A 1 (vierstreifiger Ausbau).
- Der Ausbau der B 5 zur Verbesserung der Anbindung der Westküste.
- Die feste Fehmarnbeltquerung.
- Der Ausbau der Schienenstrecken nach Skandinavien sowie der Hinterlandanbindungen für die Häfen (Elektrifizierung Hamburg-Lübeck/Travemünde, dreigleisiger Ausbau Pinneberg-Elmshorn).
- Die Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke zwischen Kiel und Lübeck.

4.2 Straßeninfrastruktur

Neubau der A 20, Nordwestumfahrung Hamburg

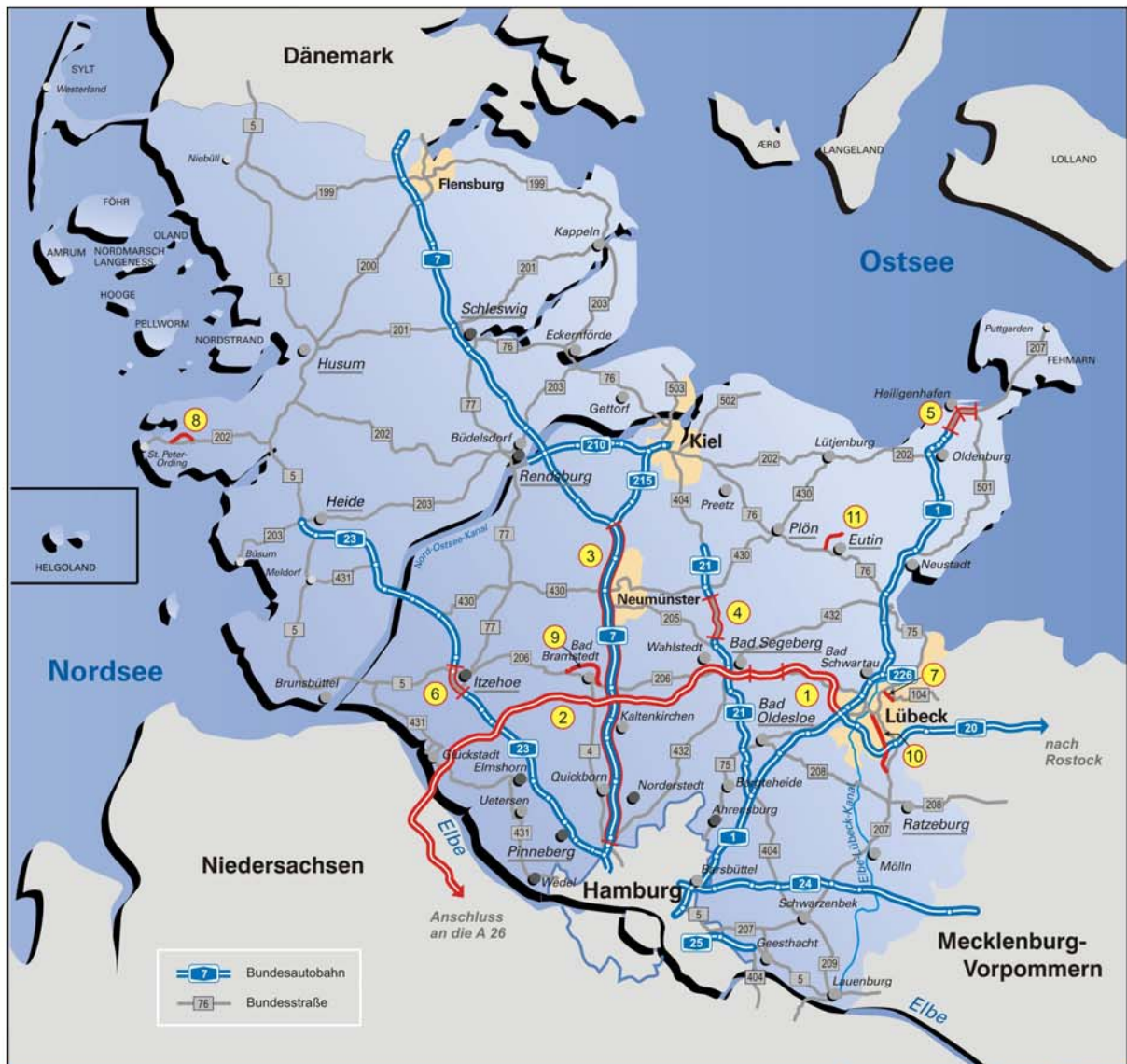
Der Neubau der Bundesautobahn A 20 ist das prioritäre Straßeninfrastrukturprojekt der Landesregierung mit europäischer Bedeutung. Am 7. Dezember 2005 wurde die Ostseeautobahn A 20 (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr.10) dem Verkehr übergeben. Seit dem ist die durchgängige Befahrbarkeit zwischen der A 1 bei Lübeck und der A 11 nahe der polnischen Grenze möglich.

Nun ist das Augenmerk auf die Realisierung der westlichen Fortführung der Ostseeautobahn als „Nord-West-Umfahrung Hamburg“ einschließlich Elbquerung bei Glückstadt gerichtet. Der erste Streckenabschnitt zwischen A 1 und Geschendorf befindet sich seit Ende 2004 bereits im Bau. Für den anschließenden Abschnitt bis Weede (östlich Bad Segeberg) wurde das Planfeststellungsverfahren im Dezember 2005 eingeleitet. Die südliche Umfahrung von Bad Segeberg wird 2006 in die Planfeststellung gehen. Ziel ist es, im Jahr 2010 die Autobahnen A 20 und A 21 miteinander zu verknüpfen.

Zwischen Bad Segeberg und der A 26 in Niedersachsen wird die A 20 länderübergreifend geplant. Die förmliche Linienbestimmung durch den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erfolgte am 28. Juli 2005. Auf dieser Grundlage schließt sich die parzellenscharfe Entwurfsbearbeitung, die Planfeststellung (die bis 2010 abgeschlossen werden soll) und der Bau der einzelnen verkehrswirksamen Abschnitte an.

Sechsstreifiger Ausbau der Bundesautobahn A 7

Um die Leistungsfähigkeit der A 7 trotz der wachsenden Verkehrsmengen zu erhalten, ist ein gemeinsamer Ausbau auf sechs Fahrstreifen in Schleswig-Holstein sowie auf sechs bzw. acht Fahrstreifen in Hamburg unerlässlich. Der Ausbau der A 7 gehört zu den Projekten des vordringlichen Bedarfs im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen. Derzeit wird geprüft, ob der Ausbau in Form eines Betreibermodells vorgenommen werden kann. Dabei soll der Ausbau des fünften und sechsten Fahrstreifens,



Maßnahmen an Bundesfernstraßen und Landesstraßen in SH | 2005/2006 | 

Lfd. Nr.	Str. Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Planungsstand: Februar 2006
1	A 20	Lübeck (A 1) - Geschendorf	• im Bau
2	A 20	Bad Segeberg - Landesgrenze SH/NI	• in der Entwurfsbearbeitung
3	A 7	6-streifiger Ausbau von LGR. SH/HH - Bordesholmer Dreieck	• Realisierungsstudie - Abschluss 2004
4	A 21	4-streifiger Ausbau der B 404 von Trappenkamp - Negernbötel	• im Bau
5	A 1	4-streifiger Ausbau der B 207 von Gremersdorf - Heiligenhafen	• im Bau
6	A 23/B 5	Lückenschluss bei Itzehoe	• Baubeginn: 02. März 2006
7	B 104	OU - Schlutup	• Planfeststellungsbeschluss: 15. Dez. 2005
8	B 202	OU - Tating	• in der Entwurfsbearbeitung
9	B 206	OU - Bad Bramstedt	• Planfeststellungsbeschluss: 06. Dez. 2005
10	B 207	Verlegung und Neubau zwischen Lübeck - Pogeez	• im Bau
11	L 174	Westtangente Eutin	• im Bau

die Erhaltung und der Betrieb aller Fahrstreifen von einem privaten Konzessionsnehmer übernommen und finanziert werden. Als Gegenleistung wird das Gebührenaufkommen aus der kilometerbezogenen Autobahnmaut für schwere LKW an den Konzessionsnehmer entrichtet. Die durch die Nutzung der Pkw bzw. leichten Lkw entstehenden Kosten werden in Form einer Anschubfinanzierung aus dem Straßenbauhaushalt erbracht. Nach Ablauf der Konzession (30 Jahre) wird die Autobahn vom Konzessionsnehmer auf die öffentliche Hand zurück übertragen.

Die Realisierungsstudie zur wirtschaftlichen Machbarkeit des Vorhabens wurde im Dezember 2004 abgeschlossen. Danach kommt der Bereich zwischen Autobahndreieck Bordesholm bis zur Anschlussstelle Schnelsen-Nord für ein Betreibermodell in Frage. Der Ausbau des sich anschließenden südlichen Bereiches auf dem Gebiet der Hansestadt Hamburg erfolgt voraussichtlich konventionell. Zurzeit erfolgt die konkrete Abstimmung zwischen Bund und Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg.

Die Realisierung erfolgt in mehreren Abschnitten: Die Planung wurde mit der Erstellung der Umweltverträglichkeitsstudie für die gesamte Strecke in Schleswig-Holstein bereits aufgenommen. Für einen ersten Abschnitt (Autobahndreieck Bordesholm – Anschlussstelle Neumünster-Nord) läuft die Entwurfsbearbeitung. Bereits für das Jahr 2008 wird der Baubeginn für den ersten Abschnitt (Autobahndreieck Bordesholm – Anschlussstelle Neumünster-Nord) angestrebt.

Ausbau der Bundesstraße B 404 zur Bundesautobahn A 21

Neben der A 7 hat der vierstreifige Ausbau der B 404 zur Bundesautobahn A 21 als zweite leistungsstarke Nord-Süd-Achse für den weiträumigen Verkehr ebenfalls besondere Priorität. Mit Ausnahme der sich zurzeit im Bau befindlichen Teilstrecke zwischen Trappenkamp und Negernbötel ist die B 404 von der A 1 bei Bargtheide bis Stolpe bereits vierstreifig zur A 21 ausgebaut.

Für den Bereich zwischen Stolpe und Nettelsee wird Anfang 2006 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. In den weiter nördlich anschließenden Streckenabschnitten bis Kiel ist mit den Entwurfsarbeiten begonnen worden.

Für den südlich der A 1 verlaufenden Bereich bis zur Landesgrenze nach Niedersachsen sind die Planungsarbeiten für einen Ausbau zur Autobahn zurzeit zurückgestellt, da der neue Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (gültig bis 2015) diesen Bereich dem „weiteren Bedarf“ zuordnet.

Auch wegen schwerer Unfälle wurde jedoch für den Bereich zwischen A 1 und A 24 mit der Planung einer Übergangslösung begonnen. Ziel ist es, die bestehende Bundesstraße kurzfristig in mehreren Teilbereichen um einen Fahrstreifen zu ergänzen. Die Einrichtung einer 2+1-Verkehrsführung (Dreistreifigkeit) wird zu einer wesentlichen Steigerung der Verkehrssicherheit in diesem Abschnitt beitragen.

Weiterbau der Bundesautobahn A 1

Auch im Jahr 2006 wird zur Stärkung der Vogelfluglinie als besonders bedeutender Verkehrsachse für die Verkehrsbeziehungen zwischen Skandinavien und Mitteleuropa der Weiterbau der A 1 zwischen Gremersdorf und Heiligenhafen vorangetrieben. Die Planfeststellungsverfahren für die Gesamtmaßnahme sind bereits abgeschlossen. Der weitere Baufortschritt ist abhängig von der Finanzmittelbereitstellung durch den Bund.

Ausbau der Bundesautobahn A 23 / B 5

Der Ausbau der B 5 zur A 23 zwischen den Autobahnanschlussstellen Itzehoe-Süd und Itzehoe-Nord ist in der Stufe Vordringlicher Bedarf im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen enthalten. Der Planfeststellungsbeschluss erging am 30. November 2005. Wegen des Zusammenhangs mit der Restnutzungsdauer der Störbrücke wurde mit dem Bau der Brücke am 2. März 2006 begonnen.

Bau von Ortsumgehungen

Nachdem am 13. Dezember 2004 der Planfeststellungsbeschluss für die Verlegung der B 207 zwischen Lübeck und Pogeez erging, wurde am 30. August 2005 mit dem Bau zwischen A 20 und Lübeck begonnen.

Der Bau der Westtangente Eutin (L 174) startete Mitte 2004. Diese wird aus dem Schleswig-Holstein-Fonds finanziert und Ende 2006 fertig gestellt sein.

Für die Ortsumgehungen Schlutup (B 104) und Bad Bramstedt (B 206) wurden die Planfeststellungsverfahren Ende 2005 abgeschlossen. Der Baubeginn ist jeweils 2006 vorgesehen, steht aber in Abhängigkeit der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund

Für die Ortsumgehung Tating im Zuge der B 202 wird im Frühjahr 2006 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet.

Ausgaben für Bundes- und Landesstraßen (in Millionen Euro)

Jahr	Verausgabte Gesamtmittel Bundesfernstraßen	Verausgabte Landesmittel für Neu-, Um- und Ausbau sowie Unterhaltung
2000	157	47,8
2001	177	44,1
2002	180	41,1
2003	195	36,9
2004	181	40,1
2005	172	48,8

Für Schleswig-Holstein stehen für den Bereich der Bundesfernstraßen für das Haushaltsjahr 2006 Gesamtmittel in Höhe von rund 164 Millionen Euro zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2006 sind für den Bereich der Landesstraßen in Schleswig-Holstein Ausgaben in Höhe von rund 40 Millionen Euro vorgesehen.

Bundesfernstraßen:

Bundesautobahnen: 492 km Unterhaltungslänge

Bundesstraßen: 1.599 km Unterhaltungslänge

Landesstraßen: 3.554 km Unterhaltungslänge

Förderung des Radverkehrs

Dem Radverkehr kommt eine immer größere Bedeutung zu. Das Verkehrsministerium sieht es als wichtige Aufgabe, den Freizeit- und den Alltagsradverkehr weiter zu fördern, die Attraktivität des Fahrradfahrens zu erhöhen und die Verknüpfung des Radverkehrs mit den anderen Verkehrsarten zu verbessern und zu stärken. Dazu dient insbesondere die Etablierung eines **Landesweiten Radverkehrsnetzes** mit dem Ziel eines einheitlichen, flächendeckenden Radverkehrsnetzes in Schleswig-Holstein. Neben der Umsetzung dieses Landesweiten Radverkehrsnetzes wird zukünftig auch die Beschilderung und die Qualitätssicherung insbesondere der Fernradwanderwege eine immer wichtigere Rolle spielen.

Zur beschleunigten Ergänzung des Radwegebestandes wurden in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Maßnahmen mit alternativen Finanzierungsmodellen gestartet. Für das Jahr 2006 sind bisher Baumaßnahmen mit einer Gesamtlänge von 20 Kilometern und einem Gesamtvolumen von etwa 2,5 Millionen Euro geplant.

4.3 Schienenwege

Für das im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans verankerte Projekt „Ausbau und Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg – Lübeck/Travemünde“ wurde die Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Land und Deutscher Bahn AG am 15. September 2005 unterzeichnet. Nach Ausschreibung der Bauleistungen wird die bauliche Umsetzung im Jahr 2006 begonnen und einschließlich des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Schwartau Waldhalle - Lübeck-Kücknitz bis 2009 abgeschlossen.

Bei den weiteren im Vordringlichen Bedarf genannten Projekten

- dreigleisiger Ausbau Hamburg-Wandsbek und Ahrensburg,
- zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung Neumünster - Bad Oldesloe (in Abhängigkeit von der Verkehrsentwicklung) und
- dreigleisiger Ausbau Pinneberg – Elmshorn

können dagegen aufgrund der angespannten Haushaltslage des Bundes keine kurzfristigen Realisierungsperspektiven aufgezeigt werden.

Weiter vorangetrieben wurden 2005 wie bereits im Vorjahr die Planungen wichtiger Nahverkehrsprojekte sowie einiger laufender Grundinstandsetzungsmaßnahmen:

Die Eisenbahnstrecke Kiel - Lübeck soll für Geschwindigkeiten bis zu 140 km/h mit zweigleisigen Begegnungsabschnitten ertüchtigt werden und in den landesweiten Integralen Taktfahrplan (ITF) eingebunden werden. Dazu wird in den kommenden Jahren ein „Schnell-Langsam-Konzept“ im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) eingeführt, das im Endzustand zwei stündliche Zugverbindungen zwischen den beiden größten Städten des Landes vorsieht. In den Jahren 2004 und 2005 hat das Land eine Vorfinanzierung der Planungskosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro geleistet.

Die Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Langsamfahrstellen, insbesondere auf den Kanalhochbrücken Hochdonn und Rendsburg sowie an der "Moorlinse Lottorf", wurden fortgesetzt.

4.4 Güterverkehr und Logistik

Die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins als Drehscheibe für Gütertransporte und Logistik konnte auch 2005 weiter gestärkt werden. Vorrangiges Ziel der Landesregierung war es dabei, den Aufbau intermodaler Transportketten zu unterstützen und die Wettbewerbspositionen der Schiene, Häfen und Wasserstraßen zu stärken. Ein wichtiger Schritt dazu ist die in 2005 erfolgte Gründung des Fördervereins Güterverkehrszentrum Kiel zum Aufbau eines Güterverkehrszentrums (GVZ). Kernstück für den Schienengüterverkehr dieses GVZ ist der Rangierbahnhof Kiel-Meimersdorf. Die Landesregierung hat die notwendigen Investitionen zur Modernisierung dieses Bahnhofs 2005 mit 270.000 Euro gefördert.

Die steigenden Anforderungen des sich schnell entwickelnden Transportsektors erfordern für Schleswig-Holstein neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die weitere Profilierung als Logistikstandort. Logistik spielt in jedem Wertschöpfungsprozess eine bedeutende Rolle und ist damit wichtige Basis für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. Neben der Zusammenarbeit mit den vier norddeutschen Ländern zur Stärkung des Logistikstandortes Norddeutschland initiiert Schleswig-Holstein daher 2006 einen gesonderten Logistikkongress. Ziel ist es, in Schleswig-Holstein die Bildung von Unternehmensnetzwerken aus Lieferanten, Herstellern und Dienstleistern weiter zu fördern, um die Position des Landes als attraktiven Logistikstandort auszubauen.

4.5 ÖPNV

Im Rahmen der Qualitätsoffensive für den ÖPNV (Bus und Bahn) sind 2005 insgesamt 230 Millionen Euro in den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein geflossen.

Landesweiter Nahverkehrsplans (LNVP)

Der LNVP wird alle fünf Jahre fortgeschrieben. Zu den Eckpunkten des geltenden LNVP 2003 -2007 im Bereich SPNV - wie auch für den übrigen ÖPNV - gehören insbesondere die Vernetzung der Verkehrssysteme Bus und Bahn, die Modernisierung der Fahrzeuge und Stationen, die Verbesserung von Qualität und Service sowie Wettbewerb im Schienenverkehr und der Schleswig-Holstein-Tarif.

Gesamtkonzept Bahn und Bus

Die Vernetzung des Schienenpersonenverkehrs (SPNV) mit dem Busverkehr im Rahmen des Integralen Taktfahrplans (ITF) hat für den Fahrgast den Vorteil, dass an bestimmten Knotenpunkten Anschlüsse garantiert werden können und sich die Reisezeiten durch verkürzte Umsteigezeiten verringern.

Schleswig-Holstein-Tarif

Ziel eines landesweiten Tarifkonzeptes ist eine kundenfreundliche Harmonisierung der Tarife in allen Landesteilen und auch nach Hamburg für alle Verkehrsmittel des ÖPNV. In einer ersten Stufe ist daher Ende 2002 der Schleswig-Holstein-Tarif eingeführt worden. Stetige Zuwachszahlen zeigen, dass durch den Schleswig-Holstein-Tarif der SPNV attraktiver geworden ist.

Zum 1. April 2005 erfolgte die Ausweitung des Schleswig-Holstein-Tarifs in einer zweiten Stufe auf die Umsteigebeziehungen Bus / Bahn und Kreisgrenzen überschreitende Busverkehre. Auch in der Verkehrsregion Kiel und im Kreis Ostholstein findet der Tarif seitdem Anwendung. Seit Dezember 2005 ist als erste Nordsee-Insel auch die Insel Sylt in den Schleswig-Holstein-Tarif integriert. Das wesentliche Ziel - ein Fahrschein für die jeweilige Fahrt, unabhängig ob mit Bus und/ oder Bahn - ist mit der Einführung der zweiten Stufe erreicht.

Gleichzeitig mit der 2. Stufe des Schleswig-Holstein-Tarifs wurde auch die SH-Card eingeführt. Sie gewährt auf Einzelfahrscheine einen Rabatt von 25 % und wird zukünftig mit verschiedenen kulturellen Angeboten und Freizeit-Attraktionen verknüpft.

HVV-Erweiterung

Der Verbundraum des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) wurde in das schleswig-holsteinische Umland im Dezember 2002 deutlich erweitert. Durch ein Qualitätssteuerungsverfahren und weitere Angebotsoptimierung soll das bisher - auch im nördlichen Erweiterungsgebiet - positive Image des HVV noch weiter gestärkt werden. Zum 1. Januar 2005 erfolgte die Erweiterung des HVV auf die südlichen Hamburg-Randkreise in Niedersachsen.

Umsetzung der Ergebnisse einer Marktforschungsstudie zum ÖPNV

Im Rahmen einer fortlaufenden Imagekampagne ist es gemeinsames Ziel der Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen, durch abgestimmte und einheitliche Informationen und Kommunikation vorhandene Fahrgäste enger an den ÖPNV zu binden und neue zu gewinnen. In Verbindung damit ist unter anderem ein schleswig-holsteinisches Markenzeichen für den ÖPNV geschaffen worden: „Mein Weg. Der Nahverkehr in Schleswig-Holstein“. Mit der Informationszeitung „nah-sh“ der Landesweiten Verkehrservicegesellschaft (LVS) werden Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen in regelmäßigen Abständen über die aktuelle Entwicklung im ÖPNV unterrichtet. Weitere Informationen über den ÖPNV in Schleswig-Holstein werden unter www.nah-sh.de bereitgestellt.

Fahrplanauskunft „SCOUT“

Die landesweite Fahrplanauskunft „SCOUT“ ist in die deutschlandweite Fahrplaninformation (DELFI) eingebunden und um eine Tarifauskunft zum SH-Tarif ergänzt. Die Fahrplanauskunft ist über www.nah-sh.de erreichbar.

Barrierefreiheit im ÖPNV

Die Barrierefreiheit ist ein wichtiges langfristiges Ziel der Verkehrspolitik des Landes Schleswig-Holstein. In Zusammenarbeit mit Bund und Kommunen, den Verkehrsunternehmen und deren Verbänden sowie dem HVV konnten in den vergangenen Jahren bereits gute Erfolge für die Integration mobilitätseingeschränkter Fahrgäste im ÖPNV erzielt werden. So wurden im Rahmen des Stationsprogramms bereits Bahnhöfe barrierefrei für den Einsatz neuer Züge mit Einstieg auf Bahnsteighöhe gestaltet. Im Busbereich kommen insbesondere in den Städten Niederflurfahrzeuge zum Einsatz, zudem werden sukzessive die Haltestellen auf einen barrierefreien Zugang ausgerichtet und neue Informationssysteme geschaffen.

Darüber hinaus haben die LVS und der HVV gemeinsam eine Broschüre „Mobilität für alle“ erstellt, in der Nutzungsbedingungen (insbesondere die Einstiegssituation in die Fahrzeuge) zusammengefasst sind.

Wichtige Maßnahmen im Jahr 2005 zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)

Der SPNV fährt in Schleswig-Holstein weiterhin auf der Erfolgsschiene. Im Zeitraum 2000 – 2004 gab es einen Zuwachs beim Indikator "Personenkilometer" von 14 %.

Vereinbarung eines Qualitätsmanagementsystems mit allen Bahnunternehmen

Am 28. Januar 2005 wurde die Vereinbarung über ein Qualitätsmanagementsystem mit den fünf Verkehrsunternehmen unterzeichnet. Damit werden neben der heute schon ermittelten Pünktlichkeit jetzt weitere Qualitätsmerkmale erfasst und bewertet. Hierzu gehören zum Beispiel die Sauberkeit der Fahrzeuge oder die Freundlichkeit des Zugpersonals. Erreicht ein Unternehmen bessere Werte als der zuvor festgelegte Zielwert erhält es einen zusätzlichen finanziellen Bonus. Im anderen Falle muss es einen Malus an das Land zahlen. Ziel des Landes ist es, zusätzliche Anreize zu schaffen, die Qualität für die Fahrgäste spürbar zu steigern.

Verbesserungen auf der Vogelfluglinie

Seit dem 19. März 2005 fahren die Nahverkehrszüge von morgens bis spät abends in einem Zweistundentakt zwischen Lübeck und Puttgarden. Seit Sommer 2005 halten die Züge auch wieder in Lensahn. Die Investitionen für die neue Station in Höhe von rund 500.000 Euro wurden vom Land Schleswig-Holstein getragen. Nachdem bis Anfang 2003 maximal drei Zugpaare zwischen Neustadt und Puttgarden fuhren, sind es seit März 2005 wieder neun Züge je Richtung im Zwei-Stundentakt zwischen Lübeck und Puttgarden. Weitere zehn Zugpaare fahren zwischen Lübeck und Neustadt.

Darüber hinaus wurde in Großenbrode der zunächst nur provisorisch in Betrieb genommene Bahnsteig für den dauerhaften Betrieb modernisiert und kundengerecht auf 76 Zentimeter erhöht. Auch hier hat das Land Schleswig-Holstein die Kosten von 335.000 Euro, übernommen.

In Puttgarden wurde mit finanzieller Unterstützung der Reederei Scandlines und des Landes Schleswig-Holstein ein ebenerdiger Zugang vom Bahnsteig zum Empfangsgebäude geschaffen.

Bahnstationsmodernisierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre

Im Rahmen einer Bahnstationsländerkonferenz haben sich das Land Schleswig-Holstein und die DB Station&Service AG darauf verständigt, ein **Bahnstationsmodernisierungsprogramm** für die nächsten fünf Jahre zu entwickeln. Dabei soll der strategische Schwerpunkt zukünftig vor allem auf die noch nicht modernisierten regionalen Knotenbahnhöfe gerichtet werden. Projekte der höchsten Priorität sind Elmshorn, Flensburg, Heide (Holst), Lübeck-Travemünde Strand, Niebüll, Pinneberg und Rendsburg.

Neuer Betreiber auf der Bahnstrecke Padborg – Flensburg – Hamburg

Seit dem 11. Dezember 2005 bedient die der Regionalbahn Schleswig-Holstein (RBSH) die Strecke Padborg – Flensburg – Hamburg. Täglich fahren acht Zugpaare im Zweistundentakt vom Hamburger Hauptbahnhof über Neumünster und Flensburg bis nach Padborg und stellen damit die Verbindung zum gesamten dänischen Eisenbahnnetz her. Die RBSH setzt 24 umfangreich modernisierte Fernverkehrswagen ein. Jeder Zug verfügt über rund 380 Sitzplätze.

Neuer Betreiber auf der Bahnstrecke Westerland – Hamburg

Die Nord-Ostsee-Bahn GmbH (NOB) hat den Betrieb auf der Bahnstrecke Hamburg – Westerland am 11. Dezember 2005 für zehn Jahre übernommen. Siebzehn Zugpaare verkehren annähernd im Stundentakt auf der so genannten **Marschbahn**. Nur in den Zeitlagen, in denen Fernverkehrszüge der Deutschen Bahn fahren, verschieben sich die Abfahrtszeiten der NOB-Züge um rund eine halbe Stunde. Diese Züge werden ergänzt durch NOB-Triebwagen, die zwischen Husum bzw. Heide und Itzehoe fahren und an jedem Bahnhof halten. In Itzehoe besteht Anschluss von und nach Hamburg.

Die 90 neuen Wagen der NOB werden in Husum gewartet. Dort hat die NOB rund 15 Millionen Euro in ein Instandhaltungswerk investiert und 43 neue Arbeitsplätze geschaffen. Mehr Wettbewerb zieht hier keineswegs den Abbau von Arbeitsplätzen nach sich.

Vergabe der Verkehrsleistungen auf der Bahnstrecke Hamburg - Büchen - Rostock

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat der DB Regio AG den Zuschlag für die im Teilnetz "Ostseeküste" zusammengefassten Leistungen im Schienenpersonennahverkehr in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg erteilt. Das Teilnetz "Ostseeküste" umfasst neben der RegionalExpress-Linie Hamburg – Büchen - Schwerin - Rostock auch die Verkehre auf der Strecke Rostock - Stralsund - Sassnitz/-Binz. Die Entscheidung wurde gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein getroffen. Mit dieser Vergabe wird eine weitere Steigerung der Qualität und sinkende Kosten für die Haushalte der beteiligten Länder erreicht. Der für das Teilnetz abzuschließende Verkehrsvertrag, der eine Laufzeit von 12 Jahren haben wird, beginnt im Dezember 2007 und endet im Dezember 2019.

4.6 Schifffahrtspolitik und Häfen

Der **Schiffahrtstandort Deutschland** konnte mit der Einführung der Tonnagesteuer sowie der Verbesserung weiterer Rahmenbedingung seine Stellung im internationalen Vergleich ausbauen. Der Ausflaggungstrend konnte gestoppt werden. Zwischenzeitlich haben mehr als 2.100 Schiffe für die Tonnagesteuer optiert.

Ende 2005 führten 135 Schiffe mehr die deutsche Flagge als bei Inkrafttreten der Maßnahmen zur Senkung der Betriebskosten von Schiffen unter deutscher Flagge am 1. Januar 2004. Damit ist die Handelsflotte unter deutscher Flagge mit über 10 Millionen Bruttoreaumzahl (BRZ) und einem Zuwachs von 80 % innerhalb von zwei Jahren so groß wie nie zuvor.

Mit der im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 zwischen CDU, CSU und SPD getroffenen Aussage, die erfolgreichen Instrumente wie Tonnagesteuer und Lohnsteuereinbehalt beizubehalten, hat die neue Bundesregierung den deutschen Schifffahrtsunternehmen gegenüber berechenbare Rahmenbedingungen für die Zukunft des Schifffahrtsstandorts Deutschland geschaffen.

Mit der Rückführung der Schiffe unter die deutsche Flagge ist der Bedarf an nautischen und technischen Besatzungsmitgliedern sprunghaft angestiegen. Die deutschen Reeder investieren nachhaltig in die Ausbildung des seemännischen Nachwuchses, insbesondere in diejenige zum Schiffsmechaniker. Seemännische Berufe haben heute beste Zukunftsperspektiven. Daran hat auch die Schleswig-Holsteinische Seemannsschule in Lübeck-Travemünde einen erheblichen Anteil. Die unter Fachaufsicht des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr stehende Schule ist voll ausgelastet und bildet bereits seit fünf Jahrzehnten erfolgreich gut qualifizierte Nachwuchskräfte nach anerkannt hohen Qualitätsstandards aus.

Mit der zunehmenden Verkehrsdichte vor den deutschen Küsten sind laufend weitere Schritte zur Verbesserung der **Schiffssicherheit** notwendig. 2005 konnten in diesem Bereich wichtige Fortschritte erreicht werden, insbesondere mit der Bund-Küstenländer-Vereinbarung über die Zuweisung von Notliegeplätzen und der Festlegung von Wegeführungsmaßnahmen in der westlichen Ostsee:

- **Notliegeplatzkonzept:** Das im Zusammenwirken mit dem Bund erstellt Notfallkonzept zur Verbesserung der Schiffssicherheit für Nord- und Ostsee (u. a. Errichtung des Havariekommandos, Vorhalten von Notschleppern) wurde mit der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Zuweisung eines Notliegeplatzes und den dazugehörigen Verfahrensweisungen ergänzt, die im Januar 2005 in allen Küstenländern in Kraft trat. Damit wurde auch eine langjährige politische Forderung Schleswig-Holsteins umgesetzt.
- **Neue Einbahnwege in der westlichen Ostsee:** Im März 2005 wurde ein von Deutschland (unter Beteiligung Schleswig-Holsteins) gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden initiiertes Vorschlag für ein neues Wegeführungssystem in der westlichen Ostsee zwischen der Kadetrinne und der Insel Bornholm bei der Internationalen Schifffahrtsorganisation in London (IMO) eingebracht. Diese Regelung wurde Anfang Dezember 2005 von der IMO angenommen und tritt am 1. Juli 2006 in Kraft.

Schwerpunkte der Regelung sind die neuen Verkehrstrennungsgebiete „North of Rügen“ (im Zufahrtbereich der Kadetrinne) und Bornholmsgatt (westlich Bornholm). Sie erlauben großen, tiefgehenden

Schiffen die Fahrt nur auf vorgegebenen Routen, die je Richtung nur in Einbahnregelungen befahren werden dürfen.

Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA hat die Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO) im Dezember 2002 ein Maßnahmenpaket zum Schutz vor Terroranschlägen im internationalen Seeverkehr verabschiedet. Bestandteil dieses Maßnahmenpaketes ist der internationale Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ISPS Code). Diese Bestimmung ist am 1. Juli 2004 weltweit in Kraft getreten.

In Schleswig-Holstein gibt es 31 Häfen mit insgesamt 107 Hafenanlagen, von denen 75 Anlagen unter den ISPS-Code fallen. Diese 75 Anlagen umfassen alle wichtigen Häfen mit internationalem Verkehr. 58 Hafenanlagen sind bislang von der Behörde für Hafenanlagensicherheit als sichere Häfen zertifiziert worden. Die endgültige Zertifizierung von Hafenanlagen ist u. a. abhängig von der Realisierung von Bauvorhaben. So ist z. B. die Fertigstellung des Skandinavien-Kais in Lübeck sowie des Ostuferhafens in Kiel für 2006 vorgesehen. Erst dann kann bei den genannten Häfen eine endgültige Zertifizierung als ISPS-Anlage erfolgen.

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Sicherheit in den Häfen ist die Richtlinie der EU zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen. Sie ist Anfang Dezember 2005 in Kraft getreten und muss bis Mitte 2007 von den Mitgliedstaaten der EU umgesetzt werden. Ziel der Richtlinie ist die Einführung gemeinschaftlicher Maßnahmen zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in den Häfen, indem das gesamte Hafengebiet der vom ISPS-Code betroffenen Häfen in ein europaweites System der Gefahrenabwehr einbezogen wird.

Nord-Ostsee-Kanal (NOK) und Elbe-Lübeck-Kanal

Der seit Jahren starke Aufwärtstrend des Kanalverkehrs bestätigt die übereinstimmende Auffassung von Land und Bund über den hohen verkehrspolitischen Stellenwert des Kanals und die daraus resultierenden dringend notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die Entwicklung der Schiffsgrößen.

Aufgrund der dynamischen Zunahme des Schiffsverkehrs und der Veränderung der Flottenstruktur entwickeln sich die engen Kurven und die geringe Querschnittsbreite zwischen Königsförde und Kiel-Holtenau in zunehmendem Maße zum Engpass für die größer werdenden Schiffe auf dem NOK. Für die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung veranlasste Untersuchung der Anpassungsmöglichkeiten der nicht ausgebauten Ostsstrecke wurde im August 2005 der Planungsauftrag erteilt.

Die 2005 in Betrieb genommene neue Verkehrsleitzentrale in Brunsbüttel ist Teil des Verkehrssicherungssystems für den Kanal. Von Mitte 2006 an wird von Brunsbüttel aus der gesamte Schiffsbetrieb auf der rund 100 Kilometer langen Wasserstrasse gelenkt. Mit dieser Maßnahme wird neben der Leistungsfähigkeit auch die Schiffssicherheit auf der für Schleswig-Holstein wichtigen Querverbindung deutlich verbessert.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass aus dem von der Bundesregierung angekündigten 25 Milliarden-Investitionsprogramm auch Mittel für den Ausbau der Wasserstrassen in Schleswig-Holstein - insbesondere Nord-Ostsee-Kanal und Elbe-Lübeck-Kanals - zur Verfügung gestellt werden.

Entwicklung der Häfen

Die deutschen Seehäfen haben 2005 mit einem Umschlagszuwachs von 5 % auf 283 Millionen Tonnen kräftig zugelegt. Auch für die Zukunft stehen die Zeichen auf Wachstum. Die großen schleswig-holsteinischen Seehäfen weisen dabei ein differenziertes Bild auf.

Die Tendenz vieler Spediteure, aufgrund des preisgünstigeren osteuropäischen Dieselkraftstoffs wesentliche Wegeanteile vom Schiff auf die Straße zu verlagern, hat dazu geführt, dass auf den betroffenen Strecken die ansonsten üblichen Zuwächse nicht realisiert wurden. Trotzdem konnte der **Kieler Hafen** nach drei Jahren mit Ladungsrückgängen seinen Güterumschlag erstmals wieder steigern (um 2 % auf 4,74 Millionen Tonnen).

Beim Passagierverkehr konnte der Kieler Hafen mit 1,56 Millionen Reisenden das Vorjahresergebnis sogar um 20 % übertreffen. Ursächlich hierfür war der überragende Erfolg der neuen Großfähre Color Fantasy auf der Kiel-Oslo Linie. Dieser hat die Reederei dazu bewogen der Fantasy ein Schwester-

schiff, die bereits im Bau befindliche Magic zur Seite zu stellen, die die ältere Kronprinz Harald ablösen wird.

Mit 90 Anläufen verzeichnete Kiel bei den Kreuzfahrtschiffen einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr um fünf Schiffe. Aufgrund der gestiegenen Schiffsgrößen und der besseren Belegung konnte die Zahl der Kreuzfahrtpassagiere um knapp 3 % auf 131.800 gesteigert werden. Nach wissenschaftlichen Studien gibt jeder Kreuzfahrtpassagier pro Tag an Land etwa 100 Euro aus. Demnach kommt der regionale Wirtschaft ein Umsatz von über 1 Million Euro durch die Kreuzfahrtpassagiere zugute. Für das Jahr 2006 liegen bereits 100 Anmeldungen von Kreuzfahrtschiffen vor. Damit ist und bleibt Kiel einer der führenden deutschen Ausgangs- und Zielhäfen für Kreuzfahrten.

Für das Cruise & Ferry Center auf dem Gelände des Ostseekais ist im Jahr 2005 die Planfeststellung erfolgt sowie ein Förderbescheid über knapp 10 Millionen Euro an die Landeshauptstadt Kiel übergeben worden, so dass voraussichtlich ab Frühjahr 2007 in Kiel Kreuzfahrtschiffe bis 300 Meter Länge an einem modernen Terminal abgefertigt werden können.

Lübeck konnte auch im Jahr 2005 erneut seine Spitzenposition als größter deutscher Ostseehafen mit einem Marktanteil von rund 40 % behaupten. Obwohl durch einen langen Streik in der finnischen Papierindustrie der Umschlag nordischer Forstprodukte etwas rückläufig war, konnten 2005 insgesamt knapp 27 Millionen Tonnen umgeschlagen werden.

Der Umschlag von Containern verzeichnete 2005 einen Zuwachs von 20 %, ebenfalls erfreulich entwickelte sich die Zahl der über Lübeck verschifften Neufahrzeuge (+10 %)

Für die großen Ausbauprojekte wie den Umbau sowie die Flächenerweiterung am Skandinavienkai, den Umbau des Schlutupkais sowie den Ausbau am Seelandkai hat die Landesregierung Förderbescheide von rund 20 Millionen Euro übergeben. Durch diese Mittel von EU, Bund und Land wurden Investitionen von insgesamt über 50 Millionen Euro ausgelöst.

Die Position des Lübecker Hafens als Drehscheibe im internationalen Transitverkehr und als intermodaler Ostseehafen des Hamburger Hafens wird hiermit gefestigt und lässt weitere umschlags- und arbeitsplatzwirksame Impulse für den Hafenstandort Lübeck erwarten.

Die im Zuge der Vogelfluglinie verlaufende Linie **Puttgarden – Rödby** verzeichnete beim Transport von LKW und Trailern 2005 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 6,7 % auf mehr als 315.700 Fahrzeuge sowie bei PKW einen Zuwachs von 2,4 % auf mehr als 1,8 Millionen PKW gegenüber dem Vorjahr.

Die diese Linie bedienende Firma Scandlines hat dem Zuwachs an mit dem PKW reisenden Tages-touristen durch den Einbau zusätzlicher Wagendecks Rechnung getragen, so dass es auch während der Sommermonate kaum Engpässe gegeben hat.

Für die privat betriebene Hafengruppe **Brunsbüttel** mit dem Elbehafen und den Häfen Ostermoor und Ölhafen am Nord-Ostseekanal vollzieht sich ein Wandel. Einst als Versorgungshafen für die in diesem Wirtschaftsraum angesiedelte Industrie und als Massengutumschlagsplatz etabliert, positioniert sich insbesondere der Elbehafen mehr und mehr als ein Universalhafen.

Den Umschlagverlust von etwa 1,5 Millionen Tonnen Rohöl infolge des Baus einer Pipeline von der Bohrinselform „Mittelplate“ konnte die Hafengesellschaft durch Abschluss eines Vertrages mit der Norddeutschen Affinerie über den Umschlag von Kupfergranulat zum Teil kompensieren.

Moderne Infra- und Suprastruktur machen den Hafen zu einem leistungsfähigen Logistikdienstleistungszentrum mit intermodalem Charakter. Dazu trägt beispielsweise die Errichtung eines Terminals für den Kombinierten Verkehr bei. Neben dem Umschlag trockener und flüssiger Massengüter erhält der Umschlag von Projektgütern und Containern zunehmendes Gewicht.

In der Unterelberange erhält die Hafengruppe auch gute Chancen in der Zusammenarbeit mit dem Hamburger Hafen. In jüngster Zeit hat sich der Elbehafen auch erfolgreich als Exporthafen für Anlagekomponenten für Windenergieanlagen positioniert. Dabei gereicht ihm seine Lage an der Schnittstelle der Binnen- und der Seeschifffahrt zum Vorteil.

Die zunehmende Bedeutung der Offshore-Windenergie im Bereich der Nordsee lässt die Nachfrage nach geeigneten Hafenstandorten für die Verschiffung der Anlagekomponenten sowie für Service und Wartung der Windparks steigen. Die Städte Husum und Brunsbüttel haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darauf verständigt, dass sich Husum auf Service und Wartung konzentriert. Die Landesregierung wird für den dafür erforderlichen Hafenausbau finanzielle Unterstützung gewähren.

Die Landesregierung begrüßt Überlegungen zu einer stärkeren Hafenkooperation auch mit dem Hafen Esbjerg insbesondere hinsichtlich laufender und geplanter Offshore-Projekte.

Güter- und Personenverkehr in den Häfen Schleswig-Holsteins im Jahr 2005

	Güterumschlag (in Millionen t brutto)			Passagiere (Anzahl)		
	2004	2005	Änderung in %	2004	2005	Änderung in %
Kiel	4,64	4,74	+ 2,2	1.302.711	1.562.937	+ 20,0
Lübeck	27,50	27,00	- 1,8	568.596	581.344	+ 2,2
Brunsbüttel	7,83	7,66	- 2,2	-	-	-
Puttgarden	3,58	3,82	+6,7	6.744.144	6.760.400	+ 0,2

Quelle: Hafenträger

4.7 Luftverkehr

Von dem dynamischen Wachstum des Luftverkehrs haben in den letzten Jahren in Deutschland vor allem größere Verkehrsflughäfen und solche Flughäfen profitiert, die von Low-Cost-Carriern im Liniendienst angeflogen wurden. Das Passagieraufkommen im Inlandsluftverkehr von und zu den Regionalflughäfen hat sich sowohl insgesamt als auch für die Mehrzahl der einzelnen Regionalflughäfen deutlich verringert.

Der Regionalluftverkehr in Deutschland wird derzeit von der Lufthansa und ihren Partnern dominiert. Damit stehen Streckenplanungen, die sich auf Einzelrouten beziehen, oftmals hinter strategischen Netzwerkplanungen zurück.

Verkehrsflughafen Hamburg

Nach dem gemeinsam mit Hamburg in Auftrag gegebenen Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der Flughäfen Hamburg und Schleswig-Holstein ist der Flughafen Hamburg unbestritten der internationale Verkehrsflughafen für Hamburg und Schleswig-Holstein. Seine Attraktivität hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, da der Zuwachs an Direktverbindungen von Hamburg die Notwendigkeit des Umsteigens an Drehkreuzen gesenkt hat. Ab Hamburg fliegen 65 Fluggesellschaften zu 110 Zielen in 39 Länder. Dies ist auch die Ursache für die Einstellung der letzten Linienverbindung ab Kiel nach Frankfurt am 23. Dezember letzten Jahres. Die derzeitig offiziell angegebene Kapazitätsgrenze von 15 Millionen Passagieren wird in etwa zehn Jahren erreicht. Es besteht die Möglichkeit, die Kapazität durch weiteren Ausbau und intensivere Nutzung der bisherigen Flughafeninfrastruktur in Fuhlsbüttel zu erhöhen.

Regionallughafen Kiel-Holtenau

Obwohl das Ausbauprogramm am Kiel Regionallughafen gestoppt ist, behält der Flugplatz seine bisherige Bedeutung. Für die Allgemeine Luftfahrt und für die Zieldarstellungsflüge stellt er eine wichtige Funktion dar. Daneben ist die Flughafengesellschaft intensiv bemüht, eine Airline für die Neuaufnahme einer Linienflugverbindung zu akquirieren.

Verkehrsflughafen Lübeck-Blankensee

Das Verkehrsaufkommen am Flughafen Lübeck-Blankensee ist geprägt durch europäische Linienverbindungen im Low-Cost-Bereich. Dabei setzt sich der positive Trend der Entwicklung wie in den Vorjahren fort. Die Zahl der Passagiere hat sich auf über 700.000 im Jahr 2005 erhöht.

Der Flughafen Lübeck-Blankensee bietet Linienflugverbindungen nach London, Stockholm, Mailand, Pisa und Dublin an. Die Fluggesellschaft Ryanair beabsichtigt weitere Destinationen von Lübeck aus zu bedienen. Ab März 2006 wird die ungarische Fluggesellschaft WIZZ Flüge im Low-Cost-Bereich nach Danzig anbieten.

Mit dem in Planung befindlichen Ausbauprojekt des Flughafens (Umsetzung bis 2008) wird der Flughafen Lübeck in die Lage versetzt, weitere Verkehre abzuwickeln.

Militärflugplatz Jagel

Am Militärflugplatz Jagel hat sich eine private Initiative (Airgate S-H) gegründet, die sich für eine zivile Mitnutzung einsetzt. Diese Bemühungen werden von Verkehrsministerium positiv begleitet.

5. Anlagen

5.1 Wirtschaftsförderung von A bis Z

Arbeitsmarktförderung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Kombilohn Schleswig-Holstein ASH A3	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein	www.bsh.sh	Lohnkostenzuschuss bei Einstellung von am Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Personen sowie Zuschuss zu den Qualifizierungskosten	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel.: 04321/9772-251 Fax: 04321/9772-64 E-Mail: ash2000@bsh.sh	
Innovationsassistent ASH M3	Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein	www.bsh.sh	Lohnkostenzuschuss bei Neueinstellung von Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen in bzw. für Innovationsvorhaben oder -prozesse	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel.: 04321/9772-253 Fax: 04321/9772-64 E-Mail: ash2000@bsh.sh	
weitere Arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen	u. a. Arbeitslose, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Existenzgründerinnen und Existenzgründer, Beschäftigungsträger	www.bsh.sh	Zuwendungen u. a. zu Lohnkosten, Existenzgründungen, Qualifizierungen	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Memellandstr. 2 24537 Neumünster Tel.: 04321/9772-200 Fax: 04321/9772-64 E-Mail: ash2000@bsh.sh	In „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ (ASH 2000) sind alle arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen des Landes zusammengefasst. Weitere Einzelmaßnahmen in dieser Tabelle unter den Stichworten: Aus- und Weiterbildung, Beratungsförderung und Existenzgründungen

Aus- und Weiterbildung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche ASH J 1	Zielgruppe der Maßnahme sind kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe und der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein	www.bsh.sh	Finanzieller Anreiz zur Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche, wie z. B. Altbewerber und Leistungsempfänger nach dem SGB II	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel.: 04321/9772-203 Fax: 04321/9772-63 E-Mail: ash2000@bsh.sh	Die Förderung ist vor Beginn der Ausbildung bei der BSH zu beantragen. Ausführliche Informationen unter der Internetadresse, dort auch Antragsformulare zum Downloaden.
Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) im Handwerk ASH J 3	Kleine und mittlere Betriebe die aus wirtschaftlichen und technischen Gründen nicht alle Anforderungen der Ausbildungsordnung an die betriebliche Ausbildung erfüllen können.	www.bsh.sh	Finanzielle Unterstützung von kleinen und mittleren Betrieben bei der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel.: 04321/9772-200 Fax: 04321/9772-63 E-Mail: ash2000@bsh.sh	Antragsberechtigt sind für die Träger der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung die Handwerkskammern Flensburg und Lübeck

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Berufsfördernder Sprachunterricht für junge Migrantinnen und Migranten ASH J 5	Migrantinnen und Migranten bis 25 Jahre deren Ausbildungsziel durch sprachliche und/oder interkulturelle Benachteiligung gefährdet ist oder die zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung ihre Deutschkenntnisse erweitern müssen	www.bsh.sh	-Deutschunterricht in differenzierten Leistungsstufen -Fachunterricht zur Nachbereitung des Schulstoffes oder zur Prüfungsvorbereitung -Fachsprachlicher Unterricht mit berufsspezifischen Inhalten	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel.: 04321/9772-423 Fax: 04321/9772-63 E-Mail: ash2000@bsh.sh	Antragsberechtigt sind Träger von Bildungseinrichtungen, die bereits über die notwendige Infrastruktur und Erfahrung verfügen
Regionale Ausbildungsbetreuung ASH J 6	Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen, um den hierdurch verursachten wirtschaftlichen Schaden zu minimieren	www.bsh.sh	Beratungsstellen, die Betriebe und Auszubildende unabhängig und kostenlos in Konfliktsituationen beraten	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Bianka Schlahn Tel. 0431/988-4647 E-Mail: bianka.schlahn@wimi.landsh.de	Das flächendeckende Netz von 10 Beratungsstellen ist bei örtlichen Trägern, wie WAK, Kreishandwerkerschaften, Kommunen o.a. angesiedelt.
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) (sog. „Meister-Bafög“)	Handwerker und andere Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung	www.meister-bafog.info www.ib-sh.de	Finanzielle Unterstützung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Silke Jahn Tel. (0431) 9905-3485 E-Mail: silke.jahn@ib-sh.de - Siegfried Erber Tel. (0431) 9905-3238 E-Mail: siegfried.erber@ib-sh.de Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Martina Benedetti Tel. (0431) 988-4776 E-Mail: martina.benedetti@wimi.landsh.de	Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Beratung und Antragstellung: Investitionsbank Schleswig-Holstein und durch Beratungsstellen vor Ort (siehe www.ib-sh.de)
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur investiven Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten der Aus- und Weiterbildung vom 24.7.2002 und 13.10.2004	Gemeinnützige und öffentliche Träger und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung Mittelbar: Auszubildende, Beschäftigte und Arbeitslose, die an Aus- und Weiterbildung teilnehmen	Amtsblatt Schl.-H. 2002 S. 454 und Amtsblatt Schl.-H. 2004 S. 854	Modernisierung von Berufsbildungsstätten (Bau, Umbau, Ausstattung)	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de -Edda Hamer Tel. (0431) 988-4646 E-Mail: edda.hamer@wimi.-landsh.de -Wiebke Foss Tel. (0431) 988-4524 E-Mail: wiebke.foss@wimi.-landsh.de	Die Förderung beträgt max. 50% der zuwendungsfähigen Investitionskosten.

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Weiterbildungsinfrastruktur in Schleswig-Holstein ASH Q 2	Weiterbildungsinstitutionen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger	Amtsblatt Schl.-H. 2004, S. 1018 www.bsh.sh	Förderung der regionalen Weiterbildungsverbände mit dem Ziel, die Kooperation und Koordination, die Information und Beratung sowie die Qualitätssicherung in der Weiterbildung zu verbessern	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein: www.landesregierung.schleswig-holstein.de -Birca Behling Tel. (0431) 988-4648 E-Mail: birca.behling@wimi-landsh.de Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH -Ingmar Siehl Tel. (04321) 9772-222 E-Mail: siehl@bsh.sh	Antragsberechtigt sind die elf regionalen Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein
Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von beruflicher Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein ASH Q 4	Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen und deren Betriebe	Amtsblatt Schl.-H. 2006, S. 6 www.bsh.sh	Förderung beruflicher Weiterbildungsseminare von Beschäftigten	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de -Birca Behling Tel. (0431) 988-4648 E-Mail: birca.behling@wimi.landsh.de Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH -Grit Sattler Tel. (04321) 9772-254 E-Mail: sattler@bsh.sh	Antragberechtigt sind die Beschäftigten oder die Institutionen der Weiterbildung
Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen ASH Q 1	Wiedereinsteigerinnen	www.bsh.sh	Förderung von beruflichen Orientierungskursen für Frauen	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH - Ingrid Krebs Tel. (04321) 9772-218 E-Mail: krebs@bsh.sh	Antragsberechtigt sind Institutionen der Weiterbildung

Außenwirtschaftsförderung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an mittelständische Unternehmen zur Förderung der Markterschließung im Ausland (Außenwirtschaftsförderungsrichtlinie – AWR)	Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2005, S. 1135 ff	Erstmalige Beratung zur Beurteilung von Exportchancen Beteiligung an Messen im Ausland Gemeinschaftliche Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Ausland Beteiligungen an Firmengemeinschaftsbüros im (außereuropäischen) Ausland	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), Lorentzendam 24 24103 Kiel www.wtsh.de - Frau Iris Krigar, Tel. (0431) 66 66 6 – 844 E-Mail: krigar@wtsh.de	Details zu dem Programm: www.wtsh.de/wtsh/de/foerderung/forderung.php

Beratungsförderung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Potenzialberatung ASH M 2	Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Freie Berufe in Schleswig-Holstein	www.bsh.sh	Förderung von Modernisierungsprozessen mit Beschäftigungseffekten Verbesserung der Kreditversorgung bei KMU Beratung in Zusammenhang mit Finanzierungsanträgen Der Zuschuss zu den Beratungskosten beträgt 45%, max. 400€ pro Beratungstag Bei kleinen Unternehmen (max. 49 MA) werden bis zu 10 Tagessätze, bei Beratung in Zusammenhang mit Finanzierungsanträgen zusätzlich bis zu 14 Tagessätze gefördert Bei mittleren Unternehmen (50-250 MA) werden bis zu 15 Tagessätze, bei Beratung in Zusammenhang mit Finanzierungsanträgen zusätzlich bis zu 17 Tagessätze gefördert.	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Memellandstr. 2 24537 Neumünster Tel.: 04321/9772-252 Fax: 04321/9772-64 E-Mail: ash2000@bsh.sh	In Zusammenarbeit mit der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH ist ein spezielles Förderangebot für Unternehmen mit schwächerer Bonität zur Schaffung der erforderlichen Transparenz für Kredit- und Bürgschaftsentscheidungen („KMU-System“) entwickelt worden. Infos und Antragsformulare für das verzahnte Finanzierungs- und Beratungsförderangebot auch unter www.buergschaftsbank-sh.de oder unter Tel. 0431/5938-138 bei der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH Antragsfrist für das KMU-System: bis 30.11.2006
Gründercoaching	Gründer und Jungunternehmer in Schleswig-Holstein beim Aufbau des Unternehmens in den ersten 5 Jahren nach Gründung		Beratung durch auditierte Berater in der Aufbau- und Festigungsphase Die Beratungen werden mit einem Zuschuss von 50%,	zuständige IHK bzw. Handwerkskammer	Antragstellung im Rahmen der gemeinsamen Sprechstage von IHK, IB und KfW Bearbeitung und Begleitung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
			max. 160 € pro Tag und für max. 10 Beratungstage gefördert. Das Beratungshonorar darf den Tagessatz von 750 € nicht überschreiten		durch die IHK Ausgeschlossen von der Förderung sind Unternehmen in Schwierigkeiten, für diese besteht die Möglichkeit der Teilnahme am „Runden Tisch“
Weitere Programme zur Beratung von Existenzgründern siehe unter Existenzgründungsberatung und -finanzierung					

Beteiligungen

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Sonderdarlehen der IB (Mezzaninkapital)	Verbesserung der Eigenkapitalausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen (Mezzaninkapital) sowie wachstumsorientierter Unternehmen (incl. Handwerksunternehmen)		Einsatz des Sonderdarlehens zur Wachstumsfinanzierung und Festigung der Existenz von Unternehmen. Das Sonderdarlehen wird im einzelnen gewährt zur Mitfinanzierung: - investiver Maßnahmen (vorrangig) - des Umlaufvermögens - von Nachfolgeregelungen - Unternehmensübernahmen - von Außenwirtschaftsaktivitäten, wenn hierdurch zusätzliche Märkte neu erschlossen oder verstärkt bearbeitet werden und damit die Ertragskraft des in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmens nachhaltig gestärkt wird.	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Thomas Ott Tel. (0431) 9905-3071 E-Mail: thomas.ott@ib-sh.de	Antragstellung über die Hausbank
Stille Beteiligungen (im Ausnahmefall offene Beteiligungen) der MBG - -ERP-Beteiligungsprogramm - -Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze - EFRE-Fonds - Technologie- und Innovationsfonds	- Innovative, technologie- und ökologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen - Innovative Dienstleistungsunternehmen - Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in Wachstumsbranchen einschl. Handwerksbetriebe		Bereitstellung von Beteiligungskapital für: - mittelständische Unternehmen - innovative Existenzgründer - Markteinführung und Wachstum - Unternehmensfortführungen und Nachfolgeregelungen - Unterstützung von Außenhandelsaktivitäten	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) www.mbg-sh.de - Dr. Gerd-Rüdiger Steffen Tel. (0431) 66701-3580 E-Mail: gerd-ruediger.steffen@mbg-sh.de - Uwe Thomsen Tel. (0431) 66701-3585 E-Mail: uwe.thomsen@mbg-sh.de	Antragstellung über die Hausbank oder direkt an die MBG

Initiative „Biomasse und Energie“

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie zur Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum durch das Land Schleswig-Holstein	Träger öffentlicher Verwaltungen (Gemeinden, Kreise, Ämter, Zweckverbände); Natürliche und juristische Personen des privaten Rechts	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2001, S. 232 und 2004, S. 1166	<ul style="list-style-type: none"> - Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse und Biogas-Gemeinschaftsanlagen ohne oder in Verbindung mit der Errichtung von Wärmenetzen inkl. Hausanschlussleitungen, Netz- und Steuertechnik, Übergabestationen in Netz- und Anschlussstationen; - Peripherieaufwendungen (u.a. Lagerraum, Spezial- und Transportmaschinen, Pumplogistik bei Biomasseanlagen) in Verbindung mit Anlagen zur Nutzung von Biomasse und Biogas; - Maßnahmen und Vorhaben zur Brennstoffbeschaffung, -aufbereitung und -logistik in Verbindung mit Anlagen zur Nutzung von Biomasse und Biogas 	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Energieagentur Erik Brauer Tel.: (0431)9905-3660 E-Mail: erik.brauer@ib-sh.de - Förderprogramme Klaus Meier Tel.: (0431) 9905-3673 E-Mail: klaus.meier@ib-sh.de	Gemeinsames Förderprogramm des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein und des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein Die Richtlinie gilt bis Ende 2006

Bürgschaften

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Bürgschaften der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Freiberufler, Existenzgründungen		Bis zu 80 %-ige Ausfallbürgschaften für Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkredite. z.T. sind die Bürgschaften verknüpft mit begleitender Beratung	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH www.buergschaftsbank-sh.de - Jürgen Wilkniss Tel. (0431) 5938-133 E-Mail: juergen.wilkniss@buergschaftsbank-sh.de	Antragstellung über Hausbank.
Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein	Förderung der gewerblichen Wirtschaft in besonderen Fällen		Bürgschaften für Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkredite.	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de	Antragstellung über Hausbank.

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
				- Michael Kopp Tel. (0431) 988-4582 E-Mail: michael.kopp@wimi.landsh.de - Rolf Kraemer Tel. (0431) 988-4583 E-Mail: rolf.kraemer@wimi.landsh.de	

Business-to-Business (Elektronischer Geschäftsverkehr)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs Business-to-Business B2B-Richtlinie v. 12.04.2005	Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte im schleswig-holsteinischen Ziel 2-Gebiet	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2005, S. 418ff.	Die Beratung, Konzeptentwicklung und Umsetzung bezüglich: <ul style="list-style-type: none"> - der externen und internen Kommunikationsprozesse, - der Verflechtung und der Verfahrensabläufe hinsichtlich Lieferanten und Geschäftskunden, - der Ablauf- und Aufbauorganisation für den elektronischen Geschäftsverkehr, - der Logistik, des Marketing, des Vertriebs, der Kundenbeziehungen und -bindungen (Customer Relations Management = CRM) unter maßgeblicher Verwendung von Internet und/oder Mobilkommunikation - der Datensicherheit, der Verschlüsselung, der elektronischen Signatur und der elektronischen Zahlungssysteme Die Schulung, Qualifizierung und Evaluierung.	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Günter Stelck Tel.: 0431/988-4639 E-Mail: guenter.stelck@wimi.landsh.de	Abwicklung durch: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH Lorentzendam 24 24103 Kiel www.wtsh.de - Reinhold Pientak Tel.: (0431) 66 66 6 - 840 E-Mail: pientak@wtsh.de - Rita Wanke Tel. (0431) 66 66 6 - 846 E-Mail: r.wanke@wtsh.de Details zu dem Programm: www.wtsh.de/wtsh/de/foerderung/forderung.php Mindestprojektvolumen ca. 100.000 Euro Förderhöchstvolumen 300.000 Euro

Darlehen

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Investitionsdarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		Mitfinanzierung von Investitionen im Rahmen von Existenzgründungen, Neuansiedlungen, Verlagerungen, Erweiterungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Reinvestitionen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de Thomas Ott Tel. (0431) 9905-3071 E-Mail: thomas.ott@ib-sh.de	Antragstellung über die Hausbank
Betriebsmitteldarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		Langfristige Mit- und Umfinanzierung eines Teils der Vorräte (Bodensatz) und langfristige Umschuldung bisher kurzfristig finanzierter Investitionen, um das Zinssteigerungsrisiko zu verringern Mittelfristiger Betriebsbedarf	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Thomas Ott Tel. (0431) 9905-3071 E-Mail: thomas.ott@ib-sh.de	Antragstellung über die Hausbank
Kooperationsdarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bis Ratingklasse 3		Mitfinanzierung von Investitionen (harte und weiche) sowie der Vorräte (Neugeschäft) zur Sicherung bestehender oder Schaffung neuer Arbeitsplätze; Übernahme von Kreditbeständen (Bestandsgeschäfte)	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Thomas Ott Tel. (0431) 9905-3071 E-Mail: thomas.ott@ib-sh.de	Antragstellung erfolgt über die Hausbank
IB.KMUDirekt	Kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ab dem 3. Jahr nach Gründung		Finanzierung von Investitionen im Anlage- und Umlaufvermögen -Kleine Unternehmen bis zu 49 Mitarbeiter: Darlehen von 25 bis zu 100 T€ ausschließlich durch die IB -mittlere Unternehmen von 50 bis 249 Mitarbeiter: Darlehen von 50 bis zu 200 T€ durch die IB bei Beteiligung der Hausbank in gleicher Höhe	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Dr. Kurt Puls Tel. (0431) 9905-3367 Fax (0431) 9905-63367 e-mail: kurt.puls@ib-sh.de	

Energiewirtschaft

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen im Energiebereich im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds	u. a. Wohnungsunternehmen, Kommunen, Hausbesitzer	wird demnächst veröffentlicht	<ul style="list-style-type: none"> - Energieoptimierte Gebäudesanierung - Energiesparende Neubauvorhaben - Einbau von Vakuuminisolationspaneele als Wärmedämmung - Maßnahmen der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und Festkörperbatterien - Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung - Errichtung und Erweiterung von Wärmenetzen - Entwicklungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben 	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Förderprogramme Claus Kühne Tel.: (0431) 9905 – 3670 E-Mail: claus.kuehne@ib-sh.de	

Ernährungswirtschaft

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Vermarktungseinrichtungen, Erzeugergemeinschaften - Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse 	Amtsblatt Schl.-H. 2000, S. 746	Verbesserung und Rationalisierung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung der schleswig-holsteinischen Agrarwirtschaft. Dies kann insbesondere erreicht werden durch: <ul style="list-style-type: none"> - Ausrichtung der Erzeugung an der voraussichtlichen Marktentwicklung oder Entwicklung neuer Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse - Verbesserung oder Rationalisierung der Vermarktungswege - Verbesserung der Präsentation und Gestaltung der Erzeugnisse - Verbesserung der Nutzung oder Entsorgung der Neben- 	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Herr Tiedemann Tel.: 0431/988-5228, E-Mail: heinz.tiedemann@wimi.landsh.de - Herr Wehking Tel.: 0431/988-5236 E-Mail: dietmar.wehking@wimi.landsh.de	Die Richtlinie gilt bis Ende 2006

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
			<p>erzeugnisse und Abfälle</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anwendung innovativer Techniken - Erhöhung der Verarbeitungstiefe - Verbesserung und Überwachung der Hygienebedingungen und der Qualität - Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze - Schutz der Umwelt <p>Gefördert werden Investitionen zur Durchführung dieser Maßnahmen mit einem Zuschuss in Höhe von 20% zu den förderfähigen Investitionskosten.</p>		
<p>Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vermarktungseinrichtungen, Erzeugergemeinschaften - Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; u.a. im Sinne der EG-Öko-VO 2092/92 	<p>Richtlinien vom 8. März 2001 VIII 406/7392.12 (nicht im Amtsblatt veröffentlicht)</p>	<p>Verbesserung und Rationalisierung der Verarbeitung und Vermarktung regional oder ökologisch erzeugter landwirtschaftlicher Produkte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung der schleswig-holsteinischen Agrarwirtschaft. Dies kann insbesondere erreicht werden durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Investitionen zur Verbesserung der Vermarktungseinrichtungen - Verbesserung oder Rationalisierung der Vermarktungswege - Erhöhung der Verarbeitungstiefe - Verbesserung und Überwachung der Hygienebedingungen und der Qualität - Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze - Schutz der Umwelt <p>Gefördert werden Investitionen zur Durchführung dieser Maßnahmen mit einem Zuschuss in Höhe von 20% zu den förderfähigen Investitionskosten.</p>	<p>Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herr Tiedemann Tel.: 0431/988-5228, E-Mail: heinz.tiedemann@wimi.landsh.de - Herr Wehking Tel.: 0431/988-5236 E-Mail: dietmar.wehking@wimi.landsh.de 	<p>Die Richtlinie gilt bis Ende 2006</p>

Existenzgründungsberatung und -finanzierung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Förderberatung Wirtschaft bei der Investitionsbank (Förderlotse)	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Existenzgründerinnen und Existenzgründer		Wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten aus Programmen des Bundes und des Landes. Hilfestellung bei der Optimierung von Businessplänen im Vorfeld von Bankgesprächen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Dr. Kurt Puls Tel. (0431) 9905-3367 Fax (0431) 9905-63367 e-mail: kurt.puls@ib-sh.de - Norman Stahl Tel. (0431) 9905-3368 Fax (0431) 9905-63368 e-mail: norman.stahl@ib-sh.de	
IB.Existenzgründerinnen Beratung	Existenzgründerinnen		Beratungsleistungen für den besonderen Beratungsbedarf von Gründerinnen Hilfestellung bei der Optimierung von Businessplänen im Vorfeld von Bankgesprächen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Katharina Preusse Tel. (0431) 9905-3364 Fax. (0431) 9905-63364 e-mail: katharina.preusse@ib-sh.de - Ulrike Kiehne Tel. (0431) 9905-3363 Fax. (0431) 9905-63363 e-mail: ulrike.kiehne@ib-sh.de	
Starthilfe Schleswig-Holstein	Existenzgründerinnen und Existenzgründer		Übernahme der Hausbankfunktion durch die Investitionsbank SH für Gründungsvorhaben mit einem Fremdfinanzierungsbedarf für Investitionen bis 100.000 € und/oder einem Betriebsmittelbedarf bis 50.000 €; begleitende Beratung, Kennzahlen-Reporting und Existenzaufbauberatung	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de Entgegennahme des Antrags und Finanzierungsbearbeitung: - Daniela Schmidtke Tel. (0431) 9905-3461 Fax (0431) 9905-3529 e-mail: daniela.schmidtke@ib-sh.de - Thomas Fleischer Tel. (0431) 9905-3203 Fax (0431) 9905-3529 e-mail: thomas.fleischer@ib-sh.de	
Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus ASH E1	Existenzgründerinnen und –gründer, die sich mit Hilfe des von der Arbeitsverwaltung gezahlten Überbrückungsgel-	www.bsh.sh	Gegenstand der Förderung sind die Kosten der sozialen Absicherung der Gründerinnen und Gründer. Der einmalige	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH Tel. (04321)-9772-419	Es können nur Gründungen in den strukturschwachen Landesteilen des schleswig-holsteinischen Ziel 2 Gebietes

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
	des aus der Arbeitslosigkeit heraus selbstständig machen		Zuschuss beträgt maximal 4.000 €.	e-mail: ash2000@bsh.sh	gefördert werden.
Bildungs- und Beratungszentrum für Existenzgründerinnen	Existenzgründerinnen	www.fexinet.de	Unterstützung und Beratung von Frauen bei den spezifischen Fragestellungen zur Unternehmensgründung, sowie Begleitung der Existenzgründerinnen von der Idee an bis in die berufliche Selbständigkeit.	Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.: www.frauennetzwerk-sh.de - Steffi Harms Tel: (0431) 678830 Fax (0431) 665206 e-mail: kontakt@frauennetzwerk-sh.de	
Gründerstipendien plus	Absolventen und Mitarbeiter an Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungsinstituten	www.i-sh.org	Gründungsstipendien für die ersten sechs Monate einer Existenzgründung zur Unterstützung von Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungsinstituten	Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) Lorentzendam 24 24103 Kiel www.i-sh.org - Mareike Harms Tel.: 0431/9805-830 e-mail: harms@i-sh.org - Dr. Klaus Wortmann Tel.: 0431/9805-880 e-mail: wortmann@i-sh.org	Voraussetzungen: - Technologieorientierte Geschäftsidee (Produkt oder Dienstleistung) - abgeschlossenes Hochschulstudium, Hochschulzugehörigkeit liegt nicht länger als fünf Jahre zurück - Hochschule stellt unentgeltlichen Arbeitsplatz - Unterstützung durch wissenschaftlichen/betriebswirtschaftlichen Mentor - formloser Antrag an die ISH mit anschließender Präsentation der Idee vor einer Jury
Weitere Förderprogramm unter Beratungsförderung, Beteiligungen, Bürgschaften und Darlehen Auf weitere Hilfestellung bei der Finanzierung von Existenzgründungen durch Bürgschaften der Bürgschaftsbank und Darlehen der Investitionsbank und Beteiligungen der MBG wird verwiesen.					

Fischwirtschaft

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), Gemeinschaftsprogramm „Fischerei“ Deutschland außerhalb Ziel 1 2000 – 2006 Ab 2007 Europäischer Fischereifonds	Unternehmen der Kutter- und Küstenfischerei, der Binnenfischerei und Aquakultur sowie der Fischwirtschaft	Verordnung (EG) Nr. 2792 / 1999 des Rates vom 17. Dez. 1999 (EU-Abl. L 337/10 v. 30.12.1999), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 485 / 2005 des Rates vom 16.03.2005 (EU-Abl. L 81/1 v. 30.03.2005)	- Modernisierung von Fischereifahrzeugen der Kutter- und Binnenfischerei - Investitionen von Verarbeitungs- und Vermarktungsbetrieben der Fischwirtschaft - Investitionsvorhaben der Aquakultur - Ausbau von Fischereihäfen - Innovative Maßnahmen / Pilotvorhaben der Fischerei und Aquakultur	Amt für ländliche Räume Kiel Abt. Fischerei - Herr Momme, Tel.: 0431/72080-17 E-Mail: martin.momme@fischerei.la-kiel.landsh.de	Die für die Kofinanzierung durch Landesmittel geltenden Landesrichtlinien sind unter www.landwirtschaftsministerium.m.schleswig-holstein.de abrufbar. Neu: www.landesregierung.schleswig-holstein.de "Förderprogramm/Fischerei"

Forschung und Entwicklung / Technologietransfer

siehe Innovationsförderung

Informationstechnologie, Telekommunikation und Medien

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie zur Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien	Öffentliche Träger oder gleichgestellte natürliche / juristische Personen	Amtsblatt Schl.-H. 2002, S. 522 geändert: Amtsblatt Schl.-H. 2003, S. 80 www.clusterinitiative-sh.de	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau wettbewerbsneutraler öffentlicher Beratungsinfrastrukturen für KMU - Anwendungen moderner IuK-Technologien im öffentlichen Bereich mit Nutzen für KMU - Schaffung von Telearbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen - Traditionelle Branchen zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit - neue IuK-Anwendungen im Bereich Mobile Kommunikation - IuK-Anwendungen zur Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die Umwelt und zur Förderung der Gleichstellung weiblicher Beschäftigter 	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Günter Stelck Tel.: 0431/988-4639 e-mail: guenter.stelck@wimi.landsh.de	Förderung im Rahmen des Regionalprogramm 2000 (siehe unten)
e-Region Richtlinie Förderprogramm: e-Region Plus	Öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, Vereine, Verbände und Institutionen	Amtsblatt Schl.-H. 2005 vom 31.01.2005, S. 107ff. www.clusterinitiative-sh.de	<ul style="list-style-type: none"> - Innovative Anwendungen aus dem Bereich - e-Government - e-Health - e-Content (e-Entertainment, e-Edutainment, Datenschutz/Datensicherheit, Usability, barrierefreier Internetzugang, etc.) 	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de Ingke Rahtje-Siebert Tel.: 0431/988-4774 E-Mail: ingke.rahtje-siebert@wimi.landsh.de	

Innovationsförderung

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Hochschule – Wirtschaft – Transfer (HWT)	Bewerber können sich Forscher und Forscherinnen aller staatlichen Hochschule des Landes, sofern sie bei dem	www.i-sh.org	Gefördert werden Projekte zu praxisrelevante Themen, die in enger Zusammenarbeit zwischen Forschern an den Hoch-	Innovationsstiftung Schleswig-Holstein Dr. Steffen Lüsse Tel.: (0431) 9805 840	Die kooperierenden Unternehmen verpflichten sich mindestens 20 % der Projektkosten zu tragen

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
	eingereichten Projekt mit mindestens einem Unternehmen aus Schleswig-Holstein kooperieren		schulen und Unternehmen bearbeitet werden.	E-Mail: luesse@i-sh.org	
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung betrieblicher Innovationen	Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein.	Amtsblatt Schleswig-Holstein 2003, S. 2	<p>Gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung und vorwettbewerblichen Entwicklung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - sich durch Umfang und Komplexität der zu lösenden Aufgaben deutlich von routinemäßigen Tätigkeiten des Unternehmens unterscheiden, - in innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen umgesetzt werden sollen, - auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens abzielen und - dadurch die Schaffung und Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erwarten lassen. <p>(Basisinnovationen)</p> <p>Bevorzugt gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung und vorwettbewerblichen Entwicklung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf die erstmalige Anwendung besonders zukunfts-trächtiger Technologien und die Realisierung von Technologieführerschaften ausgerichtet sind oder - auf die erstmalige Umsetzung technischer Lösungen in international wettbewerbsfähige Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen und die Erlangung der Marktführerschaft abzielen und - dadurch die Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erwarten lassen <p>(Spitzeninnovationen)</p>	<p>Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH Lorentzendam 24 24103 Kiel www.wtsh.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reinhold Pientak Tel.: (0431) 66 66 6 - 840 E-Mail: pientak@wtsh.de - Martin Eckhard Tel. (0431) 66 66 6 - 842 E-Mail: eckhard@wtsh.de - Katja Täubert Tel. (0431) 66 66 6 - 847 E-Mail: taeubert@wtsh.de 	<p>Mindestprojektvolumen 150.000 Euro bei Basis- und Spitzeninnovationen, 10.000 Euro bei Innovationsberatungen</p> <p>Förderhöchstvolumen 500.000 Euro bei Basisinnovationen, 12.500 Euro bei Innovationsberatungen</p> <p>Details zu dem Programm: www.wtsh.de/wtsh/de/foerderung/forderung.php</p> <p>Förderanträge aus dem Bereich der Life Sciences unterliegen ggf. einem gesonderten, kooperativ mit der norgenta GmbH wirksamen, Abwicklungsverfahren.</p> <p>norgenta GmbH Falkenried 88 20251 Hamburg www.norgenta.de Ansprechpartnerin: Dr. Kathrin Adlkofer Tel. (040) 47196-411</p>

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
			<p>Gefördert werden Vorhaben der innovationsunterstützenden externen Beratung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - unabhängig von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur Optimierung von Innovationsprozessen beitragen und sich deutlich von routinemäßigen Tätigkeiten des Unternehmens unterscheiden oder - im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten nach Maßgabe der Richtlinie erfolgen und die Umsetzung in innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen unterstützen <p>(Innovationsberatungen)</p>		
<p>Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Hochschulen, - öffentliche, nicht gewinnorientierte Forschungs- und Transfereinrichtungen sowie - Unternehmen, die per Kooperationsvereinbarung in Verbundprojekte eingebunden sind, mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein. 	<p>Amtsblatt Schl.-H. 2001 S. 206 Änderungen: Amtsblatt Schl.-H. 2003 S. 5</p>	<p>Gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - die technisch-wissenschaftliche Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen schaffen, - dem Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dienen oder - auf den Auf- und Ausbau der Forschungskompetenz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen abzielen. 	<p>Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dr. Bernd Roß Tel.: (0431) 988-4546 E-Mail: bernd.ross@wimi.landsh.de - Kirstin Folger Lüdersen Tel.: (0431) 988-4650 E-Mail: kirstin.folger-luedersen@wimi.landsh.de 	<p>Für Vorhaben aus dem Bereich Life Science / Medizintechnik: Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH www.wtsh.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reinhold Pientak Tel.: (0431) 66 66 6 - 840 E-Mail: pientak@wtsh.de <p>Details zu dem Programm: www.wtsh.de/wtsh/de/foerderung/forderung.php</p> <p>Förderanträge aus dem Bereich der Life Sciences unterliegen ggf. einem gesonderten, kooperativ mit der norgenta GmbH wirksamen, Abwicklungsverfahren.</p> <p>norgenta GmbH Falkenried 88 20251 Hamburg www.norgenta.de Ansprechpartnerin: Dr. Kathrin Adlkofer Telefon: (040) 47196-411</p>

Investitionsförderung (einzelbetrieblich)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	Unternehmen Schwerpunkt: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	GA-Rahmenplan in der jeweils geltenden Fassung; Ergänzende Grundsätze für die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen von GA und EFRE: Amtsblatt Schl.-H. 2004, Seite 401; Sonderprogramm zur Modernisierung kleiner Tourismusunternehmen, Amtsblatt Schl.-H. 2004, S. 1089; Änderung wegen neuer Konversionsstandorte, Amtsblatt Schl.-H. 2005, S. 25 www.ib-sh.de/IB/jsp/DatenbankErgebnisse.jsp?key=50&color=blau	Errichtung, Erweiterung, Erweiterungsverlagerung einer Betriebsstätte; in Ausnahmefällen: Umstellung/Rationalisierung; Erwerb einer stillgelegten oder aus betriebswirtschaftlichen Gründen von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte, Integriert: <i>Sonderprogramm für Modernisierung kleiner Tourismusunternehmen</i>	Investitionsbank Schleswig-Holstein Erhard Jureit Tel. (0431) 9905-3215 Fax (0431) 9905-3255 E-Mail: erhard.jureit@ib-sh.de	Die Förderung erfolgt nur in bestimmten Regionen des Landes. Anträge sind vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Näheres unter der Internetadresse www.ib-sh.de Dort auch download von Antragsvordrucken.
Förderung von Modernisierungsvorhaben gewerblicher touristischer Unternehmen aus Mitteln des Schleswig-Holstein-Fonds	Kleine gewerbliche Unternehmen des Tourismusbereichs	Amtsblatt Schl.-H. 2005, S. 1133; www.ib-sh.de/tourismus	Qualitätssteigernde Modernisierungsvorhaben von kleinen gewerblichen Unternehmen im Tourismus	Investitionsbank Schleswig-Holstein Erhard Jureit Tel. (0431) 9905-3215 Fax (0431) 9905-3255 E-Mail: erhard.jureit@ib-sh.de Norman Stahl Tel. (0431) 9905-3368 Fax (0431) 9905-63368 E-Mail: norman.stahl@ib-sh.de Dr. Kurt Puls Tel. (0431) 9905-3367 Fax (0431) 9905-63367 E-Mail: kurt.puls@ib-sh.de	Förderung nur in touristisch relevanten Orten in den strukturschwachen Regionen des Landes; keine Förderung in den Kreisen Pinneberg (mit Ausnahme von Helgoland), Segeberg, Steinburg und Stormarn möglich. Richtlinie und Antrag zum Download unter: www.ib-sh.de/tourismus

Konversion

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Konversion Südliches Schleswig-Holstein Förderrichtlinie KSSH	Besonders stark betroffene Kommunen in den Kreisen Pinneberg, Segeberg, Steinburg und Stormarn	Förderrichtlinie KSSH; Amtsblatt Schl.-H. 2005, S. 159	Gefördert werden können Projekte zur Unterstützung des Konversionsprozesses: -Machbarkeitsstudien -Entwicklungsgutachten	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de -Rüdiger Balduhn	Die Laufzeit des Programms ist befristet bis zum 31.12.2006. Über die Errichtung des Schleswig-Holstein Fonds soll

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
			-Konversionsmanagements In begründeten Einzelfällen können darüber hinaus planerische Leistungen für vorbereitende Rahmenkonzepte; professionelle Kommunikationsinstrumente für Informations- und Publizitätsmaßnahmen für die Vermarktung frei werdender Bundeswehrliegenschaften gefördert werden	Tel.: 0431/988-4526 E-Mail: ruedi-ger.balduhn@wimi.landsh.de -Karen Leuow Tel. 0431/988-4525 E-Mail: karen.leuow@wimi.landsh.de -Günther Biener Tel.: 0431/988-4613 E-Mail: guenter.biener@wimi.landsh.de -Rainer Glüsing Tel. 0431/988-5507 E-Mail: rainer.glusing@wimi.landsh.de	dieses Programm bis zum 31.12.2009 verlängert und von bisher 2,0 auf 5,5 Mio. € aufgestockt werden.

Regionalprogramm 2000 (Infrastrukturförderung)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Wachstum und Beschäftigung – das <i>Regionalprogramm 2000</i> Auswahl- und Fördergrundsätze für das Regionalprogramm 2000 – AFG-RP 2000	Öffentliche Träger, Organisationen der Wirtschaft, Gemeinden und Gemeindeverbände, unter bestimmten Bedingungen auch natürliche und juristische Personen, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Die Fördergebietskulisse des Regionalprogramm umfasst die Regionen - Westküste (Kreise Nordfriesland und Dithmarschen sowie die Gemeinde Büttel und die Insel Helgoland) - Flensburg/Schleswig (Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg) - K.E.R.N. (Städte Kiel und Neumünster, Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde) - Ostholstein/Lübeck/ Lauenburg	1. Amtsblatt Schleswig-Holstein: Auswahl- und Fördergrundsätze für das Regionalprogramm 2000 vom 19. Juli 2002 (Amtsblatt Schl.-H. S. 446) zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 21.6.2005 (Amtsblatt Schl.-H. S. 592). 2. Im Internet auf der Homepage der Landesregierung: www.gemeinsamhandeln.schleswig-holstein.de	Projekte zur Unterstützung des Strukturwandels in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Förderbereiche: (1) Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen einschließlich Gewerbeparks (2) Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung (3) Errichtung oder Ausbau von Technologie-, Tele-, Innovations- oder Gründerinnen- und Gründerzentren sowie Gewerbehöfen (4) Aufbau und Optimierung der Beratungs- und Dienstleistungsinfrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen (5) Förderung des Tourismus (6) Entwicklung des technologischen Potenzials sowie Maßnahmen im Bereich	Die Anträge für Infrastrukturprojekte sind bei den regional zuständigen Geschäftsstellen für das Regionalprogramm einzureichen. Eine Liste der regionalen Ansprechpersonen ist über das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft, und Verkehr und auch im Internet (s. Fundstelle des Programms) verfügbar. Programmkoordination: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Doris Roloff Telefon: 0431/988-4520 Telefax 0431/988-4812 - Region KERN: Silke Rieger Telefon 0431/988-4722 E-Mail: silke.rieger@wimi.de	Das Regionalprogramm 2000 bildet das Dach für die regionale Wirtschaftsförderung in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins für - die Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach dem Ziel 2, - die Phasing-Out-Förderung aus dem EFRE für Teile der bisherigen Ziel 5b-Gebietskulisse, - die Infrastrukturförderung und die Förderung von Regionalmanagements aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und - eine ergänzende Förderung mit Landesmitteln.

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
	(Kreis Ostholstein und Stadt Lübeck – sowie ab 2004 der Kreis Herzogtum Lauenburg)		<p>des Technologietransfers (auch im Hinblick auf umwelt- und energiepolitische Ziele)</p> <p>(7) Wirtschaftliche Nutzung von Informations- und Kommunikations-Technologien</p> <p>(8) Hafenbaumaßnahmen</p> <p>(9) Maßnahmen im Rahmen integrierter Konzepte im ländlichen Raum sowie - vorzugsweise in Verbindung mit Städtebauförderungsmitteln - für städtische Problemgebiete, soweit damit die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird</p> <p>(10) Multifunktionale Einrichtungen zur Verbesserung der lokalen Wirtschaftsstruktur</p> <p>(11) Flughäfen</p> <p>(12) Gutachten zu Maßnahmen der o.a. Maßnahmenbereiche 1 bis 11, Entwicklungskonzepte, Regionalmanagements</p>	<p>landsh.de</p> <p>- Region Ostholstein/Lübeck/Lauenburg Birgit Greger Telefon 0431/988-4721 E-Mail: birgit.greger@wimi.landsh.de</p> <p>- Regionen Westküste und Flensburg/Schleswig Doris Stachowitz Telefon 0431/988-4608 E-Mail: doris.stachowitz@wimi.landsh.de</p>	

Schiffbau/Schifffahrt

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Landesbürgschaften für Schiffbau/Schifffahrt	Schiffbaubetriebe und Schifffahrtsunternehmen in Schleswig-Holstein.	Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein vom 1.2.1991, Amtsblatt 1991, Seite 95	Bürgschaften können insbesondere zur Besicherung von Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkrediten übernommen werden. Das Bürgschaftsinstrumentarium wird ferner für Kredite zur Finanzierung von Schiffsneubauten und größeren Umbauten eingesetzt.	<p>Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <p>- Bernd Schriewer Telefon. 0431/988-4541 Telefax. 0431/988-4812</p> <p>- Günther Loob Telefon: 0431/988-4596 Telefax: 0431/988-4812</p>	

Tourismus (Infrastruktur)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen	Gemeinden und Gemeindeverbände	Amtsblatt Schl.-H. vom 25.02.2004	Kurmittel- und Wellnesseinrichtungen, Häuser des Gastes, Promenaden, Hallen- und Freibäder, Kurparkanlagen, Rad-, Reit- und Wanderwege, Hard- und Software für Informations- und Reservierungssysteme, u.a.	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Rainer Helle Tel. (0431) 988-4544 E-Mail: rainer.helle@wimi.landsh.de - Fanny Biadacz Tel. (0431) 988-4654 E-Mail: fanny.biadacz@wimi.landsh.de	Die Förderung erfolgt im Rahmen des Regionalprogramm 2000.
Förderung gewerblicher touristischer Unternehmen siehe Investitionsförderung (einzelbetrieblich)					

5.2 Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner zum Schleswig-Holstein Fonds

Beschäftigung

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze	Reiner Bars	0431/988-4643	reiner.bars@wimi.landsh.de
MJAE	Integration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung oder Arbeit	Maren Staeps	0431/988-5633	maren.staeps@jumi.landsh.de
MJAE	Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	Dieter Treuer	0431/988-5632	dieter.treuer@jumi.landsh.de
MJAE	Förderung von kommunalen sozialen Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem SGB II	Angela Wenzel	0431/988-2643	angela.wenzel@jumi.landsh.de

Energiewirtschaft und -technologie

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Förderprogramm zur Beistellung von Blockheizkraftwerken an bestehende Heizanlagen (Objekt-BHKW)	Ralf Radloff	0431/988-4270	ralf.radloff@wimi.landsh.de
MWV	Wasserstoff- und Brennstoffzellen technologie und Festkörperbatterien	Bernd Liepner Dr. Gustav Sauer	0431/988-4234 0431/988-4250	bernd.liepner@wimi.landsh.de gustav.sauer@wimi.landsh.de
MLUR/MWV	Initiative „Biomasse und Energie“	Bernd Maier-Staud Wolfgang Schulz	0431/988-4942 0431/988-4272	bernd.maier-staud@mlur.landsh.de wolfgang.schulz@wimi.landsh.de
MWV	Errichtung und Erweiterung von Wärmenetzen	Ralf Radloff (Errichtung) Wolfgang Schulz (Erweiterung)	0431/988-4270 0431/988-4272	ralf.radloff@wimi.landsh.de wolfgang.schulz@wimi.landsh.de
MWV	Errichtung von Neubauten mit geringem Energieverbrauch	Dieter Sörnsen	0431/988-4271	dieter.soernsen@wimi.landsh.de
MWV	Energieoptimierte Gebäudesanierung	Frank Peinl Dieter Sörnsen	0431/988-4224 0431/988-4271	frank.peinl@wimi.landsh.de dieter.soernsen@wimi.landsh.de
MWV	Einbau von Vakuumisulationspaneelen	Dieter Sörnsen	0431/988-4271	dieter.soernsen@wimi.landsh.de
MWV	Förderung von Pilot- und Demonstrationsprojekten im Energiebereich	Dieter Sörnsen	0431/988-4271	dieter.soernsen@wimi.landsh.de

Innovation, Technologie und Wissenschaft

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Innovationsförderung für die schleswig-holsteinischen Werften	Bernd Schriewer	0431/988-4541	bernd.schriewer@wimi.landsh.de
MLUR	Förderung von Investitionen der Aquakultur und Fischwirtschaft	Hans Christian Green	0431/988-5105	hanschristian.green@mlur.landsh.de
MWV	Gewährung von Zuwendungen zur Förderung betrieblicher Innovationen	Joachim Arens	0431/988-4535	joachim.arenis@wimi.landsh.de
MWV	Innovationsfonds (incl. Unterstützung der Patentverwertungsagentur, Wissens- und Technologietransfer der Fachhochschulen, IT-gestützte Verfahren der Neuen Hochschulsteuerung)	Wolfgang Delfs	0431/988-5820	wolfgang.delfs@wimi.landsh.de

Mittelstands- und Tourismusförderung

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up Finanzierung	Michael Kopp	0431/988-4582	michael.kopp@wimi.landsh.de
MWV	Beteiligungsfonds für den breiten Mittelstand	Michael Kopp	0431/988-4582	michael.kopp@wimi.landsh.de
MWV	Darlehenssfort-Programm für kleine und mittlere Unternehmen	Rolf Krämer	0431/988-4583	rolf.kraemer@wimi.landsh.de
MWV	Betriebliche Förderung Tourismus	Burkhardt Behmenburg	0431/988-4529	burkhardt.behmenburg@wimi.landsh.de
MWV	Förderung innovativer Projekte im Tourismus	Patricia Flauger	0431/988-5159	patricia.flauger@wimi.landsh.de
MLUR	Stärkung der regionalen Vermarktungsstrukturen der Agrar- und Ernährungswirtschaft	Matthias Hoppe-Kossak	0431/988-4966	matthias.hoppe-kossak@mlur.landsh.de
MSGF	Jugendtourismus	Wolfgang Heinz	0431/988-7499	wolfgang.heinz@sozmi.landsh.de

Schul- und Hochschulbildung, berufliche Ausbildung

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Aktionsprogramm Ausbildung	Birgit Nicklaus	0431/988-4713	birgit.nicklaus@wimi.landsh.de
MBF	Förderung standardisierter IT-Infrastruktur an Schulen	Kurt Geisler Ove Rahlf	0431/988-2320 0431/988-3128	kurt.geisler@mbf.landsh.de ove.rahlf@im.landsh.de
MBF	Investitionen für Ganztagschulen	Jana Scheff	0431/988-2258	jana.scheff@mbf.landsh.de
MBF	Sonderprogramm Schulbauförderung	Tatjana von Berckefeldt Ove Rahlf	0431/988-2570 0431/988-3128	tatjana.berckefeldt@mbf.landsh.de ove.rahlf@im.landsh.de
MWV	Verbesserung der Studienbedingungen/ Bibliotheksausstattungsprogramm	Uta Langenfeld	0431/988-5767	uta.langenfeld@wimi.landsh.de
MWV	Förderung der Akkreditierung von Studiengängen an den Hochschulen	Uta Langenfeld	0431/988-5767	uta.langenfeld@wimi.landsh.de

Verkehr

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Förderung des kommunalen Straßenbaus	René Firtg Ove Rahlf	0431/988-4717 0431/988-3128	rene.firtg@wimi.landsh.de ove.rahlf@im.landsh.de
MWV	Programm zur Förderung des Schienengüterverkehrs	Claudia Mohnhaus	0431/988-4682	claudia.mohnhaus@wimi.landsh.de

Wohnungsbau / Städtebau / Denkmalpflege

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
IM	Landesprogramm Städtebauförderung 2006-2009	Bärbel Pook	0431/988-2754	baerbel.pook@im.landsh.de
IM	Förderung von besonderen Modernisierungsmaßnahmen privater Investoren in städtischen Wohnquartieren	Karin Siebeck-Rauscher	0431/988-3217	karin.siebeck-rauscher@im.landsh.de
IM	Sanierungsbedarf im kommunalen Sportstättenbau	Gunda Spennemann-Gräbert Ove Rahlf	0431/988-2736 0431/988-3128	gunda.spennemann-graebert@im.landsh.de ove.rahlf@im.landsh.de
IM	Städtebauliche Denkmalpflege	Bärbel Pook	0431/988-2754	baerbel.pook@im.landsh.de
STK	Sonderprogramm Baudenkmalpflege	Raju Sharma	0431/988-5847	raju.sharma@stk.landsh.de

**Nutzung von EU- und Bundesmitteln zum Ausbau der Infrastruktur
(Regionalprogramm 2000 / Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein / Konversion)**

	Maßnahme	Mitarbeiter und Kontaktdaten		
MWV	Konversionsprogramm	Günter Biener	0431/988-4613	guenter.biener@wimi.landsh.de
MLUR	Altlastensanierung und Flächenrecycling	Dr. Dorit Kuhnt	0431/988-7358	dorit.kuhnt@mlur.landsh.de
MWV	Investitionen für Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung	Edda Hamer	0431/988-4646	edda.hamer@wimi.landsh.de
MWV	Förderung zur Entwicklung der Infrastruktur und von Innovationen in der Weiterbildung	Birca Behling	0431/988-4648	birca.behling@wimi.landsh.de
MWV	Ergänzende Investitionshilfen für kommunale Häfen	Christian Hamer	0431/988-4683	christian.hamer@wimi.landsh.de
MWV	Flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein	Werner Haß	0431/988-4633	werner.hass@wimi.landsh.de
MWV	Infrastrukturförderung Tourismus	Fanny Biadacz	0431/988-4654	fanny.biadacz@wimi.landsh.de
STK	Kulturtouristische Investitionen Schleswig-Holstein	Dr. Stephan Opitz	0431/988-5840	stephan.opitz@stk.landsh.de

STK – Staatskanzlei
 MJAE – Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
 MBF – Ministerium für Bildung und Frauen
 IM – Innenministerium
 MLUR – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
 MWV – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
 MSGF – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

5.3 Daten zur Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein

1. Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
2. Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
3. Arbeitsplatzentwicklung nach Bundesländern
4. Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe
 - 4.1 Umsätze
 - 4.2 Beschäftigte
 - 4.3 Betriebe
5. Auslandsumsätze
6. Selbständigenquote
7. Bildungsfreistellung und BFQG
 - 7.1 Anerkannte Veranstaltungen nach Themengebieten
 - 7.2 Teilnehmende an anerkannten Bildungsfreistellungsveranstaltungen
 - 7.3 Anträge nach dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2005

Nominales Bruttoinlandsprodukt

(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Schleswig-Holstein		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	50 882	-	1 534 600	-	1 363 978	-	170 622	-
1992	53 745	5,6	1 646 620	7,3	1 440 852	5,6	205 768	20,6
1993	54 978	2,3	1 694 370	2,9	1 453 762	0,9	240 608	16,9
1994	56 951	3,6	1 780 780	5,1	1 510 120	3,9	270 660	12,5
1995	59 231	4,0	1 848 450	3,8	1 559 463	3,3	288 987	6,8
1996	60 270	1,8	1 876 180	1,5	1 580 232	1,3	295 948	2,4
1997	61 488	2,0	1 915 580	2,1	1 615 815	2,3	299 765	1,3
1998	62 344	1,4	1 965 380	2,6	1 662 496	2,9	302 884	1,0
1999	63 335	1,6	2 012 000	2,4	1 702 561	2,4	309 439	2,2
2000	64 853	2,4	2 062 500	2,5	1 749 525	2,8	312 975	1,1
2001	66 462	2,5	2 113 160	2,5	1 793 963	2,5	319 197	2,0
2002	66 182	- 0,4	2 145 020	1,5	1 819 524	1,4	325 496	2,0
2003	67 012	1,3	2 163 400	0,9	1 833 636	0,8	329 764	1,3
2004	68 192	1,8	2 215 650	2,4	1 878 466	2,4	337 184	2,3
2005	68.973	1,1	2.245.500	1,3	1.907.965	1,6	337.535	0,1

Quelle: Statistikamt Nord;
Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder", 2. FS 2005, Stand März 2006

Reales Bruttoinlandsprodukt

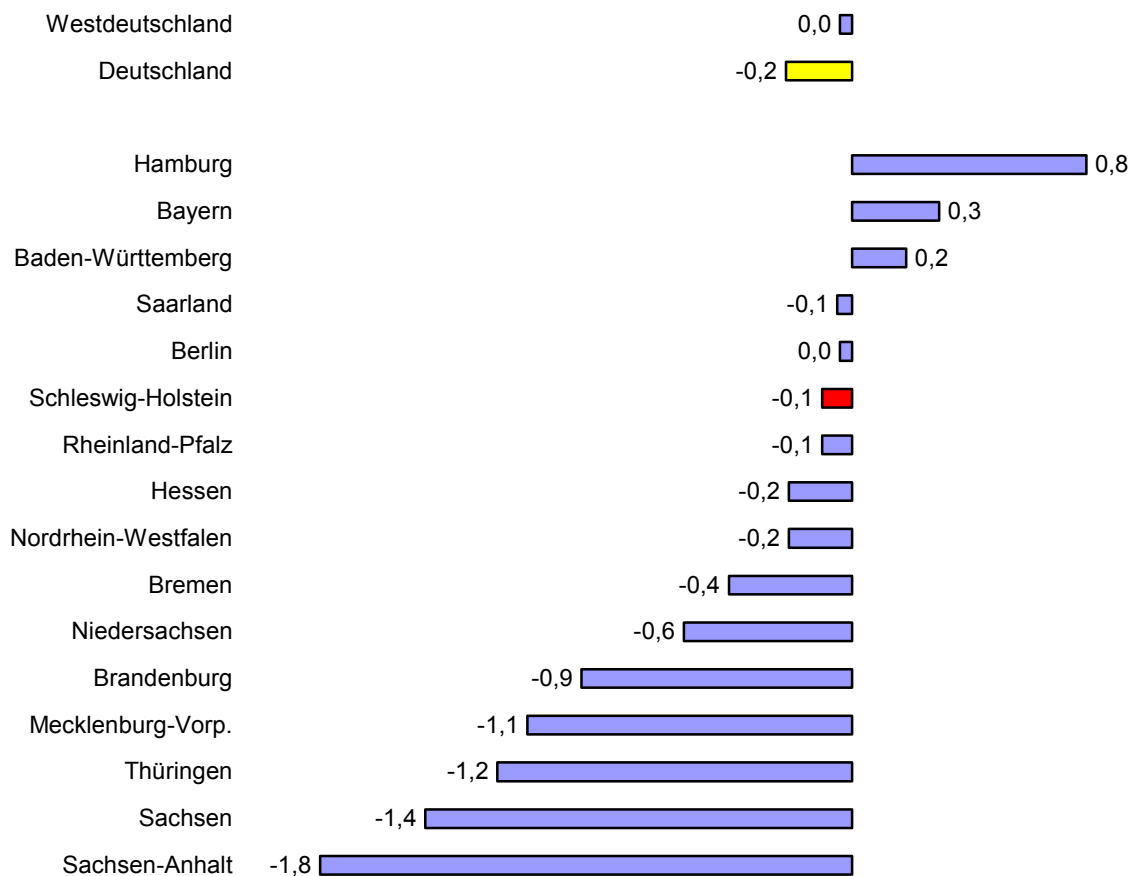
Anlage 2

Jahr	Schleswig- Holstein	Deutschland	West - Deutschland	Ost - Deutschland
Veränderungsrate gegenüber Vorjahr in %				
1996	1,2	1,0	0,9	1,6
1997	1,7	1,8	2,0	0,9
1998	0,6	2,0	2,3	0,5
1999	1,5	2,0	2,0	1,9
2000	2,8	3,2	3,5	1,4
2001	1,0	1,2	1,4	0,5
2002	-1,5	0,1	0,0	0,4
2003	0,4	-0,2	-0,3	0,4
2004	1,2	1,6	1,7	1,4
2005	1,3	0,9	1,1	-0,1

Quelle: Statistikamt Nord;
Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder", 2. FS 2005, Stand März 2006

Arbeitsplatzentwicklung in den Bundesländern

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen 2005 gegenüber 2004 in %



Quelle: Statistikamt Nord;
Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder"; 2. FS, Berechnungsstand März 2006
Grafik: MWV Schleswig-Holstein

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 4.1

Umsatzentwicklung in Milliarden Euro 2001 bis 2005

Unterabschnitte WZ93 und WZ03	WZ93		WZ03			Veränderung 2005 gegenüber 2004 in Prozent	Exportquote ²⁾ in % 2005
	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾		
Vorleistungsgüterproduzenten	10,83	10,81	6,77	7,36	7,46	1,4	41,3
Investitionsgüterproduzenten	9,30	9,62	10,29	12,09	13,03	7,8	61,6
Gebrauchsgüterproduzenten	0,78	0,81	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	7,03	6,70	7,86	8,24	8,46	2,7	18,6
Energie	-	-	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	27,93	27,94	27,65	30,28	32,08	6,0	41,2
Verarbeitendes Gewerbe	27,62	27,53	27,27	29,91	31,54	5,4	41,8
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	4,49	4,37	4,38	4,68	4,71	0,6	14,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,14	0,14	0,14	0,16	0,15	-2,3	33,9
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	0,29	0,25	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	2,57	2,52	2,50	2,52	2,58	2,7	20,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	1,80	1,82	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾	x ³⁾
Chemische Industrie	4,03	3,85	3,71	4,18	4,48	7,2	44,6
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1,07	1,04	1,01	1,03	1,07	3,8	42,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	1,01	0,91	0,85	0,90	0,80	-11,0	21,2
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	1,25	1,15	1,13	1,13	1,09	-3,3	24,2
Maschinenbau	3,71	3,76	3,63	4,04	4,39	8,8	59,7
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	5,13	5,46	5,51	6,52	6,90	5,7	66,7
Fahrzeugbau	1,65	1,79	2,05	2,15	2,30	7,1	47,4
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	0,48	0,46	0,47	0,52	0,51	-3,2	49,2

¹⁾ Vorläufiges Jahresergebnis des Monatsberichtes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

²⁾ Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes

³⁾ Wert ist geheim zu halten

Quelle: Statistikamt Nord und eigene Berechnungen

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 4.2

Beschäftigtenentwicklung 2001 bis 2005

Unterabschnitte WZ93 und WZ03	WZ 93			WZ03		Veränderung 2005 gegenüber 2004 in Prozent
	2001	2002	2003	2004	2005 ¹⁾	
Vorleistungsgüterproduzenten	53.081	51.208	37.647	37.160	35.574	-4,3
Investitionsgüterproduzenten	51.604	49.354	50.238	49.144	48.702	-0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	4.768	4.752	4.779	3.061	2.572	-16,0
Verbrauchsgüterproduzenten	29.888	29.993	38.058	37.578	37.290	-0,8
Energie	-	-	1.021	962	962	0,0
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	139.341	135.307	131.743	127.904	125.099	-2,2
Verarbeitendes Gewerbe	138.647	134.610	131.035	127.205	124.404	-2,2
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	19.235	19.496	19.701	19.875	19.599	-1,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1.361	1.308	1.275	1.237	1.198	-3,2
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	0,14	0,14	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	15.561	15.135	14.648	14.071	13.683	-2,8
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	1,80	1,82	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾	x ²⁾
Chemische Industrie	13.255	12.930	13.354	13.493	13.470	-0,2
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	7.330	6.886	6.496	6.467	6.275	-3,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	5.859	5.322	5.160	5.012	4.697	-6,3
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	10.419	9.845	9.778	9.392	8.818	-6,1
Maschinenbau	22.897	22.070	21.468	21.253	21.060	-0,9
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	23.071	23.193	21.965	19.918	19.999	0,4
Fahrzeugbau	13.305	12.452	11.808	11.481	10.844	-5,5
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	3.072	3.016	2.575	2.467	2.308	-6,4

¹⁾ Vorläufiges Jahresergebnis des Monatsberichtes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

²⁾ Wert ist geheim zu halten

Quelle: Statistikamt Nord und eigene Berechnungen

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Entwicklung der Betriebe 2001 bis 2005

Unterabschnitte WZ93 und WZ03	WZ93		WZ03		2005 ¹⁾	Veränderung 2005 gegenüber 2004 in Prozent
	2001	2002	2003	2004		
Vorleistungsgüterproduzenten	651	634	524	516	490	-5,0
Investitionsgüterproduzenten	434	430	425	419	404	-3,6
Gebrauchsgüterproduzenten	30	33	40	32	30	-6,3
Verbrauchsgüterproduzenten	365	353	416	406	390	-3,9
Energie			8	7	7	0,0
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1.480	1.450	1.414	1.380	1.321	-4,3
Verarbeitendes Gewerbe	1.426	1.398	1.360	1.332	1.274	-4,4
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	302	288	276	273	260	-4,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe	16	17	15	15	15	0,0
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	39	35	33	31	33	6,5
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	153	150	145	138	134	-2,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	5	5	5	4	4	0,0
Chemische Industrie	62	61	62	66	66	0,0
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	82	80	76	77	70	-9,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	122	116	115	110	103	-6,4
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	189	180	166	157	143	-8,9
Maschinenbau	185	179	183	188	184	-2,1
Herstellung v. Büromasch., DV-geräten u. -einrichtungen, etc.	194	203	206	202	193	-4,5
Fahrzeugbau	39	41	41	39	38	-2,6
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	39	42	37	32	32	0,0

¹⁾ Vorläufiges Jahresergebnis des Monatsberichtes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Statistikamt Nord und eigene Berechnungen

Produzierendes Gewerbe Schleswig-Holstein

Exportquoten

Anlage 5

Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote¹⁾

Jahre	Gesamtumsatz ³⁾	Auslandsumsatz ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent ²⁾	Exportquote ¹⁾ in Prozent
	in Mio. €			
1995	25.042	6.533	+13,6	26,1
1996	24.089	6.319	-3,3	26,2
1997	25.430	7.598	+20,2	29,9
1998	25.912	7.712	+1,5	29,8
1999	27.232	8.509	+10,3	31,2
2000	28.121	8.926	+4,9	31,7
2001	27.933	8.885	-0,5	31,8
2002	27.945	9.421	+6,0	33,7
2003	27.653	9.733	+3,3	35,2
2004	31.168	12.353	+26,9	39,6
2005	32.059	13.203	+13,0	41,2

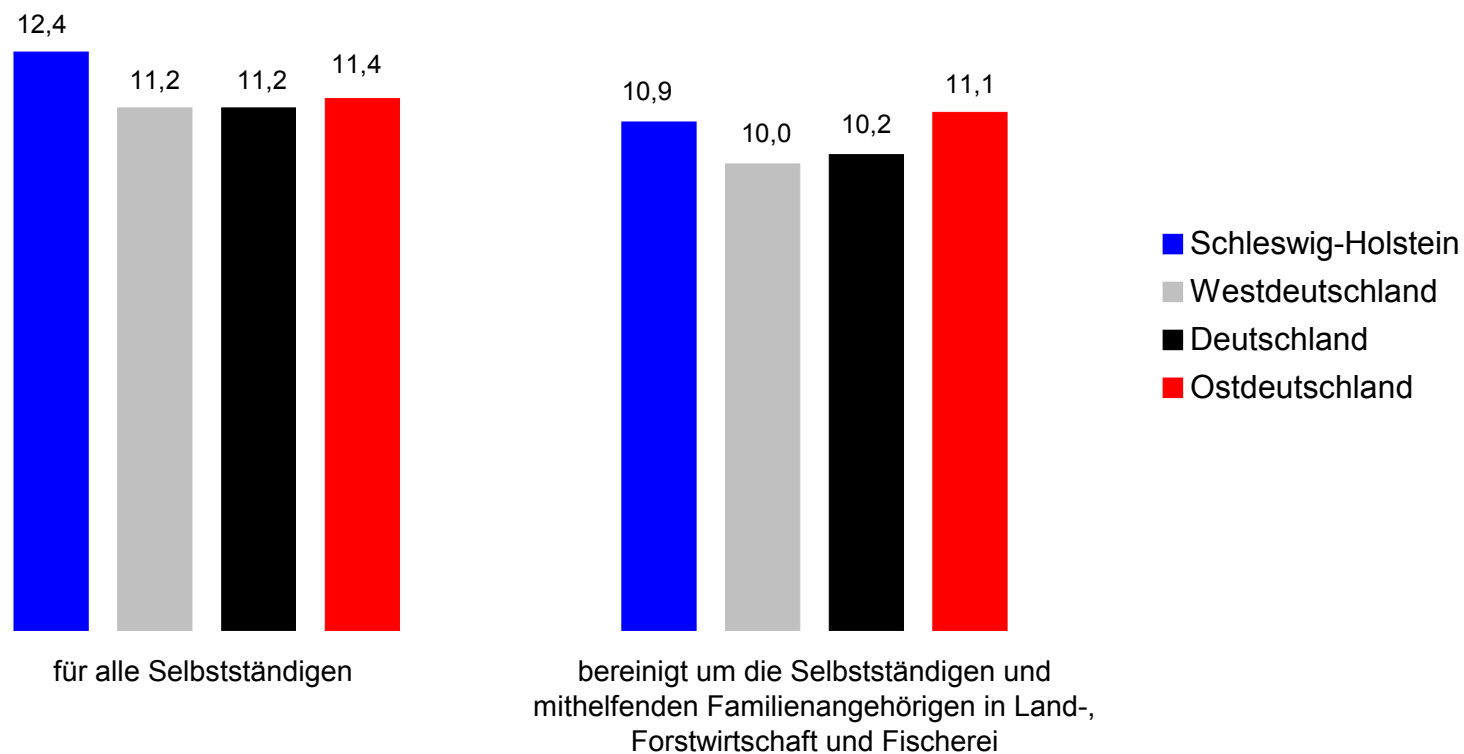
¹⁾ Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

²⁾ Veränderung des Auslandsumsatzes

³⁾ Vorläufiges Jahresergebnis des Monatsberichtes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe; Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Quelle: Statistikamt Nord

Selbstständigenquote 2005 Unternehmerland Schleswig-Holstein



Quelle: Statistikamt Nord;
Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder", 2. FS, Berechnungsstand März 2006
Eigene Berechnungen und Grafik: MWV Schleswig-Holstein

Anerkannte Veranstaltungen für die Bildungsfreistellung nach Themengebieten 2005

insgesamt 3.080 Veranstaltungen

davon:

Agrarbereich	22	Gesellschaft/Geschichte	197
Arbeitswelt	20	Gesundheitswesen	309
Arbeitsrecht	12	gewerblich-technischer Bereich	64
Tarifrecht/Tarifpolitik	21	kaufmännischer Bereich	122
Betriebsverfassung	41	Innenpolitik	40
Arbeitsschutz	9	Politik sonstige Themen	150
Öffentlicher Dienst	16	Kultur, Kunst	38
Arbeitsmarkt	3	Landes- u. Länderkunde	28
Sonst. Bereiche Arbeitswelt	39	Naturwissenschaften	7
Dienstleistungen	28	Pädagogik/Psychologie	189
EDV	244	Philosophie/Religion	11
Familie	8	Recht	11
Frauen	30	Rhetorik/Orga-Techniken	174
Sprachen insgesamt	896	Zweiter Bildungsweg	4
davon:		Senioren (Vorbereitung auf das Alter)	8
Englisch	260	Soziales/Sozialwesen	25
Französisch	91	Umwelt	141
Spanisch	323	Unternehmens-/Mitarbeiterführung	46
Italienisch	108	Sonstige Themen	45
Dänisch	13	Europa	80
Türkisch	4	Außenpolitik	2
Russisch	14		
sonstige	83		

Teilnehmer an Bildungsfreistellungsveranstaltungen nach Alter und Geschlecht

Gesamtzahl der Teilnehmenden	2004	2005 einschließlich der Teilnehmer des Ev. Kirchentages
unter 30 w	6.293	18.293
unter 30 m	4.483	15.083
gesamt	10.776	33.376
30 – 39 w	5.097	9.174
30 – 39 m	6.834	9.524
gesamt	11.931	18.698
40 – 49 w	4.846	10.772
40 – 49 m	6.415	10.344
gesamt	11.261	21.116
50 – 59 w	2.308	6.990
50 – 59 m	3.241	6.313
gesamt	5.549	13.303
ab 60 w	1.457	7.272
ab 60 m	1.628	7.459
gesamt	3.085	14.731
insgesamt w	20.001	52.501
insgesamt m	22.601	48.723
ohne Angaben	7.893	10.223
Insgesamt	50.495	111.447 ¹

Freigestellte Teilnehmer aus SH	2004	2005
unter 30 w	575	468
unter 30 m	612	533
gesamt	1.189	1.001
30 – 39 w	663	661
30 – 39 m	1.083	1.048
gesamt	1.746	1.709
40 – 49 w	769	756
40 – 49 m	1.032	935
gesamt	1.801	1.691

¹ Davon 57.137 Teilnehmer des Ev. Kirchentages 2005

Freigestellte Teilnehmer aus SH	2004	2005
50 – 59 w	311	331
50 – 59 m	479	403
gesamt	790	734
ab 60 w	44	36
ab 60 m	60	55
gesamt	104	91
insgesamt w	2.362	2.252
insgesamt m	3.266	2.974
ohne Angaben	112	170
Insgesamt	5.740	5.396
Teilnahmequoten:		
Anspruchsberechtigt sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, einschl. Beamte des Landes, Richter und Auszubildende	0,73%	0,69%
Zahl der Anträge	2.652	3.114
Zahl der Anerkennungen	2.610	3.080

Anlage 7.3

Anträge nach dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2005

Bereich	Anträge insgesamt¹	Anträge von Männern	Anträge von Frauen
Handwerksordnung	885	702	183
Berufsbildungsgesetz	1073	564	509
landesrechtliche Fortbildungsregelungen	486	299	187
Weiterbildungsrichtlinien der Deutschen Krankenhausgesellschaft	36	9	27
insgesamt	2.480	1.574	906

¹ Anträge bis Ende Dezember 2005

